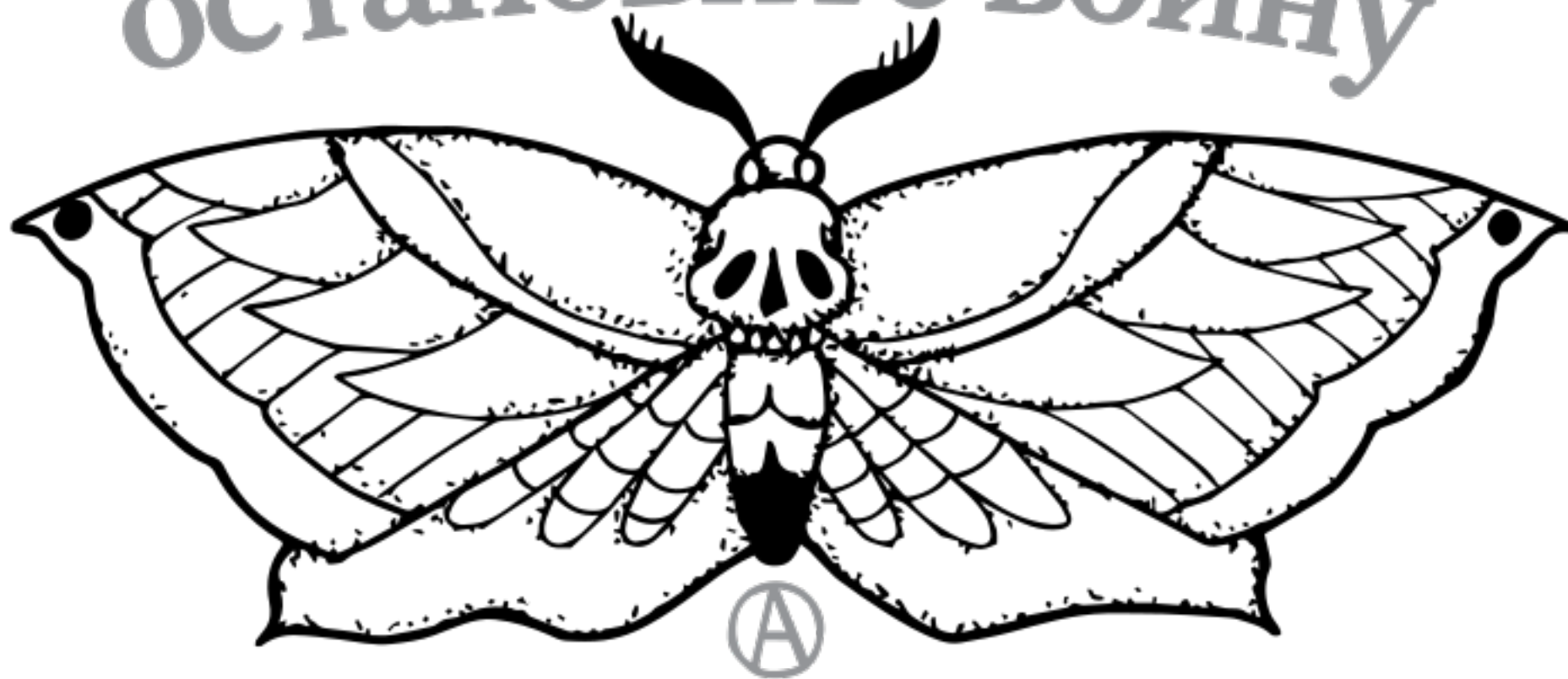




ОСТАНОВИТЕ ВОЙНУ



Wir bekennen uns zum Antimilitarismus!
Wir bekennen uns zu einer Welt, die keine Grenzen braucht!
Wir bekennen uns zum Desertieren!
Wir bekennen uns zu Widerworten!
Wir bekennen uns zum Antirassismus!
Wir bekennen uns zu einer revolutionären Perspektive!
Wir bekennen uns zu revolutionärer Gewalt!
Wir bekennen uns zu Gewalt gegen die grauenhafte und brutale Gewalt der Verhältnisse!
Wir bekennen uns zum Kampf gegen den Krieg!



MARKE

aus dem Bekenntnis
zu einer Sabotage-Aktion
in Bremen 2021



Impressum:

Nr. 48 März - Mai 22

Kontakt:

Kontaktformular anonym und ohne Angabe einer email-Adresse auf:

autonomesblaettchen.blackblogs.org

oder per mail an: autonomes-blaettchen@nadir.org

PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint: 962E E3CF F873 19AA 5647 5D93 E37A 4489 E058 5969

Einsendeschluss: alle drei Monate:

1. Juni, 1. September, 1. Dezember, 1. März

Post:

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

Homepage(s):

autonomesblaettchen.noblogs.org

autonomesblaettchen.blackblogs.org

Alle Ausgaben dort auch online.

ViSdP: Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Die .onion-Seiten sind im "Darknet" (nur über den *Tor-Browser*) erreichbar.

<https://de.indymedia.org>

<http://gsxbcjvcrdl66ycimkwra2nxzwwy2idef4twi7elozuzm5ztt5abqyid.onion>

<http://dvqlamnbzli62qfyt5faspunueqdx4c4srslhpc2z3haiflnm6dqd.onion>

indy-spiegel unbekannter Herkunft:

<http://hq73inugsyl5pzhnbm2uonug6h2veztdhivoiefhlofrzbbwa57xsad.onion/>

<http://bkejyh6jkyvn7zognkjwag4xtbzy5z5mi5unudmq624vd6xlrx3iudsyd.onion/>

barrikade.info

<https://kontrapolis.info>

<http://kontrpoliognxrcdwwxfszih4pifyidfjgq4ktfdu6uh4nn35vjtuid.onion/>

<https://knack.news>

<http://knackriotpvczb6xja67gsmbks35n7mvwfxcdj5tlqhfictgz42vjvad.onion/>

Für sensible Veröffentlichungen raten wir dringend, ein Tails-Betriebssystem zu nutzen -> tails.boum.org Geht zusätzlich an einem Ort ins Netz, der Euch nicht zugeordnet werden kann.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Inhalt

| | |
|--|----|
| Gegen die Grenzen Europas! | 4 |
| Gegen Krieg und militärische Mobilmachung | 4 |
| Die Feinde der Freiheit sind die unseren! | 6 |
| Der Krieg und die Anarchist*innen | 6 |
| Die Invasion der Ukraine | 14 |
| Feministinnen in Russland gegen Putins Krieg | 16 |
| Für eine antinationale Antikriegsbewegung | 17 |
| Anonymous: Hacken gegen den Krieg | 18 |
| Cyber Partisans in Belarus | 19 |
| Netzwerktreffen gegen das System der Grenzen in Polen | 19 |
| Aufruf zur Teilnahme an der Verteidigung von Prosfygika | 23 |
| münchen: bullenprivatauto abgebrannt | 24 |
| hh: nächtlicher besuch beim brechmittelprofessor | 25 |
| Ein unsichtbarer Widerstand? | 25 |
| lieber julian freitag und m. lautrémont | 27 |
| Aufruf an alle Hausprojekte | 28 |
| Ein Zwischenfazit zur Hausprojekt-Debatte | 30 |
| HH: Solidarität mit den Wilden Streiks der Gorillas Fahrer_innen | 32 |
| Gegen den Staat, aber fürs Patriarchat? | 32 |
| Den Klimawandel aufhalten? | 34 |
| PimEyes - Suchmaschine mit 900 Millionen Gesichtern | 37 |
| Web3 - Das Internet des Eigentums | 42 |
| Ausgeknipt - NPD-Treffpunkt sitzt im Dunkeln | 44 |
| LE: Ein Fazit zu den letzten Sponti-Versuchen und Signal | 44 |
| HH: Observationen gegen Anarchist*innen | 47 |
| Refugium in Venezuela | 49 |
| Von Rom nach Bialystok, über Berlin | 50 |
| G7-Gipfel schon wieder auf Schloss Elmau | 53 |
| Kasachstankrise | 55 |
| Anmerkungen zum Buch Herzsschläge | 58 |

Hallo,

Da zwischen dem Schreiben dieser Zeilen und ihrem Erscheinen etwas Zeit vergeht, können wir natürlich nicht wissen, was die tagesaktuellen Anforderungen an ein Vorwort sind.

Der Angriff der russischen Armee auf die Ukraine ist gerade ein paar Tage alt. Sicherlich ändern sich Einschätzungen zu konkreten Ereignissen und es wird in zwei oder drei Wochen größere Klarheit darüber herzustellen sein, was die politischen Folgen des Krieges sein werden. Das Elend von Tod, Flucht und Zerstörung wird das gleiche sein, wie in jedem Krieg.

Haben wir dazu trotzdem was zu sagen? Wir denken schon, denn das Autonome Blättchen ist als Reaktion auf die Repression nach einer antimilitaristischen Aktion gestartet worden.

Es ist klar, dass der Angriffskrieg der russischen Regierung nicht zu legitimieren ist. Aber auch das geostrategische Vorgehen der NATO und den ukrainischen Nationalismus lehnen wir ab und sind politisch an der Seite derjenigen, die seit Jahren dagegen gekämpft haben. Wir finden es verständlich, dass sich Leute in der Ukraine gegen den militärischen Angriff wehren. Aber wir sehen auch, wie dort alle „Männer“ in die militärischen Strukturen gezwungen werden. „Männer im wehrfähigen Alter“ werden vor der polnischen Grenze von ukrainischen Militärs aus den Autos und Bussen gezerrt und zwangsrekrutiert. Das Wesen von Staatlichkeit und Krieg kotzt uns an. Auch in der russischen Armee werden viele Zwangswehrdienstleistende in Tod und Trauma getrieben. Wir rufen vor allem dazu auf, Deserteure aller Seiten zu unterstützen; auch diejenigen, die den Kriegern in den Rücken fallen.

In der Bundesregierung besteht nun Einigkeit darin, den Kriegsetat drastisch zu erhöhen. Die Militarisierung der Außenpolitik ist plötzlich unumstritten und die Bundeswehr soll massiv aufgerüstet werden. Die grüne Kriegspropaganda läuft wiederum auf Hochtouren. Im Parlament, auf allen Sendern und Kanälen.

Wir erleben den Beginn einer waffenstarrten geopolitischen Konfliktlage, die viele Jahre andauern wird. Die Gefahr eines 3. Weltkriegs ist real geworden. Putin droht offen damit. Die NATO-Staaten reagieren mit Aufrüstung und Kriegsbereitschaft.

Wir finden es nach wie vor nötig, die Auflösung der NATO öffentlich zu fordern, sowie Rüstungskonzerne und Kriegsinfrastruktur hier anzugreifen. Obwohl es immer wieder solche Aktionen auf Rüstungskonzerne gibt, fehlt zur Zeit eine antimilitaristische Bewegung, wie es sie noch vor 10 Jahren gab. Aber vielleicht braucht es noch viel mehr eine revolutionäre Bewegung die selbstverständlich antimilitaristische, antipatriarchale, klimapolitische und antirassistische Kämpfe zusammenführt. Es wird Zeit.

Wir stehen an der Seite der Kriegs-Gegner_innen aller Seiten und hoffen, dass wir in den kommenden Ausgaben noch mehr Einschätzungen und Berichte von Anarchist_innen aus Russland, der Ukraine und Belarus haben werden.

Es gäbe einiges mehr zu sagen. Das wissen wir. Aber auf die Schnelle wird uns das nicht gelingen.

Was anderes: Wir möchten nochmal kurz einen Vorschlag für eine sicherere Finanzierung des Blättchens machen. Wenn nur 25 Einzelpersonen oder Gruppen alle 3 Monate (also zu jeder Ausgabe) 100 Euro geben würden, wäre das eine große Erleichterung. Es können sich ja auch z.B. 3 Freund_innen zusammentun und alle 3 Monate 100 Euro spenden. Das wären nur 11,11 Euro pro Monat und Person. Das könne sich wirklich viele Menschen leisten, oder? Denkt mal drüber nach und sprecht Leute an, die mehr Geld haben. Versprochen?

Und da wir gerade bei Zahlen sind: Der Einsendeschluss ist so ne Sache, die wirklich ernst gemeint ist. Wenn es also z.B. heißt, der Einsendeschluss ist am 1. Juni, dann schließen wir unseren Briefkasten am 02.06. um 00:00:00 Uhr für diese Ausgabe – den analogen und den digitalen. Zumindest ist es reines Glück, wenn euer verspäteter Text uns danach noch erreicht. Also besser mal den Wecker stellen und den Text rechtzeitig abschicken. Das erspart euch Tränen und uns Stress.

Bitte schickt uns, so es möglich ist, Texte digital. Da wir alles in unser Layout pressen, damit möglichst viel Inhalt ins Blättchen passt, ist es eine mühselige Arbeit Texte abzutippen. Trotzdem ein Danke für die papiernen Texte und die Spenden, die uns erreicht haben!

Und nun zu dieser Ausgabe:

Wir mussten einiges draußen lassen. Es ist schön, dass viele Texte angekommen sind – aber der Platz ist begrenzt. Macht es Sinn, die Texte, die nicht reingepasst haben, wenigstens online zu veröffentlichen, wenn sie nicht schon woanders zu finden sind? Schreibt mal eure Meinung. Wir haben Texte priorisiert, die sich mit dem Krieg in der Ukraine beschäftigen, weil wir denken, dass es dringend nötig ist, dass wir Einschätzungen lesen, damit wir eine Praxis entwickeln können - naja, und damit wir überhaupt verstehen, was vor sich geht.

Draußen geblieben sind leider: „Keine Solidarität mit Snitches und Denunzianten!“, „Kritik der Privilegien“, „Internationale Kampagne für einen revolutionären Anarchismus“, „Gemeinsam in die Offensive!“ und „zum Interim Vorwort“.

Dafür haben wir wieder eine Chronik von Aktionen des letzten halben Jahres. Es lohnt sich, reinzuschauen. Vieles bekommt man ja gar nicht mit . . .

Bis demnächst, euer Blättchen-Kollektiv

Gegen die Grenzen Europas!

Bundeswehr Fahrzeuge sind (immer noch) zum Brennen da!

Dokumentation:

Wir bekennen uns zum Antimilitarismus! Wir bekennen uns zu einer Welt, die keine Grenzen braucht! Wir bekennen uns zum Desertieren! Wir bekennen uns zu Widerworten! Wir bekennen uns zum Antirassismus! Wir bekennen uns zu einer revolutionären Perspektive! Wir bekennen uns zu revolutionärer Gewalt! Wir bekennen uns zu Gewalt gegen die grauenhafte und brutale Gewalt der

Verhältnisse! Wir bekennen uns zum Kampf gegen den Krieg! Manchmal scheint es fast so als ob linksradikale Parolen überholt sind. Manchmal scheint die Idee einer Welt ohne Krieg veraltet. Krieg als realistische Option, die schulterzuckend hingenommen wird. Manchmal scheint es, als hätten uns all die „alternativlosen“ Kriegseinsätze stumpf gemacht. Manchmal. Angespornt durch den Angriff auf den Rüstungskonzern OHB im November in Bremen haben wir uns vorgenommen, den Krieg hier zu bekämpfen.

Deswegen haben wir in den frühen Morgenstunden des 7.12 einen Bundeswehrfuhrpark in der Bremer Neustadt – auf dem Gelände der Kriegspoliteure von MAN – mit Feuer angegriffen. Ganz nach der alten Parole: Was in Deutschland brennt, kann anderswo keinen Schaden anrichten. 20 Jahre Afghanistan haben uns nicht nur sehr banal, sondern auch sehr brutal gezeigt: Krieg ist scheiße, Krieg bringt nichts außer Leid, Zerstörung und Tod für Viele, und fette Profite für Wenige. 20 Jahren Krieg in Afghanistan, in denen unzählige Zivilist*innen ums Leben gekommen sind. Hinzu kommen all die Toten, die auf der Flucht vor dem mörderischen Krieg auf dem Weg in das vermeintliche sichere Europa ums Leben gekommen

sind. Ertrunken im Mittelmeer. Erfroren an den nordöstlichen Grenzen Europas. Den Grenzen der Friedensnobelpreisträgerin Europa. Wir müssen kotzen. Es ist an Zynismus kaum zu übertreffen, wenn sich Europa und ganz vorne mit dabei Deutschland nicht vom belarussischen Machthaber Lukaschenko mit menschlichem Leid erpressen lassen will. Menschliches Leid, dass von euren Waffen und eurem Krieg für Profite verursacht wurde.

Nein, wir sind sicher keine Freund*innen Lukaschenkos, keine Freund*innen Erdogans oder Putins. Aber es lässt sich leicht mit dem Finger auf Despoten zeigen, wenn das durch eure Kriege verursachte Leid so komfortabel weit entfernt stattfindet. Und schaffen es dann doch Menschen vor Krieg und Perspektivlosigkeit zu fliehen, droht ihnen Isolation, Stigmatisierung, Repression. Ganz so, als wollten Deutschland und Europa das verursachte Elend lieber nicht so gerne vor der Nase haben. Wen wundert es da noch, wenn er*sie gleich wieder in den Flieger gezwungen wird, um abgeschoben zu werden in ein Land, das schon zu Großteilen von den Taliban regiert wird. Ach ja, stimmt, sicheres Herkunftsland. Wir müssen kotzen. Jede Bahnfahrt wird dank der Freifahrten für Soldat*innen zur Camouflage-Party. Auch im Kampf gegen die Corona-Pandemie unterstützen die Uniformierten der Bundeswehr tatkräftig. Ob im Impfzentrum oder Pflegeheim. Flecktarn und Befehl und Gehorsam sind aus dem öffentlichen Leben kaum mehr weg zu denken. Zivilmilitärische Zusammenarbeit? Wir müssen kotzen.

REST IN POWER ALEXIS GRIGOROPOULOS
FÜR EIN BESSERES MORGEN

anonym

Gegen Krieg und militärische Mobilmachung

Vorläufige Notizen zur Invasion in der Ukraine

Der russische Staat versucht die Ukraine zu erobern. Derselbe russische Staat, der die Unterdrückung der belarusischen Freiheitsbewegung unterstützt hat und nur vor ein paar Wochen mit Panzern die Revolte in Kasachstan niedergeschlagen hat. Putin versucht seine autokratische Herrschaft auszudehnen und dabei jede rebellische oder widerständige Bewegung im Inneren und Äußeren zu zermalmen. Doch wenn nun alle westlichen Demokrat*innen in einem Chor die Verteidigung von Freiheit und Frieden besingen, ist dies eine orchestrierte Heuchelei: Dieselben Demokrat*innen, die mit ihren „Friedenseinsätzen“ aka. Angriffs-, Drohen- und Bombenkriegen und Länderbesetzungen koloniale Macht- und Ausbeutungsverhältnisse durchsetzen, Diktatoren und Folterknechte mit Waffen versorgen und direkt oder indirekt Massaker an Flüchtlingen und Aufständischen verantworten, beschwören nun den Frieden.

Den heiligen Frieden in Europa, der ohnehin nicht wie beschworen seit 70 Jahren existiert und der immer schon Krieg im globalen Süden bedeutete – durch Stellvertreterkriege, durch Waffenlieferungen, durch Grenzen

und Kolonialismus. Wenn der Westen uneingeschränkt hinter der Ukraine steht, dann weil es sich um einen Verbündeten handelt. Beide Seiten dieses Krieges widern uns an: Anstatt uns auf einer Seite dieses Krieges zu positionieren, stellen wir uns gegen alle staatlichen Armeen und ihre Kriege – wir verabscheuen nicht nur ihre Massaker, sondern auch ihren Kadavergehorsam, ihren Nationalismus, den Kasernengestank, die Disziplin und Hierarchien. Wenn wir uns also gegen jede Form von Militarismus und Staat stellen, bedeutet das nicht, dass wir es für falsch halten zu den Waffen zu greifen. Wenn ukrainische Anarchist*innen sich nun dafür entscheiden, sich mit der Waffe in der Hand zu verteidigen – sich und ihre Nächsten, nicht den ukrainischen Staat – dann sind wir solidarisch mit ihnen. Doch eine anarchistische Position gegen den Krieg – auch gegen einen imperialistischen Angriffskrieg – darf nicht dazu verkümmern, einen Staat und seine Demokratie zu verteidigen – oder ein Spielball derselben zu werden. Wir wählen nicht die Seite des geringeren Übels oder die der demokratischeren Machthaber*innen – denn dieselben Demokratien sind ebenso nur an der eigenen Erweiterung von Macht interessiert

und bauen ebenso auf Repression und Imperialismus auf. Das Wesen jedes Staates ist der Krieg: Er besetzt das Territorium und erklärt sich zum einzigen legitimen Ausführenden von Gewalt – er verteidigt seine Grenzen und kontrolliert die Bevölkerung, die ihm zu dienen hat. In diesem Sinne sind unsere Gedanken und unsere Solidarität auch bei all denjenigen, die nun vor einer Zwangsrekrutierung fliehen, bei all denjenigen, die desertieren, die sich weigern auf den Feind zu schießen, weil er eine falsche Uniform trägt oder eine falsche Sprache spricht. Diese Solidarität, welche die konstruierten Grenzen des Nationalismus überwindet und letztlich zu Fraternalisierung führt – kann revolutionär sein. Denn wenn Menschen im Territorium des russischen Staates gegen den Krieg auf die Straße gehen und Bewohner*innen der Ukraine vor der Zwangsrekrutierung fliehen, ist dies eine Dynamik, welche sich all des nationalistischen Drecks entledigt, den der Staat in unser Herz und Hirn zu pflanzen versucht und dessen Folge nur Herdenmentalität, Führungs- und Männlichkeitskult, Märtyrertum, Massaker, Massengräber und Genozide sind.

Dieser Nationalismus führt dazu, Menschen in Kanonenfutter und zu eliminierende Feinde einzuteilen – er führt dazu, dass wir nicht mehr Individuen sehen, sondern nur noch Armeen, Uniformen, Nationen, Ethnien, Gläubige – Verbündete oder Feinde. Wenn Menschen jedoch mit oder ohne Waffen aus der staatlichen Kriegslogik desertieren, wenn Individuen mit oder ohne Waffen sich gegen jegliche staatliche Besatzung wehren, wenn Menschen Flüchtlingen und Deserteuren helfen und diese unterstützen, wenn Individuen sich über Grenzen und Kriegslinien hinweg fraternisieren – kann dem Blutbad des Staates etwas entgegen gestellt werden. Wenn der Staat, seine Generäle und Politiker*innen nur die Sprache der Unterdrückung kennen, kennen die Unterdrückten die Sprache der Empathie und Solidarität. Am Ende des Krieges sind es immer die Reichen und Mächtigen, die diesen wollten, da sie die einzigen sind, die durch Macht und Geld profitieren – diejenigen, die massakriert werden, sind immer die Armen und egal unter welchem Regime ist für sie immer die Rolle von Versklavten, Ausgebeuteten und Ausgeschlossenen vorgesehen. Die ukrainischen Bonzen waren die ersten, welche in Privatjets das Land verlassen haben.

Während der Westen Waffen an die ukrainische Armee liefert, ist ebenso die Propaganda- und Aufrüstungsmaschinerie an der hiesigen Heimatfront im vollen Gange: Die Bundeswehr muss aufgerüstet werden – die Bevölkerung muss gegen Russland mobil gemacht werden. Während ein paar hundert Kilometer entfernt die Bomben explodieren, herrscht hier der militaristische „Frieden“: Neue Waffen, neue Ausrüstung, neue Soldaten sollen gekauft, produziert und ausgebildet werden. Die Bevölkerung ist nach dem Corona-Ausnahmestand erneut in Angst und Schrecken versetzt und es ist klar, wem man zu folgen hat und wer einem Schutz bietet: Der bis an die Zähne bewaffnete Vater Staat.

Und genauso werden wir bereits in den ersten Kriegstagen mit einer „kulturellen“ Mobilmachung konfrontiert. Wir werden daran erinnert, dass die Ukraine uns nicht nur kilometermäßig sondern auch kulturell nahe sei. Sofort weiß die linksliberale bis -radikale Kulturfraktion wie auch sie den Krieg gegen die Expansion des russischen Feindes zuhause unterstützen

kann. Jener subkulturelle Spielraum in Lebensstilfragen – den die Demokratie so generös bietet und der in den letzten zwei Jahren so massiv eingeschränkt oder in die digitale Sphäre verbannt worden ist – dieser Spielraum wird heraufbeschworen um ein Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem Verbündeten und der Trennung mit dem Feind aus den Herzen der Bevölkerung herauszulocken und einzuzementieren. Denn ohne die kulturelle Unterstützung der linksliberalen Bildungsschicht lässt sich die weitere materielle Militarisierung des Westens, die sich bereits zu Beginn des Krieges ankündigt, nicht so einfach umsetzen.

Diese militaristische und kulturelle Kriegspropaganda kann und muss gestört und sabotiert werden. In den kommenden Wochen und Monaten werden wir voraussichtlich mit einer Kriegsrhetorik und Propaganda konfrontiert sein, welche mit allen Mitteln darauf abzielt, dass die Bevölkerung stramm hinter dem westlichen Kriegsgeschehen steht: „Wir als Demokraten unterstützen die Ukraine mit allen Mitteln, denn diese verteidigt sich gegen die böse russische Diktatur.“ – Dies wird der Tenor sein: Doch der NATO geht es nicht um ein Mehr oder Weniger an Freiheiten der ukrainischen Bevölkerung, sondern um geopolitische Verteidigungslinien, Märkte und Einflussräume und für diese wird sie bereit sein Milliarden an Euros und Patronen in Bewegung zu bringen.

Dem Kriegsgeschehen zwischen zwei Staaten stellen wir unseren Antimilitarismus entgegen setzen: Eine Antikriegsbewegung, die sich nicht auf die Solidarität mit einer Nation oder einem Staat bezieht, sondern auf die Ablehnung jedes staatlichen Krieges. Egal in welchem Staatsgebiet wir leben, können wir die Propaganda, Logistik und Logik des Krieges stören, desertieren und sabotieren: Die Störung der nationalen und kontinentalen Mobilmachung, die Verachtung jeglicher Kader- und Rekrutenmentalität, das Angreifen der inneren Aufrüstung und Militarisierung, die Sabotage der militärischen Nachschublinien und Blockade der Rüstungsindustrie.

Währenddessen ist das Geschehen in der Ukraine für uns unübersichtlich: Während die Todesszahlen von Zivilist*innen in die Höhe schießen, hören wir Gerüchte, dass die Zivilbevölkerung bewaffnet werde. Sollte sich das chaotische Geschehen in Richtung eines Guerilla- oder Partisan*innenkrieges entwickeln, kann dies eventuell – keineswegs zwangsläufig – Möglichkeiten für Revolutionär*innen eröffnen. So spekulieren Anarchist*innen, die sich auf dem Territorium des russischen Staates befinden, dass ein Scheitern des Angriffskrieges in Erhebungen und Aufständen in Russland enden könnte.

Angesichts des andauernden Blutvergießens sind wir uns jedoch bewusst, dass Krieg und Militarisierung meist nur noch mehr Krieg und Militarisierung hervorbringen und deren Leid und Elend Möglichkeiten der sozialen Befreiung überschatten. . . in diesem Sinne sind wir mit den Gedanken bei den Menschen vor Ort, die eigene Wege erkunden ohne sich den Befehlen und Ideologien eines Staates zu beugen.

27. Februar 2022

Aus: *In der Tat – Anarchistische Zeitschrift. Ausgabe 14*

Die Feinde der Freiheit sind die unseren!

Büroräume des Rüstungskonzerns OHB System AG in Flammen.

Dokumentation:

Wir leiten das neue Jahr ein mit unruhigen Nächten für Marco R. Fuchs und sein Milliarden Schweren Raumfahrt- und Rüstungskonzern Orbitale Hochtechnologie Bremen (OHB System AG). Mit Hämmern schlugen wir mehrere Scheiben eines Gebäudes von OHB ein und setzten dann die Büroräume in Brand. Der Imageschaden ist gewiss. Happy new fear! OHB System AG gilt als angesehenes Raumfahrt- und Hochtechnologiekonzern. Seit den 1950ern baut OHB hauptsächlich satellitengestützte Systeme, die für militärische Interessen verwendet werden. Durch die direkten Aufträge der Bundeswehr kann OHB nicht einmal mehr versuchen, das Feigenblatt Dual-use, also die Verwendung ihrer Satelliten für sowohl zivile als auch militärische Zwecke, zu bemühen. OHB ist ein Rüstungskonzern. Rüstungskonzerne sind Krisengewinner: Trotz Pandemie expandiert OHB nicht nur sichtbar mittels neuer Gebäude im Technologiepark Bremen, sondern erschließt sich auch den US-amerikanischen Markt. Was bleibt?

Wir haben ohnehin kein Vertrauen in parlamentarische Politik. Dennoch wollen wir hier erwähnen, dass in den letzten Tagen der vergangenen Legislaturperiode deutsche Rüstungskonzerne noch einmal Rekordgewinne in Milliardenhöhe eingefahren haben, weil die alte Bundesregierung die Ausfuhr genehmigt hat. Es gibt keine Partei, die gegen Kriegseinsätze und Rüstungskonzerne agiert und insbesondere die neue Regierung hat unter Olaf Scholz gezeigt, dass sich der Kurs nicht verändern wird. Regierung, Opposition sind da einerlei.

Rüstungsunternehmen können sich ihrem globalen Absatzmarkt gewiss sein. Militärische Güter aus deutscher Hand töten in der guten alten kolonialen Tradition und sichern gleichzeitig die Grenzen der Festung Europa. Bundeswehreinätze im Innern sind gängig. Gewalt sei kein Mittel politischer Auseinandersetzung, hören wir immer wieder. Zuletzt von Bremens Wirtschaftssenatorin von der Linken. Angesichts der beschriebenen Realität sind direkte Aktionen dringend notwendig, um Profiteur*innen von (sozialen) Kriegen zu stoppen und Abrüstung voranzubringen. Unser Angriff auf den Rüstungskonzern OHB reiht sich ein in eine antimilitaristische Kontinuität. Bereits in den vergangenen Jahren wurde auch OHB mehrfach markiert und angegriffen. Im Gegensatz zum Unternehmen OHB, für das das Geschäft mit dem Töten Alltag ist, haben wir darauf geachtet, dass bei unserem Angriff niemand zu Schaden kommt.

Direkte Aktionen sind Teil einer Perspektive für Autonomie und Selbstorganisation. Wir stellen uns Entscheider*innen und Profiteur*innen dieses menschenverachtenden Systems entgegen und entlarven ihre selbstgerechte Politik. Wir fordern Menschen dazu auf, ihre Ohnmacht zu überwinden, sich zusammenzuschließen und Sand im Getriebe zu werden.

*Autonome Antimilitarist*innen*

Der Krieg und die Anarchist*innen

Anti-Autoritäre Perspektiven in der Ukraine

(2 Wochen vor dem russischen Einmarsch veröffentlicht)

Dieser Text wurde von mehreren antiautoritären Aktivist*innen aus der Ukraine gemeinsam verfasst. Wir repräsentieren keine Organisation, aber sind zusammen gekommen, um diesen Text zu schreiben und uns auf einen möglichen Krieg vorzubereiten.

Außer von uns wurde der Text von mehr als zehn Personen redigiert, darunter Teilnehmende an den im Text beschriebenen Ereignissen, Journalist*innen, die die Richtigkeit unserer Ausführungen überprüften und Anarchist*innen aus Russland, Belarus und Europa. Wir haben viele Korrekturen und Hinweise eingearbeitet und versucht den Text möglichst objektiv zu halten.

Wir wissen nicht ob die antiautoritäre Bewegung einen Krieg überleben wird, aber wir werden es versuchen. In der Zwischenzeit ist dieser Text ein Versuch, die Erfahrungen, die wir gesammelt haben, online zu stellen.

Zurzeit wird in der Welt über einen möglichen Krieg zwischen Russland und der Ukraine intensiv diskutiert. An dieser Stelle müssen wir klarstel-

len, dass der Krieg zwischen Russland und der Ukraine bereits seit 2014 im Gange ist. Aber alles der Reihe nach.

Die Maidan–Proteste in Kiew

Im Jahr 2013 kam es in der Ukraine zu Massenprotesten. Ausgelöst wurden sie als die Berkut (Spezialeinheiten der Polizei) protestierende Student*innen verprügelte, die gegen die Weigerung des damaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch, das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen, protestierten. Diese Auseinandersetzung war für große Teile der Gesellschaft eine Initialzündung. Allen wurde klar, dass Janukowitsch die Grenze überschritten hatte. Die Proteste führten schließlich dazu, dass der Präsident flüchtete.

In der Ukraine werden diese Ereignisse als »Revolution der Würde« bezeichnet. Die russische Regierung stellt sie als einen Nazi-Putsch, ein Projekt des US-Außenministeriums usw. dar. Die Demonstrant*innen selbst waren ein bunter Haufen: rechtsextreme Aktivist*innen mit ihren Symbolen, liberale Politiker*innen, die über europäische Werte und die europäische Integration sprachen, bürgerliche Ukrainer*innen, die gegen die

Regierung auf die Straße gingen und ein paar Linke. Unter den Demonstrant*innen herrschten anti-oligarchische Einstellungen vor – während Oligarchen, die Janukowitsch nicht unterstützten, die Proteste finanzierten, weil er und sein enger Kreis während seiner Amtszeit versucht hatten, das Großkapital zu monopolisieren. Für andere Oligarchen stellte der Protest also eine Chance dar, ihre Unternehmen zu retten. Auch viele mittelständische und kleine Geschäftsleute nahmen an den Protesten teil, weil Janukowitschs Leute sie nicht frei arbeiten ließen und Geld von ihnen verlangten. Die breite Bevölkerung war unzufrieden mit dem hohen Maß an Korruption und der Willkür der Polizei. Die Nationalist*innen, die Janukowitsch mit der Begründung ablehnten, er sei ein pro-russischer Politiker, gewannen wieder deutlich an Einfluss. Belarussische und russische Exilant*innen schlossen sich den Protesten an, da sie Janukowitsch als Freund der belarussischen und russischen Diktatoren Alexander Lukaschenko und Wladimir Putin ansahen.

Wenn du Videos von der Maidan-Kundgebung gesehen hast, ist dir vielleicht aufgefallen, dass der Grad der Gewalt hoch war; die Demonstrant*innen hatten keinen Ort, an den sie sich zurückziehen konnten, also mussten sie bis zum bitteren Ende kämpfen. Die Berkut umhüllte Blendgranaten mit Schraubenmuttern, die nach der Explosion Splitterwunden hinterließen und einigen Menschen ins Auge flogen; deshalb gab es viele Verletzte. In der Schlussphase des Konflikts setzten die Sicherheitskräfte militärische Waffen ein und töteten 106 Demonstrant*innen.

Als Reaktion darauf stellten die Demonstrant*innen selbstgebaute Granaten und Sprengstoffe her und brachten Schusswaffen auf den Maidan. Die Herstellung von Molotow-Cocktails wurde von kleinen Einheiten übernommen.

Bei den Maidan-Protesten 2014 setzten die Machthaber*innen Söldner*innen (Tituschkas) ein; gaben ihnen Waffen, koordinierten sie und versuchten, sie als organisierte loyale Kräfte einzusetzen. Es kam zu Kämpfen mit Knüppeln, Hämmern und Messern.

Entgegen der Darstellung, der Maidan-Protest sei eine »Manipulation durch die EU und die NATO«, hatten die Befürworter*innen der europäischen Integration zu einem friedlichen Protest aufgerufen und die militanten Demonstrant*innen als Handlanger*innen verspottet. Die EU und die Vereinigten Staaten kritisierten die Besetzung von Regierungsgebäuden. Selbstverständlich beteiligten sich »pro-westliche« Kräfte und Organisationen an dem Protest, aber sie kontrollierten ihn nicht insgesamt. Verschiedene politische Kräfte, darunter die extreme Rechte, mischten sich aktiv in die Bewegung ein und versuchten ihre Agenda zu beeinflussen. Sie fanden sich schnell zurecht und wurden zu einer organisierenden Kraft, da sie die ersten Kampfgruppen aufstellten und alle einluden, sich ihnen anzuschließen – und sich von ihnen ausbilden und anleiten zu lassen.

Allerdings war keine der Kräfte absolut dominant. Der Grundtenor war, dass es sich um eine spontane Protestbewegung handelte, die sich gegen das korrupte und unpopuläre Janukowitsch-Regime richtete. Vielleicht kann der Maidan als eine der vielen »gestohlenen Revolutionen« eingestuft werden. Die Opfer und Anstrengungen Zehntausender gewöhnlicher Menschen wurden von einer Handvoll Politiker*innen zunichte gemacht,

die sich ihren Weg zur Herrschaft und Kontrolle über die Wirtschaft bahnten.

Die Rolle der Anarchist*innen bei den Protesten 2014

Auch wenn Anarchist*innen in der Ukraine auf eine lange Geschichte zurückblicken können, wurden während der Herrschaft Stalins alle, die in irgendeiner Weise mit den Anarchist*innen in Verbindung standen, unterdrückt – die Bewegung starb aus, was zur Folge hatte, dass die Weitergabe revolutionärer Erfahrungen zum Erliegen kam. In den 1980er Jahren begann sich die Bewegung dank der Bemühungen von Historiker*innen zu erholen, und in den 2000er Jahren erhielt sie durch die Entwicklung von Subkulturen und Antifaschismus einen großen Auftrieb. Doch im Jahr 2014 war sie noch nicht bereit für ernsthafte historische Herausforderungen.

Vor dem Ausbruch der Proteste waren die Anarchist*innen als individuelle Aktivist*innen oder in kleinen Gruppen verstreut. Nur wenige waren der Meinung, dass die Bewegung organisiert und revolutionär sein sollte. Zu den bekannten Organisationen, die sich auf solche Ereignisse vorbereiteten, gehörte die »Revolutionäre Konföderation der Anarcho-Syndikalisten von Makhno« (RKAS von Makhno), die sich jedoch zu Beginn der Unruhen selbst auflöste, da sie keine Strategie für die neue Situation entwickeln konnten.

Die Ereignisse auf dem Maidan waren vergleichbar mit einer Situation, in der du einer direkten Auseinandersetzung mit den Spezialeinheiten nicht mehr entkommen kannst und du gezwungen bist entschlossen zu handeln – dein Arsenal aber nur aus Punk-Texten, Veganismus, 100 Jahre alten Büchern und bestenfalls aus der Erfahrung der Teilnahme am antifaschistischen Widerstand auf der Straße und an lokalen sozialen Konflikten besteht. Folglich herrschte große Verwirrung, als die Leute versuchten zu verstehen, was vor sich ging.

Zu diesem Zeitpunkt war es nicht möglich, eine gemeinsame Perspektive auf die Situation zu entwickeln. Die Anwesenheit der Rechtsextremen auf den Straßen hielt viele Anarchist*innen davon ab, die Proteste zu unterstützen, da sie nicht neben den Nazis auf der gleichen Seite der Barrikaden stehen wollten. Dies brachte eine Menge Kontroversen in die Bewegung; einige Leute beschuldigten diejenigen, die sich entschlossen, sich den Protesten anzuschließen, des Faschismus.

Die Anarchist*innen, die an den Protesten teilnahmen, waren mit der Brutalität der Polizei und mit Janukowitsch selbst und seiner pro-russischen Haltung unzufrieden. Sie konnten jedoch keinen nennenswerten Einfluss auf die Proteste nehmen, da sie im Wesentlichen zu den Außenseiter*innen zählten.

Schließlich beteiligten sich die Anarchist*innen einzeln und in kleinen Gruppen an der Maidan-Revolution, hauptsächlich in nicht-militanten Initiativen und Hilfspositionen. Nach einer Weile beschlossen sie, zusammenzuarbeiten und ihre eigene »Hundertschaft« (eine Kampfgruppe von 60-100 Personen) zu bilden. Doch bei der Registrierung der Einheit (ein obligatorisches Verfahren auf dem Maidan) wurden die zahlenmäßig unterlegenen Anarchist*innen von den rechtsextremen Teilnehmenden mit

Waffen auseinander getrieben. Die Anarchist*innen blieben, versuchten aber nicht mehr, große organisierte Gruppen zu bilden.

Unter den auf dem Maidan Getöteten befand sich der Anarchist Sergei Kemsy, der ironischerweise postmortem zum Helden der Ukraine ernannt wurde. Er wurde in der heißen Phase der Konfrontation mit den Sicherheitskräften von einem Scharfschützen erschossen. Während der Proteste richtete Sergei einen Appell an die Demonstrant*innen mit dem Titel »Hörst du es, Maidan?«, in dem er mögliche Wege zur Entwicklung der Revolution skizzierte und dabei die Aspekte der direkten Demokratie und der sozialen Transformation hervorhob. Der Text ist auf Englisch verfügbar.

Der Beginn des Krieges: Die Annexion der Krim

Der bewaffnete Konflikt mit Russland begann vor acht Jahren, in der Nacht vom 26. auf den 27. Februar 2014, als das Parlamentsgebäude und der Ministerrat der Krim von unbekanntem bewaffneten Männern in ihre Gewalt gebracht wurden. Sie benutzten russische Waffen, Uniformen und Ausrüstung, trugen aber nicht die Symbole der russischen Armee. Putin hat die Beteiligung des russischen Militärs an dieser Operation damals bestritten, sie allerdings später persönlich in dem dokumentarischen Propagandafilm »Krim: Der Weg in die Heimat« zugegeben.

In diesem Zusammenhang muss mensch wissen, dass die ukrainische Armee zur Zeit Janukowitschs in einem sehr schlechten Zustand war. Die provisorische Regierung der Ukraine wusste, dass auf der Krim eine reguläre russische Armee mit 220.000 Soldat*innen operierte, und wagte es nicht, sich ihr entgegenzustellen.

Nach der Besetzung waren viele Bewohner*innen mit Repressionen konfrontiert, die bis zum heutigen Tag andauern. Auch unsere Genossinnen und Genossen gehören zu den Betroffenen. Wir können kurz auf einige der bekanntesten Fälle eingehen. Der Anarchist Alexander Koltschenko wurde zusammen mit dem pro-demokratischen Aktivist Oleg Sentsov verhaftet und am 16. Mai 2014 nach Russland überstellt; fünf Jahre später wurden sie im Rahmen eines Gefangenenaustauschs freigelassen. Der Anarchist Alexei Shestakovich wurde gefoltert, mit einer Plastiktüte auf dem Kopf gewürgt, geschlagen und mit Vergeltungsmaßnahmen bedroht; ihm gelang die Flucht. Der Anarchist Evgeny Karakashev wurde 2018 wegen des Teilens eines Beitrages auf Vkontakte (einem sozialen Netzwerk) verhaftet; er befindet sich weiterhin in Haft.

Desinformation

In russischsprachigen Städten in der Nähe der russischen Grenze fanden pro-russische Kundgebungen statt. Die Teilnehmenden fürchteten die NATO, radikale Nationalist*innen und Repressionen gegen die russischsprachige Bevölkerung. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR gab es zwischen vielen Haushalten in der Ukraine, in Russland und in Belarus familiäre Bindungen, aber die Ereignisse auf dem Maidan führten zu einem schweren Bruch in den persönlichen Beziehungen. Diejenigen, die sich außerhalb Kiews aufhielten und das russische Fernsehen verfolgten, waren davon überzeugt, dass Kiew von einer Nazi-Junta eingenommen worden war und dass es dort »Säuberungsaktionen« gegen die russischsprachige Bevölkerung gab.

Russland startete eine Propagandakampagne mit folgenden Botschaften: »Bestrafer«, d. h. Nazis, kommen von Kiew nach Donezk, sie wollen die russischsprachige Bevölkerung vernichten (obwohl Kiew auch eine überwiegend russischsprachige Stadt ist). In ihren Desinformationsmeldungen verwendeten die Propagandist*innen Fotos der extremen Rechten und verbreiteten alle Arten von Fake News. Während der Feindseligkeiten tauchte eine der gefährlichsten Falschmeldungen auf: die angebliche Kreuzigung eines dreijährigen Jungen, der angeblich an einen Panzer gebunden und über die Straße geschleift wurde. In Russland wurde diese Geschichte auf staatlichen Sendern ausgestrahlt und verbreitete sich im Internet.

Unserer Meinung nach spielte 2014 die Desinformation eine Schlüsselrolle bei der Entstehung des bewaffneten Konflikts: Einige Einwohner*innen von Donezk und Lugansk hatten Angst, dass sie getötet werden könnten, und griffen deshalb zu den Waffen und riefen nach Putins Truppen.

Bewaffneter Konflikt im Osten der Ukraine

Igor Girkin hat laut seinen eigenen Worten, »den Startschuss zum Krieg abgegeben«. Girkin, Oberst des FSB (Staats Sicherheitsdienst, Nachfolger des KGB) der Russischen Föderation und Anhänger des russischen Imperialismus, beschloss, die pro-russischen Proteste zu radikalieren. Er überquerte mit einer bewaffneten Gruppe von Russen die Grenze und besetzte (am 12. April 2014) das Gebäude des Innenministeriums in Slawjansk, um Waffen in Besitz zu nehmen. Pro-russische Sicherheitskräfte begannen, sich Girkin anzuschließen. Als Informationen über Girkins bewaffnete Gruppen auftauchten, kündigte die Ukraine eine Anti-Terror-Operation an.

Ein Teil der ukrainischen Gesellschaft war entschlossen, die nationale Souveränität zu schützen. Dabei waren sie sich bewusst, dass die Armee nur über geringe Kapazitäten verfügte, und organisierte eine große Freiwilligenbewegung. Diejenigen, die in militärischen Angelegenheiten einigermaßen kompetent waren, wurden Ausbilder*innen oder bildeten Freiwilligenbataillone. Einige Menschen schlossen sich der regulären Armee und den Freiwilligenbataillonen als humanitäre Freiwillige an. Sie sammelten Geld für Waffen, Lebensmittel, Munition, Treibstoff, Transportmittel, die Anmietung von Zivilfahrzeugen und ähnliches. Oft waren die Teilnehmer*innen der Freiwilligenbataillone besser bewaffnet und ausgerüstet als die Soldaten der staatlichen Armee. Diese Bataillone bewiesen ein hohes Maß an Solidarität und Selbstorganisation und übernahmen faktisch die staatlichen Aufgaben der Territorialverteidigung, so dass die (damals schlecht ausgerüstete) Armee in der Lage war, dem Feind erfolgreich zu widerstehen. Die von den pro-russischen Kräften kontrollierten Gebiete begannen rasch zu schrumpfen. Dann griff die reguläre russische Armee ein.

Wir können drei wichtige Zeitpunkte hervorheben:

1) Das ukrainische Militär realisierte, dass Waffen, Freiwillige und Militärspezialist*innen aus Russland kamen. Daher begannen sie am 12. Juli 2014 eine Operation an der ukrainisch-russischen Grenze. Während des Vormarsches wurde das ukrainische Militär jedoch von russischer Artillerie angegriffen und die Operation scheiterte. Die Streitkräfte erlitten schwere Verluste. 2) Die ukrainischen Streitkräfte versuchten Donezk zu besetzen. Bei ihrem Vormarsch wurden sie in der Nähe von Ilowaisk von regulären



russischen Truppen umzingelt. Bekannte von uns, die einem der Freiwilligenbataillone angehörten, wurden ebenfalls gefangen genommen. Sie erlebten das russische Militär aus erster Hand. Nach drei Monaten konnten sie im Rahmen eines Kriegsgefangenen austauschs zurückkehren. 3) Die ukrainische Armee kontrollierte die Stadt Debaltseve, die über einen großen Eisenbahnknotenpunkt verfügte. Dadurch wurde die direkte Verbindungsstraße zwischen Donezk und Lugansk unterbrochen. Am Vorabend der Verhandlungen zwischen Poroschenka (dem damaligen Präsidenten der Ukraine) und Putin, die einen langfristigen Waffenstillstand einleiten sollten, wurden ukrainische Stellungen von Einheiten angegriffen, die von russischen Truppen unterstützt wurden. Die ukrainische Armee wurde erneut eingekesselt und erlitt schwere Verluste.

Im Moment (Februar 2022) haben sich die Parteien auf einen Waffenstillstand und einen bedingten ›Waffenstillstand‹ geeinigt, der trotz ständiger Verstöße eingehalten wird. Jeden Monat sterben mehrere Menschen.

Russland bestreitet die Anwesenheit regulärer russischer Truppen und die Lieferung von Waffen in Gebiete, die nicht unter der Kontrolle der ukrainischen Behörden stehen. Die gefangen genommenen russischen Soldat*innen behaupten, sie seien für eine Übung in Alarmbereitschaft versetzt worden und hätten erst bei ihrer Ankunft am Zielort gemerkt, dass sie sich mitten im Krieg in der Ukraine befanden. Bevor sie die Grenze überquerten, entfernten sie die Symbole der russischen Armee, so wie es ihre Kolleg*innen auf der Krim taten. In Russland haben Journalist*innen Friedhöfe von gefallen Soldat*innen gefunden, auf denen allerdings alle Informationen über ihren Tod fehlen: Die Grabinschriften auf den Grabsteinen geben als Todesdatum nur das Jahr 2014 an.

Unterstützer*innen der nicht anerkannten Republiken

Auch die ideologische Basis der Maidan-Gegner*innen war vielfältig. Die wichtigsten gemeinsamen Überzeugungen waren die Ablehnung der Gewalt gegen die Polizei und die Ablehnung der Ausschreitungen in Kiew. Menschen, die mit russischen Kulturerzählungen, Filmen und Musik aufgewachsen sind, hatten Angst vor der Zerstörung der russischen Sprache. Anhänger*innen der UdSSR und Bewunderer*innen ihres Sieges im Zweiten Weltkrieg glaubten, dass die Ukraine mit Russland verbündet sein sollte, und waren unglücklich über den Aufstieg radikaler Nationalist*innen. Die Anhänger*innen des Russischen Kaiserreiches sahen in den Maidan-Protesten eine Bedrohung des russischen Reichsgebietes. Die Vorstellungen dieser Verbündeten lassen sich anhand dieses Fotos erklären, das die Flaggen der UdSSR, des Russischen Kaiserreiches und das St. Georgs-Band (als Symbol für den Sieg im Zweiten Weltkrieg) zeigt. Wir könnten sie als autoritäre Konservative bezeichnen, als Verfechter der alten Ordnung.

Die pro-russische Seite bestand aus Angehörigen der Polizei, der Wirtschaft, der Politik und aus dem Militär, die mit Russland sympathisierten; gewöhnlichen Bürger*innen, die durch Fake News verängstigt waren; verschiedenen ultrarechten Einzelpersonen, darunter russische Patriot*innen und verschiedene Arten von Monarchist*innen; pro-russischen Imperialist*innen; aus der Task-Force-Gruppe ›Rusich‹ und der ›Gruppe Wagner‹. Ebenfalls darunter: der berüchtigte Neonazi Alexei Milchakov, der kürzlich verstorbene Egor Prosvirnin, der Gründer des chauvinistischen russisch-nationalistischen Medienprojekts ›Sputnik und Pogrom‹, und viele andere. Es gab auch autoritäre Linke, die die UdSSR und ihren Sieg im Zweiten Weltkrieg feierten.

Der Aufstieg der extremen Rechten in der Ukraine

Wie wir beschrieben haben, gelang es der Rechten, während des Maidan Sympathien zu gewinnen, indem sie Kampfeinheiten organisierte und bereit war, der Berkut physisch entgegenzutreten. Die Anwesenheit von Militärwaffen ermöglichte es ihnen, ihre Unabhängigkeit zu bewahren und andere zu zwingen, mit ihnen zu rechnen. Obwohl sie offen faschistische Symbole wie Hakenkreuze, Wolfsangeln, keltische Kreuze und SS-Logos verwendeten, war es schwierig, sie zu diskreditieren, da die Notwendigkeit, die Kräfte der Janukowitsch-Regierung zu bekämpfen, viele Ukrainer*innen zur Zusammenarbeit mit ihnen veranlasste.

Nach dem Maidan unterdrückte der rechte Flügel aktiv die Kundgebungen der pro-russischen Kräfte. Zu Beginn der Militäroperationen begannen sie, Freiwilligenbataillone zu bilden. Eines der bekanntesten ist das Bataillon ›Asow‹. Zu Beginn bestand es aus 70 Kämpfern; heute ist es ein Regiment mit 800 Soldat*innen, das über eigene gepanzerte Fahrzeuge, Artillerie, eine Panzerkompanie und ein eigenes dem NATO-Standard entsprechendes Projekt, die Unteroffiziersschule, verfügt. Das Asow-Bataillon ist eine der kampfstärksten Einheiten der ukrainischen Armee. Es gab auch andere faschistische militärische Formationen wie die ukrainische Freiwilligen-einheit ›Rechter Sektor‹ und die ›Organisation Ukrainischer Nationalisten‹, die jedoch weniger bekannt sind.

Folglich erlangte die ukrainische Rechte in den russischen Medien einen schlechten Ruf. Aber viele in der Ukraine betrachteten das, was in Russland verhasst war, als ein Symbol des Kampfes der Ukraine. So wurde beispielsweise der Name des Nationalisten Stepan Bandera, der in Russland als Nazi-Kollaborateur gilt, von den Demonstrant*innen aktiv adaptiert um Russland zu verspotten. Einige nannten sich Judeo-Banderaner, um Anhänger*innen von in Russland verbreiteten Verschwörungsideologien über entweder Jüd*innen oder Anhänger*innen von Bandera, die sie beide jeweils für die Maidan-Proteste verantwortlich machten zu trollen.

Mit der Zeit geriet das Trollen außer Kontrolle. Rechtsextreme trugen offen Nazi-Symbole; gewöhnliche Unterstützer*innen des Maidan behaupteten, sie seien selbst Banderaner, die russische Babys essen, und erstellten entsprechende Memes. Die Rechtsextremen fanden ihren Weg in den Mainstream: Sie wurden zu Fernsehsendungen und anderen medialen Plattformen eingeladen, in denen sie als Patriot*innen und Nationalist*innen dargestellt wurden. Liberale Unterstützer*innen des Maidan stellten sich auf ihre Seite und glaubten, dass die Nazis ein von den russischen Medien erfundener Schwindel seien. In den Jahren 2014 bis 2016 wurde jede*r, der bereit war zu kämpfen, willkommen geheißen, egal ob es sich um einen Nazi, einen Anarchisten, einen Kopf des organisierten Verbrechens oder eine unehrliche Politikerin handelte.

Der Aufstieg der extremen Rechten ist darauf zurückzuführen, dass sie in kritischen Situationen besser organisiert waren und anderen Rebell*innen wirksame Kampfmethoden vorschlagen konnten. Etwas Ähnliches leisteten die Anarchist*innen in Belarus, wo es ihnen ebenfalls gelang, die Sympathie der Öffentlichkeit zu gewinnen, allerdings nicht in einem so bedeutenden Ausmaß wie die Rechtsextremen in der Ukraine.

2017, nach dem der Waffenstillstand in Kraft getreten war und der Bedarf an radikalen Kämpfer*innen zurückging, haben der SBU (Inlandsgeheim-

dienst der Ukraine) und die Regierung die rechte Bewegung kooptiert und jeden inhaftiert oder neutralisiert, der eine ›systemfeindliche‹ oder unabhängige Perspektive für die Entwicklung der rechten Bewegung vertrat – darunter Oleksandr Muzychko, Oleg Muzhchil, Yaroslav Babich und andere.

Heute ist sie immer noch eine große Bewegung, aber ihre Popularität ist vergleichsweise gering, und ihre Führer sind mit dem Geheimdienst, der Polizei und der Politik verbunden; eine wirklich unabhängige politische Kraft stellen sie nicht dar. Im demokratischen Lager wird das Problem der Rechtsextremen immer häufiger diskutiert, und mensch entwickelt ein Verständnis für die Symbole und Organisationen, mit denen mensch es zu tun hat, anstatt die Bedenken stillschweigend zu verdrängen.

Die Aktivitäten von Anarchist*innen und Antifaschist*innen während des Krieges

Mit dem Ausbruch der militärischen Handlungen kam es zu einer Spaltung zwischen jenen, die pro-ukrainisch sind und den Anhänger*innen der so genannten DNR / LNR (›Volksrepublik Donezk‹ und ›Volksrepublik Lugansk‹).

In den ersten Kriegsmonaten herrschte in der Punk-Szene eine weit verbreitete »Nein zum Krieg«-Stimmung, die jedoch nicht lange anhielt. Analysieren wir das pro-ukrainische und das pro-russische Lager.

Pro-Ukraine

In Ermangelung einer schlagkräftigen Organisation zogen die ersten anarchistischen und antifaschistischen Freiwilligen als Einzelkämpfer*innen, Militärsanitäter*innen und Freiwillige in den Krieg. Sie versuchten, eine eigene Truppe zu bilden, was jedoch aufgrund mangelnder Erfahrungen und Ressourcen nicht gelang. Einige schlossen sich sogar dem Asow-Bataillon und der OUN (›Organisation Ukrainischer Nationalisten‹) an. Die Gründe dafür waren banal: Sie schlossen sich den Truppen an, die am leichtesten zugänglich waren. Infolgedessen wandten sich einige Menschen rechter Politik zu.

Menschen, die nicht an den Kämpfen teilnahmen, sammelten Geld für die Behandlung von Verletzten im Osten und für den Bau eines Luftschutzbunkers in einem Kindergarten in der Nähe der Front. Es gab auch ein besetztes Haus namens ›Autonomie‹ in Charkiw, ein offen anarchistisches soziales und kulturelles Zentrum, das sich zu dieser Zeit auf die Unterstützung der Flüchtenden konzentrierte. Sie stellten Wohnungen und einen Umsonstladen zur Verfügung, berieten die Neuankömmlinge, verwiesen sie auf Ressourcen und führten Bildungsaktivitäten durch. Darüber hinaus wurde das Zentrum zu einem Ort für theoretische Diskussionen. Leider wurde das Projekt im Jahr 2018 eingestellt.

Alle diese Aktionen waren Einzelinitiativen bestimmter Personen und Gruppen. Sie erfolgten nicht im Rahmen einer gemeinsamen Strategie.

Eines der bemerkenswertesten Phänomene dieser Zeit war eine ehemals große radikal-nationalistische Organisation, ›Autonomnyi Opir‹ (Autonomer Widerstand). Sie begann 2012 sich nach links zu orientieren; 2014 war sie so weit nach links gerückt, dass sich einzelne Mitglieder sogar als

›Anarchist*innen‹ bezeichneten. Sie bezeichneten ihren Nationalismus als Kampf für ›Freiheit‹ und als Gegengewicht zum russischen Nationalismus, wobei sie die zapatistische Bewegung und die Kurd*innen als Vorbilder anführten. Im Vergleich zu den anderen Projekten in der ukrainischen Gesellschaft galten sie als die am nächsten stehenden Verbündeten, weshalb einige Anarchist*innen mit ihnen zusammenarbeiteten, während andere diese Zusammenarbeit und die Organisation selbst kritisierten. Die Mitglieder der AO beteiligten sich auch aktiv an den Freiwilligenbataillonen und versuchten, die Idee des ›Antiimperialismus‹ unter den Militärs zu verbreiten. Sie setzten sich auch für das Recht der Frauen ein, am Krieg teilzunehmen; weibliche Mitglieder der AO nahmen an den Kampfhandlungen teil. Die AO unterstützte Ausbildungszentren bei der Ausbildung von Kämpfer*innen und Ärzt*innen, meldete sich freiwillig zur Armee und organisierte das Sozialzentrum ›Zitadelle‹ in Lemberg, wo Flüchtende untergebracht wurden.

Pro-Russland

Der moderne russische Imperialismus beruht auf der Auffassung, dass Russland der Nachfolger der UdSSR ist – nicht in Bezug auf sein politisches System, sondern aus territorialen Gesichtspunkten. Das Putin-Regime betrachtet den sowjetischen Sieg im Zweiten Weltkrieg nicht als ideologischen Sieg über den Nationalsozialismus, sondern als einen Sieg über Europa, der die Stärke Russlands zeigt. In Russland und den von ihm kontrollierten Ländern hat die Bevölkerung weniger Zugang zu Informationen, so dass sich Putins Propagandamaschine nicht die Mühe macht, ein komplexes politisches Konzept zu erstellen. Das Narrativ lautet im Wesentlichen wie folgt: Die USA und Europa hatten Angst vor der starken UdSSR, Russland ist der Nachfolger der UdSSR und das gesamte Gebiet der ehemaligen UdSSR ist russisch, russische Panzer sind in Berlin eingefahren, was bedeutet: »Wir können es wieder tun« und wir werden der NATO zeigen, wer hier der Stärkste ist; der Grund, warum Europa ›verrottet‹ ist, dass all die Schwulen und Einwanderer*innen dort außer Kontrolle geraten sind.

Die ideologische Grundlage für die Aufrechterhaltung einer pro-russischen Position unter den Linken war das Erbe der UdSSR und ihr Sieg im Zweiten Weltkrieg. Da Russland behauptet, die Regierung in Kiew sei von Nazis und der Junta übernommen worden, bezeichneten sich die Gegner*innen des Maidan als Kämpfer*innen gegen den Faschismus und die Kiewer Junta. Dieses Branding weckte Sympathien bei der autoritären Linken – in der Ukraine beispielsweise bei der Organisation ›Borotba‹. Während der wichtigsten Ereignisse des Jahres 2014 nahmen sie zunächst eine loyale und später eine pro-russische Position ein. In Odessa wurden am 2. Mai 2014 mehrere ihrer Aktivist*innen bei Straßenkämpfen getötet. Einige Mitglieder dieser Gruppe waren auch an den Kämpfen in den Regionen Donezk und Lugansk beteiligt, und einige von ihnen starben dort.

›Borotba‹ beschrieb ihre Beweggründe als den Wunsch, gegen den Faschismus zu kämpfen. Sie forderten die europäische Linke auf, sich mit der ›Volksrepublik Donezk‹ und der ›Volksrepublik Lugansk‹ zu solidarisieren. Durch eine gehackte e-Mail von Wladislaw Surkow (Putins politischem Strategen) wurde aufgedeckt, dass die Mitglieder von Borotba von Surkows Leuten finanziert und beaufsichtigt wurden.

Die autoritären Kommunist*innen Russlands haben sich die separatistischen Republiken aus ähnlichen Gründen auf die Fahnen geschrieben.

Die Anwesenheit von Rechtsextremen auf dem Maidan motivierte auch ansonsten apolitische Antifaschist*innen dazu, die ›DNR‹ und ›LNR‹ zu unterstützen. Einige von ihnen nahmen wiederum an den Kämpfen in den Regionen Donezk und Lugansk teil, und einige von ihnen starben dort.

Unter den ukrainischen Antifaschist*innen gab es subkulturell geprägte, ›apolitische‹ Antifaschist*innen, die gegen den Faschismus waren, »weil unsere Großväter dagegen gekämpft haben«. Ihr Verständnis von Faschismus war unscharf: Sie selbst waren oft politisch inkohärent, sexistisch, homophob, russische Patriot*innen und dergleichen.

Die Idee, die so genannten Republiken zu unterstützen, fand in der europäischen Linken breiten Rückhalt. Zu den bekanntesten Unterstützer*innen gehörten die italienische Rockband ›Banda Bassotti‹ und die deutsche Partei Die Linke. Neben der Spendensammlung ging Banda Bassotti auch auf Tour nach ›Novorossia‹. Als Mitglied des Europäischen Parlaments unterstützte Die Linke das pro-russische Narrativ auf jede erdenkliche Weise und arrangierte Videokonferenzen mit pro-russischen Aktivist*innen, die auf die Krim und in die nicht anerkannten Republiken reisten. Die jüngeren Mitglieder der Partei Die Linke sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftung (die Stiftung der Partei Die Linke) betonten, dass diese Position nicht von allen Mitgliedern geteilt wird – sie wird jedoch von den prominentesten Mitgliedern der Partei, wie Sahra Wagenknecht und Sevim Dağdelen, verbreitet.

Die pro-russische Position fand bei den Anarchist*innen keine Zustimmung. Unter den individuellen Statements war die Position von Jeff Monson, einem Mixed-Martial-Arts-Kämpfer aus den USA, der Tätowierungen mit anarchistischen Symbolen hat, am auffälligsten. Er betrachtete sich früher als Anarchist, arbeitet in Russland nun jedoch offen für die Regierungspartei Einiges Russland und ist Abgeordneter in der Duma.

Um das pro-russische ›linke‹ Lager zu verstehen, sollten wir uns die Arbeit der russischen Geheimdienste und die Folgen der ideologischen Inkompetenz ansehen. Nach der Besetzung der Krim traten Mitarbeiter*innen des russischen FSB an lokale Antifaschist*innen und Anarchist*innen heran und boten ihnen an, ihre Aktivitäten fortzusetzen, schlugen aber vor, dass sie fortan die Idee, dass die Krim ein Teil Russlands sein sollte, in ihre Agitation einbeziehen sollten. In der Ukraine gibt es kleine Informations- und Aktivistengruppen, die sich als antifaschistisch positionieren, dabei aber im Wesentlichen eine pro-russische Position vertreten; viele Menschen verdächtigen sie, für Russland zu arbeiten. Ihr Einfluss in der Ukraine ist minimal, aber ihre Mitglieder dienen russischen Agent*innen als ›Whistleblower‹.

Es gibt auch ›Kooperationsangebote‹ der russischen Botschaft und von pro-russischen Parlamentsmitgliedern wie Ilja Kiva. Sie versuchen, die Ablehnung von Nazis wie dem Asow-Bataillon auszunutzen und bieten an, Menschen zu bezahlen, damit sie ihre Haltung zu Russland ändern. Bislang hat nur Rita Bondar offen zugegeben, auf diese Weise Geld erhalten zu haben. Früher schrieb sie für linke und anarchistische Medien, aber aus Geldnot schrieb sie unter einem Pseudonym für Medienplattformen, die mit dem russischen Propagandisten Dmitri Kiselev verbunden sind.

In Russland selbst erleben wir die Zerschlagung der anarchistischen Bewegung und den Aufstieg autoritärer Kommunist*innen, die die Anarchist*innen aus der antifaschistischen Subkultur verdrängen. Einer der bezeichnendsten Momente der letzten Zeit ist die Organisation eines antifaschistischen Turniers im Jahr 2021 zum Gedenken an »den sowjetischen Soldaten«.

Droht ein ausgewachsener Krieg mit Russland? Ein anarchistischer Standpunkt

Vor etwa zehn Jahren wäre die Vorstellung eines ausgewachsenen Krieges in Europa absurd gewesen, denn die säkularen europäischen Staaten des 21. Jahrhunderts versuchen, ihren »Humanismus« zu betonen und ihre Verbrechen zu verschleiern. Wenn sie sich an militärischen Operationen beteiligen, tun sie dies irgendwo weit weg von Europa. Aber was Russland betrifft, so haben wir die Besetzung der Krim und die anschließenden gefälschten Referenden, den Krieg im Donbas und den Flugzeugabsturz von MH17 miterlebt. Die Ukraine ist ständig mit Hackerangriffen und Bombendrohungen konfrontiert, nicht nur in staatlichen Gebäuden, sondern auch in Schulen und Kindergärten.

In Belarus erklärte sich Lukaschenko im Jahr 2020 mit einem Ergebnis von 80 % der Stimmen dreist zum Sieger der Wahlen. Der Aufstand in Belarus führte sogar zu einem Streik der belarussischen Propagandisten (z.B. in Form der Fernsprecher*innen). Doch nach der Landung russischer FSB-Flugzeuge änderte sich die Lage dramatisch und der belarussischen Regierung gelang es, die Proteste gewaltsam zu unterdrücken.

Ein ähnliches Szenario spielte sich in Kasachstan ab, doch wurden dort die regulären Armeen Russlands, Belaruss, Armeniens und Kirgisistans im Rahmen der »Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit« (Collective Security Treaty Organization) hinzugezogen, um das Regime bei der Niederschlagung des Aufstands zu unterstützen.

Russische Geheimdienste lockten Flüchtende aus Syrien nach Belarus, um einen Konflikt an der Grenze zur Europäischen Union zu schüren. Es wurde auch eine Gruppe des russischen FSB aufgedeckt, die politische Morde mit chemischen Waffen – dem bereits bekannten »Nowitschok« – verübte. Neben den bekannten Fällen von Skripal und Nawalny haben sie auch andere politische Persönlichkeiten in Russland angegriffen und getötet. Putins Regime antwortet auf alle Anschuldigungen mit den Worten: »Wir sind es nicht, ihr lügt alle«. In der Zwischenzeit hat Putin selbst vor einem halben Jahr einen Artikel geschrieben, in dem er behauptet, dass Russ*innen und Ukrainer*innen eine Nation sind und unter einem Dach leben sollten. Wladislaw Surkow (ein politischer Stratege, der die russische Staatspolitik gestaltet und mit den Marionettenregierungen in der so genannten DNR und LNR in Verbindung steht) veröffentlichte einen Artikel, in dem er erklärte, dass »das Imperium expandieren muss, da es sonst untergehen wird«. In Russland, Belarus und Kasachstan wurde die Protestbewegung in den letzten zwei Jahren brutal unterdrückt und unabhängige und oppositionelle Medien wurden zerstört. Wir empfehlen, hier mehr über die Aktivitäten Russlands zu lesen.

Alles in allem ist die Wahrscheinlichkeit eines ausgewachsenen Krieges hoch und in diesem Jahr etwas höher als im letzten Jahr. Selbst die schärfsten Analyst*innen dürften kaum in der Lage sein, den genauen

Zeitpunkt des Kriegsbeginns vorherzusagen. Vielleicht würde eine Revolution in Russland die Spannungen in der Region abbauen, aber wie wir oben geschrieben haben, ist die Protestbewegung dort erstickt worden.

Die Anarchist*innen in der Ukraine, in Belarus und in Russland unterstützen meist direkt oder implizit die ukrainische Unabhängigkeit. Das liegt daran, dass die Ukraine trotz aller nationalen Stimmungsmache, Korruption und einer großen Zahl Nazis im Vergleich zu Russland und den von ihm kontrollierten Ländern wie eine Insel der Freiheit wirkt. Dieses Land bewahrt solche im post-sowjetischen Raum »einzigartigen Phänomene« wie die Abwählbarkeit des Präsidenten, ein Parlament, das mehr als nur nominelle Macht hat, und das Recht, sich friedlich zu versammeln; in einigen Fällen, wenn die Öffentlichkeit gerade darauf achtet, funktionieren die Gerichte manchmal sogar gemäß ihrem erklärten Protokoll. Zu sagen, dass dies besser ist als die Situation in Russland, ist nichts Neues. Wie Bakunin schrieb: »Wir sind fest davon überzeugt, dass die unvollkommenste Republik tausendmal besser ist als die aufgeklärteste Monarchie.«

In der Ukraine gibt es viele Probleme, die aber am ehesten ohne die Einmischung Russlands gelöst werden können.

Ist es sinnvoll, im Falle einer Invasion gegen die russischen Truppen zu kämpfen? Wir glauben, dass die Antwort darauf Ja lautet. Zu den Optionen, die ukrainische Anarchist*innen derzeit in Betracht ziehen, gehören der Beitritt zu den Streitkräften der Ukraine, die Beteiligung an der Territorialverteidigung, der Aufbau von Guerilla Einheiten und die Bereitstellung von zivilen Freiwilligen.



Die Ukraine steht jetzt an vorderster Front im Kampf gegen den russischen Imperialismus. Russland hat langfristige Pläne, die Demokratie in Europa zu zerstören. Wir wissen, dass dieser Gefahr in Europa bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Aber wenn mensch die Äußerungen hochrangiger Politiker*innen, rechtsextremer Organisationen und autoritärer Kommunist*innen verfolgt, wird mensch mit der Zeit feststellen, dass es in Europa bereits ein großes Spionagenetz gibt. So erhielten beispielsweise einige Spitzenbeamte nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt einen Posten in einer russischen Ölgesellschaft (Gerhard Schröder, François Fillon).

Wir halten Slogans wie »Nein zum Krieg« oder »Der Krieg der Imperien« für unwirksam und populistisch. Die anarchistische Bewegung hat keinen Einfluss auf den Prozess, daher ändern solche Aussagen überhaupt nichts.

Unsere Position basiert auf der Tatsache, dass wir nicht weglaufen wollen, dass wir keine Geiseln sein wollen und dass wir nicht kampflös getötet werden wollen. Am Beispiel Afghanistans kann mensch nachvollziehen, was »Nein zum Krieg« bedeutet: Als die Taliban vorrückten, flohen die Menschen massenhaft, starben im Chaos auf den Flughäfen, und die Zurückgebliebenen wurden verfolgt. Dies beschreibt, was auf der Krim geschieht, und mensch kann sich vorstellen, was nach dem Einmarsch Russlands in anderen Regionen der Ukraine geschehen wird.

Was die Haltung gegenüber der NATO betrifft, so sind die Autor*innen dieses Textes in zwei Standpunkte gespalten. Einige von uns haben eine positive Herangehensweise zu dieser Problematik. Es ist offensichtlich, dass die Ukraine Russland nicht allein entgegentreten kann. Selbst wenn mensch die große Freiwilligenbewegung berücksichtigt, werden moderne Technologien und Waffen benötigt. Abgesehen von der NATO hat die Ukraine keine anderen Verbündeten, die ihr dabei helfen könnten.

Hier wollen wir die Geschichte von Nord-Ost Syrien / Rojava in Erinnerung rufen. Die Einheimischen waren gezwungen, mit der NATO gegen ISIS zu kooperieren – die einzige Alternative war zu fliehen oder getötet zu werden. Wir wissen sehr wohl, dass die Unterstützung durch die NATO sehr schnell verschwinden kann, wenn der Westen neue Interessen entwickelt oder es schafft, einige Kompromisse mit Putin auszuhandeln. Selbst jetzt ist die Bewegung dort gezwungen, mit dem Assad-Regime zu kooperieren, weil sie wissen, dass sie kaum eine Alternative haben.

Eine mögliche russische Invasion zwingt die ukrainische Bevölkerung dazu, nach Verbündeten im Kampf gegen Moskau zu suchen. Nicht in den sozialen Medien, sondern in der realen Welt. Die Anarchist*innen verfügen weder in der Ukraine noch anderswo über ausreichende Ressourcen, um effektiv auf die Invasion des Putin-Regimes zu reagieren. Deshalb muss mensch darüber nachdenken, Unterstützung von der NATO anzunehmen.

Der andere Standpunkt, der in unserer Redaktionsgruppe vertreten wird: das sowohl die NATO als auch die EU durch die Stärkung ihres Einflusses in der Ukraine das derzeitige System des »wildem Kapitalismus« in dem Land zementieren und das Potenzial für eine soziale Revolution noch weniger realisierbar machen werden. Im System des globalen Kapitalismus, dessen Flaggschiff die USA als Anführer der NATO ist, wird der Ukraine der Platz eines bescheidenen Grenzlandes zugewiesen: ein Lieferant von

billigen Arbeitskräften und Ressourcen. Daher ist es für die ukrainische Gesellschaft wichtig, die Notwendigkeit der Unabhängigkeit von allen imperialistischen Kräften zu erkennen. Im Kontext der Verteidigungsfähigkeit des Landes sollte der Schwerpunkt nicht auf der Bedeutung der NATO-Technologie und der Unterstützung für die reguläre Armee liegen, sondern auf dem Potenzial der Gesellschaft für den Guerillawiderstand an der Basis.

Wir betrachten diesen Krieg in erster Linie als Krieg gegen Putin und die von ihm kontrollierten Regime. Neben der banalen Motivation, nicht unter einer Diktatur zu leben, sehen wir das Potenzial der ukrainischen Gesellschaft, die eine der aktivsten, unabhängigsten und rebellischsten in der Region ist. Die lange Geschichte des Widerstands der Bevölkerung in den letzten dreißig Jahren ist ein solider Beweis dafür. Das gibt uns Hoffnung, dass die Konzepte der direkten Demokratie hier auf fruchtbaren Boden stoßen.

Die aktuelle Situation der Anarchist*innen in der Ukraine und neue Herausforderungen

Die Außenseiterinnenposition während des Maidan und des Krieges hatte eine demoralisierende Wirkung auf die Bewegung. Die Öffentlichkeitsarbeit wurde erschwert, da die russische Propaganda das Wort »Antifaschismus« monopolisierte. Aufgrund der Präsenz der Symbole der UdSSR unter den pro-russischen Aktivist*innen war die Einstellung gegenüber dem Wort »Kommunismus« äußerst negativ, so dass selbst die Kombination »Anarchokommunismus« negativ wahrgenommen wurde. Die Stellungnahmen gegen die pro-ukrainische Ultra-Rechte warfen in den Augen der gewöhnlichen Leute einen Schatten des Zweifels auf die Anarchist*innen. Es gab eine unausgesprochene Übereinkunft, dass die Ultrarechten keine Anarchist*innen und Antifaschist*innen angreifen würden, wenn sie ihre Symbole nicht bei Kundgebungen und Ähnlichem zeigten. Die Rechten hatten eine Menge Waffen in der Hand. Diese Situation schuf ein Gefühl der Frustration; die Polizei funktionierte nicht gut, so dass mensch leicht getötet werden konnte, ohne dass dies Konsequenzen hatte. Im Jahr 2015 wurde beispielsweise der pro-russische Aktivist Oles Buzina getötet.

All dies ermutigte die Anarchist*innen, das Thema ernster zu nehmen.

Ab 2016 begann sich ein radikaler Untergrund zu entwickeln; Nachrichten über radikale Aktionen erschienen immer häufiger. Radikale anarchistische Publikationen erschienen, die erklärten, wie mensch Waffen kauft und Depots anlegt, im Gegensatz zu den älteren Publikationen, die nur auf Molotow-Cocktails beschränkt waren.

Im anarchistischen Milieu ist es mittlerweile üblich, legale Waffen zu besitzen. Videos von anarchistischen Trainingscamps, in denen Schusswaffen benutzt wurden, tauchten auf. Der Widerhall dieser Veränderungen erreichte Russland und Belarus. In Russland löste der FSB ein Netzwerk anarchistischer Gruppen auf, die über legale Waffen verfügten und Airsoft spielten. Die Verhafteten wurden mit Strom gefoltert, um sie zu einem Terrorismus-Geständnis zu zwingen, und zu Haftstrafen zwischen 6 und 18 Jahren verurteilt. In Belarus wurde während der Proteste 2020 eine rebellische Gruppe von Anarchisten unter dem Namen »Schwarze Flagge« festgenommen, als sie versuchte, die belarussisch-ukrainische Grenze zu

überqueren. Sie hatten eine Schusswaffe und eine Granate bei sich; laut der Aussage von Igor Olinevich hatte er die Waffe in Kiew gekauft.

Auch der überholte Ansatz der wirtschaftlichen Vorstellungen der Anarchist*innen hat sich geändert: Während früher die meisten in schlecht bezahlten Jobs arbeiteten, die »näher an den Ausgebeuteten« waren, versuchen jetzt viele, einen gut bezahlten Job zu finden, meist im IT-Sektor.

Antifaschistische Gruppen auf der Straße haben ihre Aktivitäten wieder aufgenommen und führen Vergeltungsaktionen bei Nazi-Angriffen durch. Unter anderem veranstalteten sie das antifaschistische Kampf-Turnier »No Surrender« und veröffentlichten einen Dokumentarfilm mit dem Titel »Hoods«, der über die Entstehung der Kiewer Antifa-Gruppe berichtet. (Englische Untertitel sind verfügbar.)

Der Antifaschismus in der Ukraine ist eine wichtige Front, denn neben einer großen Zahl einheimischer ultrarechter Aktivist*innen sind viele berüchtigte Nazis aus Russland (darunter Sergej Korotkich und Alexej Levkin) und aus Europa (wie Denis »White Rex« Kapustin) und sogar aus den USA (Robert Rando) hierher gezogen. Die Anarchist*innen beobachten die Aktivitäten der extremen Rechten genau.

Es gibt verschiedene aktive Gruppen (klassische Anarchist*innen, Queer-Anarchist*innen, Anarcho-Feminist*innen, Food Not Bombs, Öko-Initiativen usw.) sowie kleine Informationsplattformen. Kürzlich ist mit dem Telegramm-Channel @uantifa eine weitere politisch engagierte antifaschistische Informationsquelle online gegangen, die ihre Veröffentlichungen auch auf Englisch dupliziert.

Die Spannungen zwischen den Gruppen werden allmählich abgebaut, da es in letzter Zeit viele gemeinsame Aktionen und eine gemeinsame Beteiligung an sozialen Konflikten gegeben hat. Zu den wichtigsten gehören die Kampagne gegen die Abschiebung des belarussischen Anarchisten Aleksey Bolenkov (dem es gelang, einen Prozess gegen die ukrainischen Geheimdienste zu gewinnen und in der Ukraine zu bleiben) und die Verteidigung eines Kiewer Stadtteils (Podil) gegen Polizeirazzien und Angriffe der Ultrarechten.

Die Invasion der Ukraine

Anarchistischer Beitrag aus Kharkov

(Übersetzung ins Deutsche von einer Übersetzung aus dem Englischen)

<https://libcom.org/news/invasion-ukraine-anarchist-media-call-kharkov-28022022>

Einige kennen vielleicht das ukrainische anarchistische Kollektiv um das Online-Magazin »Assembly«¹. Dieser Text ist die Übersetzung eines Interviews von ihnen inklusive einiger Updates. Die Seite freut sich über finanzielle Unterstützung (s. Crowdfunding-Kampagne²).

Für alle, die uns (Assembly; Anmerkung der Übersetzung) nicht kennen: Wir schreiben über soziale Konflikte in Kharkov, städtische und Umwelt-

Wir haben immer noch sehr wenig Einfluss auf die Gesellschaft im Großen und Ganzen. Das liegt vor allem daran, dass die Notwendigkeit von Organisation und anarchistischen Strukturen lange Zeit ignoriert oder geleugnet wurde. (In seinen Memoiren beklagte auch Nestor Makhno dieses Manko nach der Niederlage der Anarchist*innen). Anarchistische Gruppen wurden sehr schnell durch den SBU [Inlandsgeheimdienst der Ukraine] oder die extreme Rechte zerschlagen.

Wir sind aus der Stagnation herausgekommen und entwickeln uns weiter, und deshalb rechnen wir mit neuen Repressionen und neuen Versuchen des SBU, die Kontrolle über die Bewegung zu übernehmen.

Im Moment kann mensch unsere Position als die radikalsten Ansätze und Ansichten im demokratischen Lager bezeichnen. Wenn Liberale es vorziehen, sich im Falle eines Angriffs durch die Polizei oder die extreme Rechte bei der Polizei zu beschweren, bieten Anarchist*innen an, mit anderen Gruppen zusammenzuarbeiten, die unter einem ähnlichen Problem leiden, und zur Verteidigung von Strukturen oder Veranstaltungen zu kommen.

Die Anarchist*innen versuchen aktuell, horizontale Bindungen an der Basis der Gesellschaft zu schaffen, die auf gemeinsamen Interessen beruhen, damit die Gemeinschaften ihre eigenen Bedürfnisse, einschließlich der Selbstverteidigung, erfüllen können. Dies unterscheidet sich erheblich von der üblichen politischen Praxis in der Ukraine, in der sich oft um Organisationen, Politiker*innen oder die Polizei geschart wird. Organisationen und Politiker*innen werden oft bestochen, und die Menschen, die sich um sie gruppiert haben, werden getäuscht. Die Polizei kann womöglich mal eine LGBT-Veranstaltungen schützen, wird sich aber sicher gegen die selben Aktivist*innen wenden, wenn diese gegen Polizeibrutalität demonstrieren. Das ist der Grund, warum wir in unseren Ideen und Ansätzen Potenzial sehen – wenn es allerdings zum Krieg kommt, wird die Hauptsache wieder sein, an einem bewaffneten Konflikt teilnehmen zu können.

Crimethinc

probleme, selbstorganisierte Versuche, das von unten zu ändern und lokale anarchistische Geschichte. Unser Ziel ist es, die öffentliche Meinung in diesen Fragen im Sinne eines revolutionären Anarchismus zu beeinflussen.

Um die zweite Frage (was anarchistische Ukrainer*innen jetzt tun; Anmerkung der Übersetzung) zu beantworten, beginnen wir mit uns. Wir sind alle in Kharkov, mit der Ausnahme einer Person mit einem kleinen Sohn, die beide mit weiteren Verwandten sicher nach Polen geflohen sind. Hier verdeutlichen wir den ausländischen Journalist*innen und



Aktivist*innen die Situation vor Ort, die uns mit verschiedensten Fragen bombardieren und uns Solidaritätsbriefe schicken, seit der Krieg begann. Außerdem helfen wir bei der Verteilung notwendiger Güter an die Bedürftigsten in der Nachbarschaft. Eine*r aus unserer Gruppe koordiniert außerdem Soforthilfe bei verschiedenen Problemen über landesweite Telegram-Chats.

Es gibt ein paar Jagdwaffen und andere scharfe Waffen, Material für Molotows ist in der Nähe, aber im Allgemeinen ist nicht mal die Bombardierung in unseren Häusern zu hören. Im Vergleich zu anderen Teilen der Stadt haben wir echt Glück. In den nördlichen und östlichen stehen Wohnhäuser unter heftigem Beschuss von schweren Waffen. Zum Beispiel heute, am 28. Februar, wurden mindestens elf Bewohner*innen getötet und 37 verletzt. Darunter war eine Familie: zwei Erwachsene und drei Kinder, die lebendig in einem Auto verbrannt sind...

Wir sehen keinen Sinn darin etwas zur militärischen Situation zu sagen. Alle Massenmedien und öffentlichen Seiten schreiben das Gleiche und wir wollen euch keine vermeintlichen Informationen schildern, die nur auf Gerüchten basieren.

Was halten wir von all dem? Zunächst ein paar Worte zu dem öffentlichen Statement unserer Genoss*innen von der regionalen Russischen Sektion der International Workers Association. Wir sind der Auffassung, dass sie - und wir teilen die Ablehnung beider herrschenden Parteien - die globalen Auswirkungen dieser Hölle nicht ganz verstanden haben. Wenn der Krieg Ausdruck des Kampfes um den Gasmarkt ist, warum hat

der Westen dann kein Embargo gegen russisches Erdgas verhängt? Und wer sollte die Aufmerksamkeit von der „Gesundheitsdiktatur“ ablenken wollen mit Maßnahmen, die hundertmal unpopulärer und hundertmal weniger profitabel für die Wirtschaft sind, als alle Covid-Beschränkungen zusammen? Nagut, jetzt ist nicht der richtige Moment das tiefergründig zu beantworten... Nach den Worten ihrer Sprecherin „schlagen sie jetzt mit aller Kraft gegen die miesen patriotischen Bastarde zurück“. Aber ihre Äußerung enthält keine genaueren Vorschläge, außer den abstraktesten Aufrufen aller Zeiten. Das bringt uns zum nächsten Punkt: Eine eher kontroverse Position wird von unseren anderen engen Verbündeten von der Gruppe Black Flag vertreten, die hauptsächlich aus Lviv (Lemberg) und Kiew kommen. Klar, im Hauptstadtdistrikt Obolon wurden Kalashnikovs zur Verteidigung des Territoriums an praktisch alle ausgehändigt ohne auch nur wenigstens nach dem Ausweis zu fragen. Es wäre definitiv falsch daraus keinen Vorteil zu schlagen. (In Kharkov bekommt mensch Waffen nur gegen das Vorzeigen eines Ausweises und den Nachweis von Kampferfahrung.) Aber die Frage ist: lässt sich jetzt in den bewaffneten Gruppen anarchistisch agitieren oder sind unsere Gefährt*innen dort nur Kanonenfutter? Naja, das Wichtigste ist, dass ihr Text insgesamt die Verantwortung oder Schuld für dieses Abschlachten bei den herrschenden Klassen auf beiden Seiten sieht und das erwärmt natürlich unsere Herzen.

Wie dem auch sei, die allgemeine internationalistische Sicht darauf ist folgende: Lasst die putlerschen (Wortspiel: Putler = Putin + Hitler) Schläger der Weißen Garde hier in ihrem eigenen Blut ertrinken, aber wir sollten „unserem“ Staat nicht stärker dabei helfen, aus diesem Fleischwolf zu kommen. Was ist also konkret zu tun: Lasst alle Genoss*innen ihren

lokalen Umständen entsprechend handeln. Wir tun, was wir am besten können und wollen nur für unsere Gruppe sprechen. Unser Appell an Russische und Weißrussische Genoss*innen wurde hier (assembly.org.ua, Anmerkung der Übersetzung) bereits veröffentlicht.

Und wo wären wir ohne historische Anleihen? Black Flag erinnert am Ende ihrer Veröffentlichung an die Erfahrungen von Machno, der gegen die Imperialisten von Denikin (Anton Denikin = Generalleutnant der kaiserlich-russischen „Weißen Armee“) und Ukrainische Nationalisten gleichermaßen kämpfte. Aber die offensichtliche Realität ist, dass unsere Gruppen nicht ansatzweise vergleichbar mit der anarchistischen Bewegung im Russischen Imperium sind, nicht mal zu Zeiten der größten Reaktion nach der Niederlage der Revolution 1905 bis 1907. Ausgehend von dem begrenzten Einfluss und den begrenzten Möglichkeiten, die wir haben, scheint das Wichtigste gerade zu sein, sich ein Beispiel an Chermyshevsky uns seinen Genoss*innen zu nehmen, die sich auch als erstes an der krachenden Niederlage des gekrönten Polizisten Nicholas I im Krim-

krieg erfreuten ohne dabei das Britische, Französische oder Ottomanische Reich zu unterstützen, nicht mal als das „kleinere Übel“.

Ein Bemerkung noch zum Crowdfunding: Die erwähnte Kampagne um Assembly zu unterstützen, ging bereits vor ein paar Wochen los, also vor Kriegsbeginn. Natürlich können wir gerade nicht daran arbeiten, aber wenn die Feindseligkeiten vorbei sind, wird das Projekt nötiger sein denn je. Auf der anderen Seite sind wir gerade ausreichend mit dem Nötigsten an humanitärem Bedarf ausgestattet, sodass wir nicht vorhaben, für Dinge dieser Art etwas auszugeben.

Natürlich seid ihr herzlich eingeladen euch unseren größten und bedeutendsten Bericht von heute anzuschauen. Ihr werdet sogar ohne Übersetzung interessiert sein!

Lang leben die Anarchie! Friede den Hütten, Krieg den Palästen!

¹ <https://www.assembly.org.ua/>

² <https://www.globalgiving.org/projects/mutual-aid-alert-for-east-ukraine/>

Feministinnen in Russland gegen Putins Krieg

Der folgende Text ist ein Manifest von Feministinnen in Russland, die sich gegen die Besetzung und den Krieg in der Ukraine zusammengeschlossen haben. Mehrere Dutzend feministische Basisgruppen sind aktuell in mindestens dreißig Städten aktiv. In diesem Manifest rufen Feministinnen, die in die Antikriegsproteste in Russland involviert sind, Feministinnen auf der ganzen Welt dazu auf, sich gegen die militärische Aggression der Putin-Regierung zu wehren. (...)

Als russische Bürgerinnen und Feministinnen verurteilen wir diesen Krieg. Feminismus als politische Kraft kann nicht auf der Seite eines Angriffskrieges und einer militärischen Besatzung stehen. Die feministische Bewegung in Russland kämpft für benachteiligte Gruppen und die Entwicklung einer gerechten, gleichberechtigten Gesellschaft, in der Gewalt und militärische Konflikte keinen Platz haben dürfen.

Krieg bedeutet Gewalt, Armut, Zwangsvertreibung, zerstörte Leben, Unsicherheit und fehlende Zukunft. Er ist unvereinbar mit den grundlegenden Werten und Zielen der feministischen Bewegung. Krieg verschärft die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und wirft menschenrechtliche Errungenschaften um viele Jahre zurück. Krieg bringt nicht nur die Gewalt der Bomben und Geschosse mit sich, sondern auch sexuelle Gewalt (...)

Feministinnen sind heute eine der wenigen aktiven politischen Kräfte in Russland. Lange Zeit wurden wir von den russischen Behörden nicht als gefährliche politische Bewegung wahrgenommen und waren daher vorübergehend weniger von staatlicher Repression betroffen als andere politische Gruppierungen. Derzeit sind mehr als fünfundvierzig verschiedene feministische Organisationen im ganzen Land tätig, von Kaliningrad bis Wladiwostok, von Rostow am Don bis Ulan-Ude und Murmansk. Wir rufen russische feministische Gruppen und einzelne Feministinnen auf,

sich dem Feministischen Widerstand gegen den Krieg anzuschließen und ihre Kräfte zu vereinen, um sich aktiv gegen den Krieg und die Regierung, die ihn begonnen hat, zu stellen. Außerdem rufen wir Feministinnen in der ganzen Welt auf, sich unserem Widerstand anzuschließen.



Wir sind viele, und gemeinsam können wir viel erreichen: In den letzten zehn Jahren hat die feministische Bewegung eine enorme mediale und kulturelle Macht erlangt. Es ist an der Zeit, diese in politische Macht umzumünzen. Wir sind die Opposition gegen Krieg, Patriarchat, Autoritarismus und Militarismus. Wir sind die Zukunft, die sich durchsetzen wird. Wir rufen Feministinnen auf der ganzen Welt auf: Beteiligt euch an Demonstrationen, startet Offline- und Online-Kampagnen gegen den Krieg in der Ukraine und Putins Diktatur, und organisiert eure eigenen Aktionen.

Gerne könnt ihr das Symbol des Feministischen Widerstands gegen den Krieg in euren Materialien und Publikationen verwenden, ebenso wie die Hashtags #FeministAntiWarResistance und #FeministsAgainstWar.

Der Feministische Widerstand gegen den Krieg hat einen Telegram-Kanal <https://t.me/femagainstar> mit zusätzlichen Informationen (auf Russisch). Die Mitglieder der Initiative sind aus Sicherheitsgründen anonym. Ihre Vertreterin in London ist *Ella Rossman*.

Für eine antinationale Antikriegsbewegung

Rede von Subversive Theorie auf einer antimilitaristischen Demo am 26.2.22

Es geht ein Gespenst um in Europa, das Gespenst der antinationalen Antikriegsbewegung!

Für eine Linke geht es nicht darum, an die deutsche Regierung die Forderung nach Waffenlieferungen an die Ukraine zu stellen. Für eine Linke geht es nicht darum, bessere Sanktionen gegen Russland zu fordern, für die Linke geht es darum, jenseits von allen Regierungen, von allen Staaten wieder einen gemeinsamen Bezugspunkt zu finden, der sich nicht in die Logik von Eroberungen und Geopolitik einbinden lässt. Dieser Bezugspunkt ist unserer Ansicht nach, die Perspektive auf eine antinationale Antikriegsbewegung.

Fangen wir beim wer und wo an.

Die Ukraine ist ein Staat in Osteuropa. In der Ukraine leben 44 Millionen Menschen. Russland ist die zweitgrößte Atomwaffenmacht auf der Welt. In Russland leben ca. 145 Millionen Menschen.

Die Menschen in der Ukraine und in Russland sind seit Jahrhunderten miteinander verbunden. Die Verbrechen des 20. Jahrhunderts, ob es der deutsche Vernichtungskrieg der Nazis und Wehrmacht war oder die verbrecherische stalinistische Hungerpolitik, Russen und Ukrainer teilen die schrecklichen Erfahrungen von Krieg und Diktatur. Und es sind ukrainische und russische Fußballer, Künstler, Journalisten, und ein Haufen junger Menschen, die gemeinsam NEIN, Niejt, sagen zu diesem Krieg!

Aber wer hat entschieden, dass es einen Krieg gibt?

Es war Putin, es war der Kreml, es war ein Geflecht von russischen Oligarchen und Kleptokraten, die die Entscheidung für einen Angriffskrieg auf die Ukraine getroffen hat. Es war bei aller Kritik nicht die Nato oder die EU, es waren auch keine real existierenden faschistischen Einheiten in der Ukraine oder die ukrainische Regierung.

Wieso muss dies gesagt werden? Die Illusionen der deutschen Bourgeoisie und Teile der Linken in Europa gehen noch immer Hand in Hand.

Die deutsch-russische Handelsbilanz hatte mit einem Volumen von 80 Milliarden Euro 2012 ihren Höhepunkt, um im Gefolge der Sanktionen

wegen der Krim Annexion auf 48 Milliarden Euro 2016 zu fallen. Im Jahr 2021 wurden bereits wieder knapp 60 Milliarden Euro erreicht. Deutschland exportiert vor allem Hightech-Produkte wie Maschinen oder PKWs, während Russland Rohstoffe und insbesondere fossile Energieträger nach Deutschland exportiert. Rund 55 Prozent des in die BRD importierten Erdgases kommen aus russischen Lagerstätten. Deutschland ist noch immer der wichtigste europäische Handelspartner Russlands.

Deutschland eroberte in den letzten Jahrzehnten die Exportmärkte Osteuropas und gliederte ein Land nach dem anderen in ihren ökonomischen Herrschaftsbereich namens Europäische Union ein, ohne große Probleme oder sowjetische Bruderküsse vom Kreml fürchten zu müssen.

Dies ist nun Vergangenheit.

Der deutschen Linken, die beim Thema neoliberaler Umbau Osteuropas gerne schwieg, um sich über die rechtsradikalen Bewegungen, die auf dem Boden der immer weiteren ökonomischen und sozialen Verrohrungen Osteuropas erwachsen, stets verwundert die Augen zu reiben, teilte bewusst oder unbewusst die liberale Phantasie eines Franis Fukujama, das das Ende der Geschichte bedeutet, dass mit Aldi und Co an jeder Ecke Osteuropas, dem fetten Benz, VW, Audi, Mercedes unter dem Arsch, noch dem letzten Osteuropäer die Glückseligkeit der westlichen Demokratie doch irgendwann einleuchten würde. Ob Schröder, Merkel oder Sahra Wagenknecht alle teilten die Illusion der sogenannten „ökonomischen Einhegung“ und damit politischen Transformation Russlands, Belarus, oder Ungarns in Richtung liberaler Demokratien.

Dies ist nun Vergangenheit!. Es ist Krieg! Es ist ein Angriff auf die Ukraine! Es ist vor allem jedoch ein Kampf um die Weltordnung. Wer glaubt, morgen würden es wieder so sein wie gestern, dass auch schon beschissen war, der irrt!

Dieser Krieg ist eine historische Zäsur, dessen Konsequenzen wir uns noch gar nicht bewusst sein können.

- Der größte Flächenstaats Europas verschwindet von der Landkarte.
- Die Nato erklärt bereits jetzt 25.02.2022, Flugabwehrsystem an die Ukraine zu liefern und damit aktiv in einen Krieg mit Russland,

- Remind der zweitgrößten Atommacht der Welt einzusteigen, und massive Truppenverlegungen nach Osteuropa vorzunehmen.
- Der deutsche Finanzminister, Christian Lindner erklärt in den Tagesthemen, am 24.02.2022, es wäre ein Fehler gewesen den deutschen Sozialstaat aufzubauen, statt dessen hätte man gegen Russland rüsten müssen, und kündigt an, „wir alle müssen nun zusammenhalten“.

Es ist Krieg!

Ein Krieg der die Normalos trifft, die lesbische Antifa im Kiewver Alternativ Viertel, die gerade ins Nirgendwo flieht, die den Punker in Russland trifft, der im Gefängnis wegen seiner Antikriegshaltung misshandelt wird, der die den Renter in Deutschland betreffen wird, dessen Storm bei horrenden Rechnungen abgestellt bekommt.

Es ist Krieg! Und es gibt Widerstand!

- In über 40 Städten Russland trotzen vor allem junge Menschen der Propaganda und der Indoktrination und versammeln sich gegen das Putin Regime und dessen Angriffskrieg.
- Weltweit versammeln sich Anarchisten und Sozialisten auf Plätzen und vor russischen Botschaften, um gegen den Angriffskrieg zu demonstrieren.

Es geht ein Gespenst um in Europa, das Gespenst der antinationalen Solidarität gegen Krieg, gegen patriarchalen Nationalismus, für offene Grenzen und soziale Gerechtigkeit.

1914 Stand Rosa Luxemburg vor einem Gericht des reaktionären Kaiserdeutschland, ihr wurde vorgeworfen, deutsche Soldaten agitiert zu haben, im ersten Weltkrieg die Schießbefehle von Offizieren zu missachten. Mit ihren Worten gegen Reaktion und Kriegstreiber richten wir uns an unsere russischen Schwestern und Brüder:

„Der Generalstab mit seinen Kriegs-Prinzipien“ und der Soldat im Kadavergehorsam – dass sind die Grundlagen der Kriegsführung und die Bürgschaft für die Siege. Nun, dieser Auffassung sind wir Sozialdemokraten eben nicht. Wir denken vielmehr, daß über das Zustandekommen und den Ausgang des Kriegs nicht bloß die Armee, die Befehle von oben und der blinde Gehorsam von unten entscheiden, sondern dass darüber die große Masse des werktätigen Volkes entscheidet und zu entscheiden hat. Wir sind der Auffassung, daß Kriege nur dann und nur so lange geführt werden können, als die arbeitende Masse sie entweder begeistert mitmacht, weil sie sie für eine gerechte und notwendige Sache hält, oder wenigstens dulgend erträgt. Wenn hingegen die große Mehrheit des werktätigen Volkes zu der Überzeugung gelangt, [...] daß Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre und volksfeindliche Erscheinung sind, dann sind die Kriege unmöglich geworden!“

Beenden wir diesen Krieg! No War but Class War!



Anonymous: Hacken gegen den Krieg

Die Ankündigung des Aktivistenkollektivs Anonymous vom Abend des 24.2.22, Webseiten der russischen Regierung und staatlicher Medien anzugreifen, zeigen offenbar bereits am 25.2.22 erste Auswirkungen. Die offizielle Website des Kremls, kremlin.ru, war bis Samstagabend 26.2.22 nicht erreichbar. Auch der Web-Auftritt des russischen Verteidigungsministeriums ist offline.

Ähnliches gilt auch für die Webseiten des Regierungsportals government.ru oder des russischen Staats- und Propagandamediums RT.

Zusätzlich veröffentlichten Anonymous am 25.2.22 Dokumente, die sie bei einem Angriff auf das russische Verteidigungsministerium gehackt haben. Das Datenpaket enthält E-Mail-Daten zahlreicher Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums und anderer Ministerien, einschließlich der Passwörter.

Zuletzt veröffentlichten Anonymous Liberland und das Pwn-Bär Hack Team 200 Gigabytes an E-Mails des belarussischen Waffenherstellers Tetraedr. Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko unterstützt Putins Invasion, indem er russischen Truppen den Angriff von Norden her ermöglicht.

Am 28.2. hat es einen groß angelegten Hackerangriff auf mehrere russische Staatsmedien und Tageszeitungen gegeben. Betroffen waren unter anderem die Staatsagentur Tass sowie die Onlineauftritte der Tageszeitung Iswestija und des Wirtschaftsblatts Kommersant. Auf der Internetseite von Iswestija erschien ein Banner des Hackerkollektivs Anonymous.



„Wir fordern Sie dringend auf, diesen Wahnsinn zu stoppen, schicken Sie Ihre Söhne und Ehemänner nicht in den sicheren Tod. Putin bringt uns zum Lügen und bringt uns in Gefahr“, hieß es in dem Aufruf der Hacker. „In ein paar Jahren werden wir wie in Nordkorea leben. (...) Das ist nicht

unser Krieg, lasst uns ihn stoppen!“ Auf anderen Internetseiten wurde lediglich eine Fehlermeldung angezeigt. Dasselbe Anonymous-Banner erschien auch auf der gehackten Seite der russischen Staatsagentur Tass. Die Staatsagentur Tass bestätigte den Hackerangriff.

Cyber Partisans in Belarus

Hacker*innen verschlüsseln Datenbanken der belarussischen Bahn

Eine Gruppe pro-demokratischer Hacker*innen, die sich „Cyber Partisans“ nennt, erlangt in den letzten zwei Jahren immer mal wieder weltweite Aufmerksamkeit.

Durch eine Reihe von Cyberangriffen in den letzten zwei Jahren konnte die Gruppe von Haktivist*innen, Aufzeichnungen, darunter abgehörte Telefongespräche und interne Dokumente, erbeuten, die die Bemühungen der belarussischen Regierung zur Unterdrückung abweichender Meinungen aufdeckten. Ein Jahr nach Beginn der Proteste in Belarus bekannten sie sich zu einem Hack in die zentralen Datenbanken des Belarussischen Innenministeriums (siehe autonomes Blättchen Ausgabe Nr. 46). Nun erklärte sie am 24. Januar 2022 [1], dass sie die belarussische Bahn infiltriert und einige Server, Datenbanken und Workstations verschlüsselt habe, um die Bewegung russischer Truppen in das Land zu sabotieren, da die Spannungen über eine mögliche erneute Invasion in der Ukraine zunehmen. Die Gruppe erklärte, sie werde die Systeme wieder freigeben, wenn 50 politische Gefangene, die medizinische Hilfe benötigen, freigelassen und russische Militärangehörige aus Belarus ausgesperrt würden.

Das belarussische Verteidigungsministerium teilte mit, dass bereits russische Truppen im Vorfeld einer im Februar gemeinsam stattfindenden

Militärübung eingetroffen seien. Diese Übung hat die Befürchtung geweckt, dass russische Truppen und Ausrüstung entlang der Nordgrenze der Ukraine in der Nähe der Hauptstadt Kiew stationiert und das Land weiter eingekreist werden könnte.

„Kritische Infrastrukturen in Belarus und auf der ganzen Welt sind eine Art weiches Ziel für Ransomware-Angriffe“, sagte Andrew Reddie, Professor an der School of Information der University of California in Berkeley. Zachary Peterson, Informatikprofessor an der Cal Poly in San Luis Obispo, sagte, dass Bahnnetze, wie andere kritische Infrastrukturen auch, oft Altsysteme sind, die gebaut wurden, lange bevor man sich ernsthaft mit dem Thema Cybersicherheit befasste. „Es war ein natürlicher Schritt“, so Peterson, „dass eine Haktivistengruppe einen Angriff, der für finanzielle Erpressung entwickelt wurde, zu einem Werkzeug für politische Zwecke umfunktionierte.“ Zitate von Washington Post 25. Januar 2022 [2].

[1] <https://twitter.com/cpartisans/status/1485618881557315588>

[2] <https://www.washingtonpost.com/world/2022/01/25/belarus-railway-hackivist-russia-ukraine-cyberattack/>

Internationales Netzwerktreffen gegen das System der Grenzen in Polen

Die seit Monaten andauernde Situation an der Grenze zwischen Polen und Belarus ist eine echte humanitäre Krise, die tausende von Menschen, die versuchen, in Europa Zuflucht zu finden, in Gefahr bringt. Aber es ist nicht nur das.

Sie ist auch ein sehr fruchtbarer Boden für den Hass auf andere, auf 'Ausländer', in Polen und natürlich in ganz Europa. Die Art und Weise, wie die Menschen von der Regierung behandelt werden, rechtfertigt das Denken und Handeln rechtsextremer Gruppen und fördert das Wachstum eines faschistischen europäischen Grenzsystems. Die Anspannung und die Ohnmacht, die durch die tragischen Bilder in den Mainstream-Medien hervorgerufen werden, sind nicht neu. Sie machen Angst, lähmen und demonstrieren schwarz auf weiß die Autorität allmächtiger militarisierter Staaten, die mit Waffen und Stacheldraht ausgestattet sind. Sie lassen die Menschen glauben, dass dies die einzige Option ist, dass dies eine effiziente

„Lösung“ für eine „gefährliche Krise“ ist. Wer ist hier in Gefahr? In der Zwischenzeit wird die Aufmerksamkeit von einer notwendigen Reflektion über mögliche Solidaritätsstrukturen und Ankommensstrategien abgelenkt, die nicht mehr kosten würden. Diese Angst in irgendeiner Form zu schüren, ist eine der am offensten eingesetzten Taktiken des letzten Jahrhunderts, um die immer hermetischere Schließung der Grenzen zu rechtfertigen. Es ist auch ein Mittel, um die Menschen zu lähmen, damit sie sich unfähig fühlen, auf unmenschliche Maßnahmen zu reagieren, sich ihnen zu widersetzen.

Dennoch sind viele Menschen und Gruppen aktiv geworden, trotz der immer größer werdenden Schwierigkeiten, Gefahren und fehlenden Mittel. Diese Menschen sind zum Teil Einheimische, die sich mit der Situation nicht abfinden wollten und aktiv wurden, einige schlossen sich mehr oder weniger institutionalisierten Vereinigungen an oder bildeten autonome

Gruppen. Autonome anarchistische Gruppen haben sich ihnen direkt angeschlossen und auf ihre Weise ein System der ersten Hilfe organisiert. Über die physische Hilfe hinaus ist es ihr Ziel, ehrliche und effektive Informationen über das, was dort passiert für den Rest Europas zu verbreiten.

Link zum NoBorderTeam Telegram info-channel: [no_borders_team](https://t.me/no_borders_team)

Im Dezember 2021 lud das No Border Team Polen Gruppen aus mehreren europäischen Ländern ein, um die aktuelle Situation zu diskutieren. Ziel dieses Treffens war es, ein besseres Verständnis für die Situation in Polen zu bekommen, was bisher getan wurde und welche aktuellen Bedürfnisse bestehen. Außerdem sollten mehr autonome Gruppen zusammengebracht werden, um das europäische Netzwerk von No Border Aktivist*innen zu stärken und über gemeinsame Strategien nachzudenken.

Warum veröffentlichen wir diesen Kommunikationstext?

Wir hielten es für notwendig, diesen Text zu veröffentlichen, weil wir einen konkreten Bedarf festgestellt haben. Es scheint, dass viele Menschen und Gruppen in Europa den Wunsch und die Ressourcen haben, zu helfen, dass aber ein großer Mangel an Informationen besteht, um die Situation effektiv zu verstehen. Manchmal fehlen auch die Zusammenhänge und Kontakte. Wir hoffen, dass diese Analyse des Themas Perspektiven für gegenwärtige und zukünftige kreative Aktionen eröffnet.

Dieser Text soll die aktuelle Situation kurz aufzeigen, sich aber vor allem auf die verschiedenen Bereiche konzentrieren, die gemeinsam mit den polnischen Aktivist*innen identifiziert wurden, in denen jetzt, in den nächsten Monaten und langfristig Aufmerksamkeit und Maßnahmen erforderlich sind! Jeder Bereich kann auf verschiedenen Ebenen angegangen werden – politisch, mit direkten Aktionen, in Vernetzung – je nach den Möglichkeiten, Erfahrungen und Kapazitäten der Person oder Gruppe. Diese verschiedenen Ebenen müssen nebeneinander existieren und zusammenarbeiten.

1. Die Situation an der Grenze zwischen Polen und Belarus und wo Hilfe benötigt wird

Wie weitgehend bekannt ist, gibt es bereits seit Monaten ein Netzwerk verschiedener Gruppen an der polnisch-belarussischen Grenze, entweder innerhalb der Grupa Granica Struktur oder als autonome No Border Gruppen. Natürlich gibt es immer die Notwendigkeit von Geld oder bestimmten Gegenständen, damit die Gruppen ihre Arbeit fortsetzen können – allerdings kommunizieren polnische Aktivist*innen und Gruppen derzeit, dass die Strukturen, die sie an der polnisch-belarussischen Grenze aufgebaut haben, stabil sind und derzeit keine dringende Unterstützung von internationalen Aktivist*innen benötigen, auch weil es Netzwerke mit Einheimischen gibt. Derzeit verlagert sich die Situation jedoch an die

litauische Grenze und dort ist die Unterstützung durch erfahrene Aktivist*innen willkommen.

Das Wichtigste jedoch was wir gemeinsam herausgefunden haben, ist, dass die Aktionen und das Engagement von Menschen und Gruppen, die sich engagieren wollen, sich derzeit auf die lokalen Strukturen und Bedürfnisse in den Zielländern konzentrieren sollten, um eine langfristige und nachhaltige Bekämpfung des Gesamtproblems zu gewährleisten, anstatt zu kurzfristigem Aktivismus an der Grenze zu neigen!

Wenn an der Grenze dringende Unterstützung benötigt wird, werden die Aktivist*innen sich melden und den Bedarf formulieren.

Kurzum: Organisiert euch in euren Städten, Dörfern und Regionen! Darauf wird in den folgenden Abschnitten noch genauer eingegangen.

2. Druck auf die Regierungen der europäischen Zielländer

Ein wichtiges Element einer kurz- und langfristigen Strategie ist es, kontinuierlichen Druck auf Politiker*innen und Regierungen Deutschlands und anderer westlicher Länder auszuüben, damit diese eine Erklärung zur Aufnahme von Geflüchteten in ihre Länder abgeben. Eine solche Erklärung wird die Strategien der polnischen Regierung gegenüber Menschen auf der Flucht direkt beeinflussen.

In den letzten Monaten wurden mehrere Demonstrationen, Aktionen und Infoveranstaltungen in verschiedenen Regionen und Städten organisiert, um auf die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze aufmerksam zu machen und die Regierungen zum Handeln zu drängen. Es ist dringend notwendig, dass dies weitergeht und eine Mobilisierung in größerem Umfang erreicht wird! Kreativität und Radikalität in unseren Aktionen sind mehr denn je gefragt, um unseren Stimmen Gehör zu verschaffen.

Da die Medien eine entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, die Aufmerksamkeit der Menschen und der Regierungen auf einen bestimmten Punkt zu lenken, ist es wichtig, unsere Stimmen und Bilder nicht nur in unsere alternativen Medien, sondern auch in die Mainstream-Medien zu bringen. Die Situation an der Grenze wird in den deutschen Medien nicht mit der notwendigen Aufmerksamkeit behandelt. Zusammen mit polnischen Aktivist*innen haben wir auch festgestellt, dass die deutschen Medien keine ausführliche und kontinuierliche Berichterstattung oder Analyse der aktuellen Situation liefern. Ein vollständiges Bild davon, wie Menschen auf der Flucht von allen beteiligten Regierungen behandelt werden und wie sich die Probleme, die durch die europäische Grenzstrategie entstehen, wiederholen, erreicht die deutsche Gesellschaft bisher nicht!

Chronik:30.05.21: In Solidarität mit gefangenen Anarchist*innen in Russland, werden in Berlin mehrere Autos der Firmen Kone, Engine und Wisag mit verschiedensten Mitteln sabotiert. Gefolgt ist die Aktionen einem Aufruf zu Solidarität am 30.05 aus Frankreich. **31.05.:** In Chemnitz wird einem Geschäft, welches die Reichskriegsflagge im Schaufenster ausstellte, die Scheibe eingeschmissen. **31.05.:** In Berlin geht eine Auto der (unter anderem) Straßenbaufirma STRABAG in Flammen auf. Als kleines warm-up für den bundesweiten Anti-Autobahn-Aktionstag und im Vorfeld der IAA in München. „IAA münchen angreifen / grüße an alle waldbesetzungen / r94 bleibt!“ Mai: In Hannover bekommen mehrere Burschenschaften unfreiwillig ihre Fassaden mittels Feuerlöscher und Farbe umgestaltet. Am folgenden Wochenende fand das Burschentreffen „Coburger Convent“ in Hannover statt. **03.06.:** Während einer Kundgebung von Querdenken, werden mehrere ihrer Karren tiefergelegt. **05.06.:** In Berlin wird das Wohnhaus, des Eigentümers

*Kurzum: Wir müssen eine größere Mobilisierung erreichen, um unsere Regierungen unter Druck zu setzen und sie mit ihrem Teil der Verantwortung zu konfrontieren. Konnten wir in den deutschen Medien eine Stellungnahme zur Entscheidung der Regierung, Migrant*innen Zuflucht zu gewähren, lesen? Irgendeinen Artikel über den geplanten Bau einer Mauer zwischen Belarus und Europa oder über polnische Internierungslager? Lasst uns alle Kommunikationsmittel nutzen, um dies zu ändern!*

3. Haftanstalten in Polen

Neben der roten Zone an der polnisch-belarussischen Grenze sind ein zentrales Feld der Unterdrückung, Unmenschlichkeit und Grausamkeit die Haftzentren in Polen, in denen derzeit tausende von Menschen ohne rechtliche Unterstützung beim Zugang zu einem Asylverfahren, ohne kontinuierliche medizinische und psychologische Betreuung oder Zugang zu Grundbedürfnissen eingesperrt sind.

Die Zentren sind ständig überfüllt und kaum zugänglich. Anfang Dezember brach als Reaktion auf die unmenschliche Behandlung und die fehlenden Perspektiven ein Aufstand der im Haftzentrum in Wedrzyn eingesperrten Menschen aus.

Wir müssen ein Flüchtlingslager als einen Ort neu definieren, der als Gefängnis dient und ein Ort ist, an dem wir Menschen ihrer körperlichen und geistigen Freiheit berauben, an dem der Staat fortwährend Folter und Verfolgung betreibt. Langfristig gesehen sind Internierungslager nicht die Lösung, nicht nur wegen unserer ideologischen Differenzen. Langfristig wird die Beibehaltung der derzeitigen Politik zu einem systemischen Versagen führen.

Es besteht ein großer Bedarf, Informationen über die aktuelle Situation in den Haftanstalten zu sammeln und zu veröffentlichen und die alltägliche Verletzung grundlegender Menschenrechte an diesen Orten aufzuzeigen und zu skandalisieren!

Die Zustände in den Zentren und die grausamen Strategien der polnischen Regierung, mit der aktuellen Situation umzugehen, müssen die Aufmerksamkeit der Gesellschaft erlangen. Insbesondere die deutschen Regierungen müssen unter Druck gesetzt werden, da eine große Anzahl von Dublin-Fällen in Deutschland zu Abschiebungen nach Polen führen wird.

Es besteht ein großer Bedarf an internationalen Unterstützungsnetzwerken rund um die verschiedenen Abschiebegefängnisse in Polen, da sich die Arbeit und Energie der polnischen Aktivist*innen derzeit auf die Grenzen konzentriert und die Kapazitäten begrenzt sind.

Kurzum: Die Abschiebeknäste in Polen sind die eigentlichen Orte, auf die man sich konzentrieren sollte. Recherchen, Informationsbeschaffung, Be-

obachtung und Dokumentation der aktuellen Situation in und um die Haftanstalten sind dringend notwendig, um den Status Quo zu skandalisieren und die Menschen, die dort festgehalten werden, zu unterstützen.

4. Der Bau der Mauer in Polen

Bereits vor Wochen hat die polnische Regierung den Bau einer Mauer an der belarussischen Grenze angekündigt. Der Bau hat bereits begonnen und wird in den nächsten Monaten mit Hilfe britischer Truppen und mehrerer polnischer und internationaler Stahl- und Materialfirmen kontinuierlich fortgesetzt. Die Mauer wird durch den Białowieża-Urwald, den letzten Urwald in Europa, gebaut und wird die Funktion des örtlichen Ökosystems stören sowie zur Zerstörung von mehreren Dutzend Hektar Wald führen.

Es ist dringend notwendig, die Angelegenheit in den Mainstream- und alternativen Medien sowie unter Aktivist*innen bekannt zu machen, da die Tatsache, dass eine Mauer zwischen Polen und Belarus gebaut wird, in der Öffentlichkeit noch nicht präsent ist. Die Folgen des Mauerbaus werden entscheidend sein für die Richtung der Migration und die Möglichkeiten der Migration. Verantwortliche Unternehmen und Regierungen unserer eigenen Länder müssen identifiziert und gestoppt werden!

Kurzum: Deutschland beteiligt sich passiv und aktiv am Bau einer Mauer – das können wir nicht hinnehmen! Wir müssen es stoppen, physisch! Und so viele Akteure wie möglich dazu bringen, die Beschämungskampagne zu unterstützen.

5. Gewahrsamseinrichtungen in Deutschland und anderen Zielländern und langfristige Unterstützungsnetzwerke für Asylsuchende

Was seit Beginn der Krise an der polnisch-belarussischen Grenze deutlich geworden ist, ist die Tatsache, dass die Menschen, die auf der Flucht sind, hauptsächlich nicht in Polen bleiben wollen (und Polen will nicht, dass sie bleiben), sondern andere Zielländer erreichen wollen – meist Deutschland, Frankreich, die Niederlande oder UK. Die Migrationsmöglichkeiten sind einem ständigen Wandel unterworfen – Grenzen werden sich schließen, neue Routen werden sich öffnen, die politische Situation wird sich ändern, aber Migration wird nie aufhören. Derzeit ist unklar, wie sich die Situation in Polen und Belarus entwickeln wird, aber es ist klar, dass bereits viele Menschen die oben genannten Zielländer erreicht haben.

Polnische Aktivist*innen sind derzeit mit einer sehr dynamischen und sich ständig verändernden Situation an der Grenze konfrontiert, die sich auf erste Hilfe und kurzfristige Aktionen in dringenden Situationen konzentriert. Deshalb weisen sie dringend auf den großen Bedarf an stabilen und kontinuierlichen Unterstützungsnetzwerken für Menschen hin, die in den Zielländern angekommen sind und sich nun in einem langen Asylver-

des Köpi-Wagenplatzes Nehls, mit Parolen beschmiert. „Köpi bleibt Risikokapital! Solidarität mit Potse, R94, Köpi und alle anderen bedrohten Projekte!“ 06.06.: Bei einer Sponti von Autonomen und Anarchistischen Gruppen in Bremen sind die Scheiben von einer Bank und zwei Immobilienbüros zu Bruch gegangen. Anlass war die beginnende Aufwertung des Viertels Bremen-Neustadt und die anstehenden Räumungen von Freiräumen und Hausprojekten in Berlin. „Für selbstbestimmtes und selbstorganisiertes Leben und Wohnen überall!“ 06.06.: Aus Rache nach der Tötung von Qosay Sadam Khalaf drei Monate zuvor durch die Bremer Polizei, brannten auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei drei Einsatzfahrzeuge und eine Reisebus vollständig aus. „Die Bullen emten unseren Hass, weil sie die Verhältnisse verkörpern. Sie tragen die Uniform freiwillig. Sie entwickeln Freude an Machtmissbrauch und Erniedrigung. Sie finden in der legalen Gewaltorgie ihre Verwirklichung. Sie befehlen. Sie gehorchen. Sie morden.“ 09.06.: In Wuppertal klirren die



fahren befinden. Die Orte in Deutschland, an denen Menschen in dieser Situation untergebracht sind, können unterschiedliche Charaktere haben (Erstaufnahmelager, Camp, Geflüchtetenlager, Gemeinschaftsunterkunft, Container, . . .), sind aber meist alle fernab von größeren Städten und Infrastruktur gebaut. Die Isolation und der allgemeine Mangel an rechtlicher, medizinischer und psychologischer Beratung sowie an Zugang zu grundlegenden Informationen sind enorm! Viele Menschen sind der ständigen Bedrohung ausgesetzt, nach Polen abgeschoben zu werden, da viele von ihnen dort bereits registriert waren, oder in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt zu werden.

Viele Menschen kommen derzeit aus Polen vor allem in Brandenburg an, werden aber sofort auf Zentren in ganz Deutschland verteilt. Wir brauchen staatlich und kirchlich unabhängige und autonome Unterstützungsgruppen um jedes Zentrum herum, die ständig die Bedürfnisse der dort lebenden Menschen prüfen! Aktive Unterstützung sowie Schutz und Widerstand gegen faschistische Aktionen sind dringend notwendig.

Was über polnische Abschiebeknäste geschrieben wird, gilt auch für das deutsche Asylsystem. Auf politischer Ebene müssen wir darauf drängen, dass Lager und ein hochgradig repressives Asylsystem nicht die Antwort auf Migration sind, sondern vielmehr Isolation, Rassismus und rechte Positionen in unserer Gesellschaft verstärken.

Kurz gesagt: Wenn Menschen auf der Flucht in Deutschland, Frankreich, Italien usw. ankommen, ist das nicht das Ende. Das ist erst der Anfang. Das müssen wir anerkennen und klar kommunizieren.

Wenn es Netzwerke gibt, sollten wir uns darauf konzentrieren, die Situation unter verschiedenen Aspekten zu analysieren: politische Veränderungen, direkte Aktionen, kurz- und langfristige Unterstützungsstrukturen. Wenn es Gruppen gibt, sollten sie sich zusammenschließen und die verschiedenen Bedürfnisse und Aufgaben teilen, um die Situation zu verstehen und angemessen handeln zu können. Wenn es keine Gruppe gibt oder es zu wenig Leute und Kapazitäten gibt, sollten wir in größeren Städten um Hilfe bitten, Treffen organisieren und über die Bedürfnisse der Region sprechen. Lasst uns laut sein, das Lagersystem anprangern und Wege finden, es zu überwinden!

Worauf wir in jedem Prozess besonders achten wollen:

Wir wollen die Stimmen und Bedürfnisse der Menschen hören, die von dem Grenzsysteem betroffen sind. Wir nutzen unsere Privilegien, um zu unterstützen und wirklich etwas zu verändern, und nicht, um in die Rolle des "Wohltätigkeitshelden" zu fallen. Wir wollen global und in langfristigen Aktionen denken, um die Fehler des bestehenden Systems nicht zu reproduzieren.

Wir wollen, dass die Festung Europa zusammenbricht, wir wollen nicht nur darüber theoretisieren!

International Network No Border East

Für mehr information und Vorschläge, schreibt bitte an:

nbeastn@riseup.net

Scheiben bei einem SPD Büro vor der angekündigten Hausbegehung der Rigaer 94 durch die Bullen. 09.06.: Auf einer Baustelle für Mikro- und Luxusapartments in Berlin werden eine Radlader und der Stromverteilerkasten abgefackelt. Zuvor war die Fläche von einer Kiezinitiative besetzt und von Bauarbeitern und Secus geräumt worden. „Solidarität mit Kōpi, Potse, R94, Wagenplatz Mollies, Solidarität mit allen kämpferischen Kiezinitiativen!“ 10.06.: In Berlin wird die Landesgeschäftsstelle der CDU mitsamt einem Wahlkampfauto demoliert. Als Gründe werden angeführt, neben „rassistischen und frauen*feindlichen Alltagspolitik“ wären als Klassiker zum Beispiel ihre Rolle als Schutz- und Pensionssicherungsverein für ehemalige Überzeugungstäter der NSDAP und ihre andauernde Tradition des Anbandelns mit Diktatoren zu nennen (früher unter anderem in Chile und Spanien, heute in der Türkei und Aserbaidschan). Nicht zuletzt auf ihre Kappe gehen außerdem der Ausverkauf der DDR, die unsägliche Austeritätspolitik gegenüber der

Aufruf zur Teilnahme an der Verteidigung

der besetzten Gemeinschaft von Prosfygika in Athen

Hallo Gefährt:innen, Dieser Aufruf richtet sich an Kollektive und Einzelpersonen aus der ganzen Welt, sich an der kämpferischen Verteidigung von PROSFYGIKA gegen die drohende Repression zu beteiligen. Die versuchte Räumung unserer Nachbarschaft muss in ein zentrales Ereignis des Widerstands und einen Sieg gegen die politische Macht und die Gentrifizierung unserer Viertel in den Metropolen verwandelt werden.

WAS WIR EUCH EINLADEN ZU VERTEIDIGEN

Der Gebäudekomplex von Prosfygika wurde 1933 für die Flüchtlinge aus Kleinasien errichtet. Unter diesen Bedingungen entstand ein lebendiges Arbeiterviertel mit kommunalem Charakter. Heute ist es einer der größten Gebäudekomplexe im Zentrum von Athen, der noch nicht gentrifiziert und von den großen Investoren oder dem Staat ausgebeutet wurde. Es ist ein Ort mit strategischer Bedeutung, da er zwischen den beiden „Säulen“ der Autorität liegt - dem Obersten Gerichtshof einerseits und dem Polizeipräsidium andererseits. Innerhalb dieses sozialräumlichen Rahmens beschlossen einige Militante, die bereits als Hausbesetzer:innen in der Nachbarschaft lebten, sich zu organisieren.

Im Jahr 2010 riefen sie die Gemeinschaft des besetzten Prosfygika ins Leben, die als zentrales politisches Entscheidungsorgan SY.KA.PRO, die Versammlung des besetzten Prosfygika, hat. Ein gemeinschaftlicher Körper für das tägliche Leben und den politischen Kampf. 10 Jahre später hat das Projekt eine politisch vereinte Nachbarschaft, zahlreiche besetzte Wohnungen, autonome Gemeinschaftsstrukturen wie das Kinderhaus, das Frauencafé, die Bäckerei, Kleider-, Lebensmittel- und Gesundheitseinrichtungen hervorgebracht, die die Bedürfnisse von Dutzenden von Menschen, Familien, Migrant:innen, Wirtschafts- und politischen Flüchtlingen, viele von ihnen ohne Papiere, alt, krank oder sehr arm, abdecken. Die Gemeinschaft hat gleichzeitig eine konstante Beteiligung an lokalen und internationalen Kämpfen und eine große revolutionäre Perspektive.

Die Gemeinschaft organisiert sich auf der Grundlage von Selbstorganisation, Autonomie, direkter Aktion, Gemeineigentum, sozialer und politischer Gleichheit, Frauenbefreiung. Auf der Grundlage dieser Werte und Methoden koexistieren und arbeiten verschiedene Nationalitäten und Religionen, verschiedene politische Organisationen und politische Auffassungen zusammen, um dem Kapitalismus, dem Staat und dem Patriarchat zu widerstehen und sie zu überwinden, indem sie das Modell des Konföderalismus anwenden, welches das Modell jeder möglichen staatenlosen Gesellschaft ist.

Als SY.KA.PRO beteiligen wir uns an den lokalen Kämpfen der anarchistischen und der breiteren radikalen Bewegung auf dem griechischen Territorium. In den letzten Jahren haben wir uns an mehreren Kämpfen für Gefangene beteiligt, wie z.B. dem Hungerstreik von Dimitris Koufontinas, bei dem unsere Mitglieder zusammen mit Dutzenden anderer Genoss:innen während massiver Interventionen verhaftet wurden. Wir stehen an der Seite der radikalen Student:innenbewegung, die immer wieder versucht, Räume für Kämpfe innerhalb der Universitäten zu erobern, wobei die Beteiligung an der Besetzung der Polytechnischen Universität - einem Symbol des Widerstands gegen die Diktatur - einen Schwerpunkt bildet. Wir haben uns an vielen Antirepressionskämpfen beteiligt, um uns mit anderen Hausbesetzungen und Genoss:innen zu solidarisieren, und wir verteidigen aktiv das Viertel von Exarchia gegen Repression und Gentrifizierung.

Darüber hinaus sind unsere Leute gereist, um durch eine internationalistische Perspektive die soziale Revolution der kurdischen Freiheitsbewegung in Rojava zu unterstützen, wo eines unserer Mitglieder, Haukur Hilmarsson „Spark“, gefallen ist. Gleichzeitig schließt unsere internationalistische Perspektive und Solidarität die Aufnahme von türkischen und kurdischen revolutionären Organisationen und ihren politischen Flüchtlingen in die Strukturen der Gemeinschaft ein. Genossinnen und Genossen aus der ganzen Welt besuchen uns oder organisieren sich in unserer Gemeinschaft. Natürlich schließen diese Beziehungen auch die Solidarität mit Projekten im Ausland ein, wobei Rigaer94 in Berlin eines der bekanntesten Beispiele ist.

Die Verteidigung des Viertels ist bereits durch die bloße Existenz der Gemeinschaft, ihre Organisation, Aktionen, Veranstaltungen und unsere kleinen Konfrontationen mit den Bullen, wann immer sie sich bedrohlich in unserem Gebiet bewegen, im Gange. Und diese Verteidigung hat ihre Effizienz während der großen Zusammenstöße vom 31.10.2016 gegen die Invasion von Bullen und Faschisten bewiesen. Gegenwärtig sind wir bereit, im Falle einer Invasion/Räumung unsere Nachbarschaft stark zu verteidigen. Und es gibt viele Möglichkeiten, zu diesem Widerstand beizutragen. Gleichzeitig wird jede Solidaritätsbekundung und jede Gegeninformationsaktion diesen Widerstand stärken.

MÖGLICHKEITEN ZUR BETEILIGUNG AN DER VERTEIDIGUNG VON PROSFYGIKA: – IN DIE NACHBARSCHAFT KOMMEN

In unserer Gemeinschaft gibt es Räume, in denen Internationals für eine gewisse Zeit untergebracht werden können, die unser Projekt kennenlernen, die Menschen treffen, sich in die gemeinsamen Strukturen und das

europäischen Peripherie und der menschenverachtende EU-Türkei-Deal.“ Außerdem werden in dem Bekennerinnenschreiben die zahlreichen Verbindungen der CDU mit den Größen des bundesweiten Immobilienhandels erläutert. **12.06.:** In Berlin brennen zwei Wagen der Städtebaugesellschaft DEGEWO. **13.06.:** In Leipzig brennt ein Fahrzeug der Baufirma Still während der Räumung der Tiefe Straße 5. Die Firma hatte bei mehreren Räumungen von Waldbesetzungen Unterstützung geleistet. **14.06.:** In Berlin wird eine Vonovia Karre in Solidarität mit der räumungsbedrohten Rigaer94 angezündet. Juni: In Athen werden Brandsätze gelegt. Am Haus des Polizeichefs Haralambos Kalogiros. „ [Er] steht derzeit im Mittelpunkt der Aufstandsbekämpfungsstrategien, die zur Kriminalisierung, Entpolitisierung, Kontrolle und Unterdrückung antikapitalistischer und staatsfeindlicher revolutionärer Aktionen eingesetzt werden. Er koordiniert die präventiven Bewegungen und repressiven Taktiken, die eingesetzt werden, um die Sicherheit der



DIE GEMEINSAMEN GRÜNDE FÜR DIE VERTEIDIGUNG VON PROSYGIKA

Die Verteidigung der Nachbarschaft von Prosyfika bedeutet für das oben beschriebene Projekt, dass es seine derzeitige Existenzgrundlage und seine Bewohner:innen ihre Wohnstrukturen behalten sollen. Mehr als 10 Jahre Arbeit, Organisation und Kämpfe im Zentrum von Athen, das einem brutalen Gentrifizierungsprozess ausgesetzt ist, sollen fortgesetzt werden. Wir sehen dieses Gebiet jedoch nicht losgelöst von der lokalen und internationalen Bewegung für Autonomie und Befreiung von Staat und kapitalistischer Unterdrückung. Daher glauben wir, dass ein kämpferischer und im besten Fall erfolgreicher Widerstand allen Projekten nützt, die sich in dieser Logik befinden und politisch und historisch miteinander verbunden sind. In der Tat, von der Schlacht der Koukaki Squat Community bis hin zu erfolgreichen Wiederbesetzungen und groß angelegten Konflikten wie in der Rigaer Straße, gibt es immer mehr Beispiele von Kollektiven und Gemeinschaften, die den Weg des kämpferischen Widerstands wählen. Wir haben gesehen, dass solche Aktionen die überwältigende Macht des Staates destabilisieren, Verwirrung stiften und ihn zwingen, einen Schritt zurückzutreten. Weil das, was wir aufbauen, einen politischen und sozialen Wert hat, lohnt es sich dafür zu kämpfen. Weil wir wissen, dass uns nichts geschenkt wird, müssen wir es uns mit Entschlossenheit,

Entschiedenheit und radikalen Mitteln erkämpfen. Als Versammlung des besetzten Prosyfika begrüßen wir jede Beteiligung, jeden Vorschlag und jeden Plan, und unser Boden ist offen. Wir hoffen auf gemeinsame, erfolgreiche Kämpfe.

<https://sykaproquat.noblogs.org/>

tägliche Lebensprogramm einbringen und Verantwortung für den aktiven Widerstand in der Nachbarschaft übernehmen wollen. Konkret bedeutet das, sich an den laufenden

Antirepressionsprozessen zu beteiligen, Teil der Konfrontation zu sein, wenn sie während der Aufenthaltszeit stattfindet, und sich an der Solidaritätsprozedur zu beteiligen, die nach der Repression entstehen wird. Eine zusätzliche Unterstützung für den Verteidigungsplan kann durch technisches Wissen und Arbeit für Verbarrikadierung, Kampfmateriale, Alarmsystem entstehen. -

SOLIDARITÄTSEKKLÄRUNGEN UND –AKTIONEN

Wir halten jedes Transparent, jede Parole und jede Ankündigung für wichtig, um zur politischen Verteidigung von Prosyfika beizutragen. In einer Logik, die dem Staatsapparat und dem kapitalistischen Reichtum die größtmöglichen Kosten in Form von Zerstörung, Gewalt und sozialer

Bloßstellung zufügt, werden auch aggressive und aktivistische Solidaritätsaktionen begrüßt.

münchen: bullenprivatauto abgebrannt

Dokumentation:

„sie kontrollieren uns, sperren uns ein, durchsuchen uns und unsere wohnungen, schlagen und töten, schieben ab und unterdrücken: die scheiß bullen. gerade erst wurde in rotterdam auf randalierende geschossen, in münchen auf eine person die sich nicht aus ihrer wohnung zwangsräumen lassen wollte, in wuppertal wurde vor kurzem jemand von den bullen ermordet und in nürnberg sitzt jemand im knast für das anschreien von bullen. zeit zurückzuschlagen! deswegen brannte am 25.11.2021 nur

einige meter vor der bullenwache der private audi a1 einer polizistin der wache in der beethovenstraße komplett ab.

bullenmeldung vom 26.11.: ... Die aktuellen und noch andauernden Ermittlungen des Kommissariats 13 erbrachten nun Hinweise auf eine vorsätzliche Brandstiftung.“

anonym

hochrangigen Befehlsgeber der kapitalistischen Welt zu gewährleisten.“ Und an Fahrzeugen der Rüstungshändler und Corona-Profiteure Intracom und ACS Courier. 14.06.: In Berlin brennt ein Ferrari. 14.06.: Mehrere Autos der Firma welche die geplante Brandschutzprüfung in der Rigaer94 vornehmen soll gehen in Flammen auf. 15.06.: Die Scheiben klirren in Hamburg beim Ingenieurbüro Quintus in Hamburg. Dieses ist vor allem an Beratung und Planung von Luxusneubauten und den Hamburger Messehallen beteiligt. „Liebe & Kraft an die Gefährt*innen aus Berlin! Hands off Rigaer94!“ 15.06.: Farbe und Graffiti gabs in der Nacht auf das Büro von Stefan Evers (CDU) in Berlin. Dieser hatte zuvor im NS-Tonfall die Räumung der Rigaer gefordert. 15.06. In Leipzig wird eine Wisag Karre angezündet. „Nieder mit den Profiteuren von Ausbeutung und Verdrängung. Freiheit für Lina! PS: Am Wochenende waren noch antifaschistische Schmierfinken unterwegs und haben das Auto der lokalen AfD-Faschistin Tatjana Klinger mit einer nicht geringen

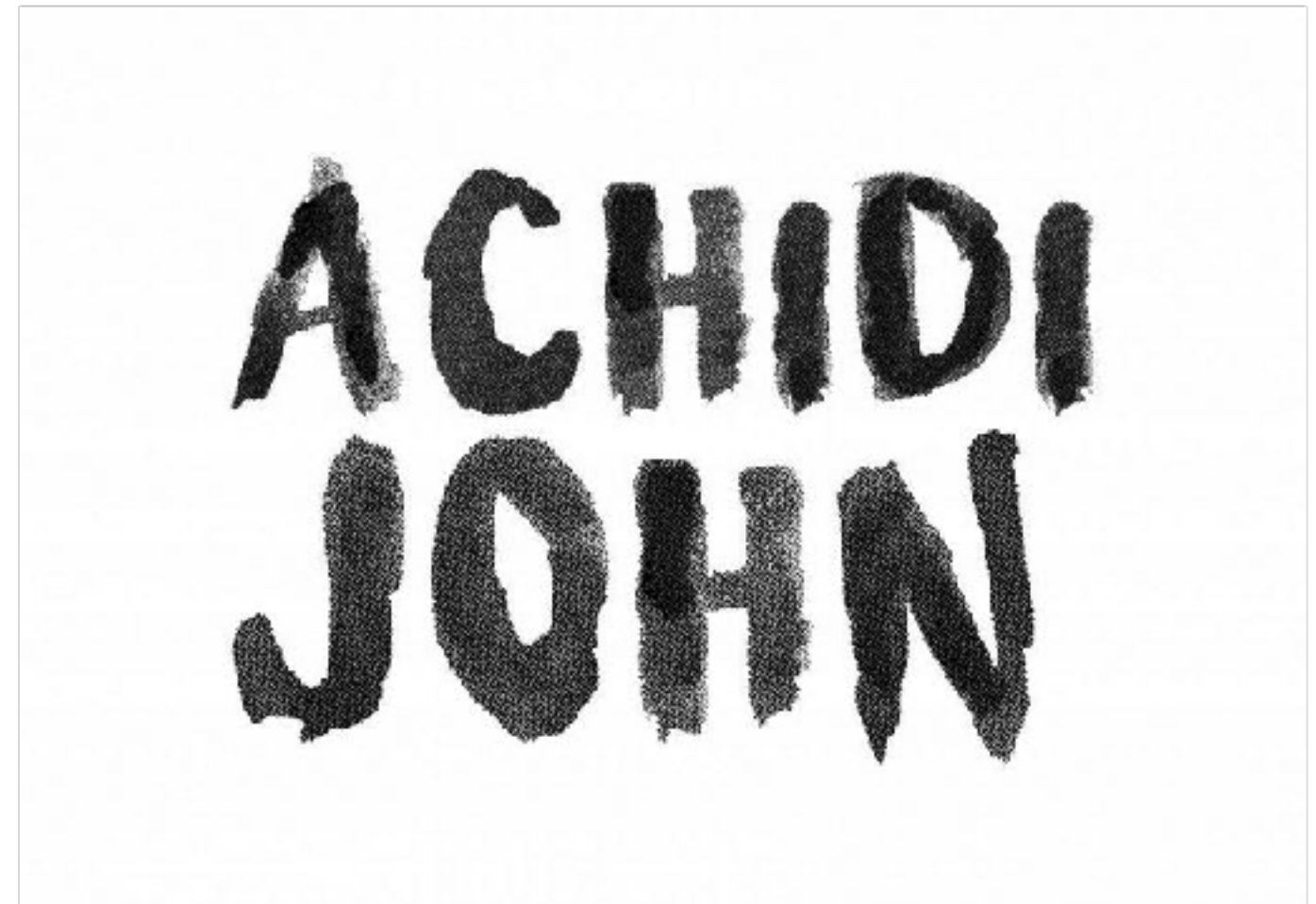
hh: nächtlicher besuch beim brechmittelprofessor

Dokumentation:

vor über 20 jahren starb achidi john. klaus püschel zur verantwortung ziehen. remember achidi john! kein vergeben und kein vergessen! es ist wieder eine dieser kalten nächte in hamburg. kein mond am himmel und die feuchte kriecht über den boden. irgendwo bellt ein hund. schnell und leise nähern sich verummte gestalten dem haus im holderstauch nummer 25. zur selben zeit liegt der hausherr in tiefem schlaf. kann er wirklich schlafen? sicher, denn klaus püschel leugnet seine üblen taten. doch wissen alle: er hat nicht nur achidi john auf dem gewissen. kurze rückblende, anfang 2000er: püschel ist leiter des instituts für rechtsmedizin im uni-klinikum-ependorf (uke). zwischen 2001 und 2006 werden hier 530 menschen, vorwiegend bipoc, mit brechmitteln gefoltert, um nachzusehen, ob sie drogenpäckchen verschluckt haben. am 12.12.2001 trifft es den 19-jährigen

achidi john, er stirbt in folge der zwangsweisen brechmittelvergabe. während andere bundesländer die einsätze daraufhin stoppen, hält hamburg daran fest.

püschel zur seite steht unter anderen olaf scholz in seiner funktion als innensenator von hamburg. 2006 verurteilt der europäische gerichtshof für menschenrechte die zwangsweise vergabe von brechmitteln als folter und als menschenrechtswidrig. andere rassistisch „medizinische“ maßnahmen vollzieht professor brechmittel danach weiterhin. er sieht sich als entscheidender über das schicksal von jungen flüchtlingen ohne ausweispapiere: erwachsenenunterkunft und abschiebung oder jugendhilfe. die bundesärztekammer verurteilt eine beteiligung von ärzt*innen bei der altersbestimmung von flüchtlingen, doch unter der regie von klaus werden am uke bei minderjährigen, unbegleiteten flüchtlingen handwurzelknochen geröntgt, computertomografien durchgeführt und die genitalien begutachtet. welcher gesinnung klaus püschel sich nahe fühlt,



wird spätestens ende 2021 unübersehbar, als von seinem geplanten auftritt bei der schlagenden verbindung „landmannschaft mecklenburgia rostock“ die rede ist. das überrascht aber niemanden mehr. am liebsten würde professor brechmittel eigentlich auch die dna aller menschen, die sich in deutschland aufhalten speichern. „dann können wir verbrechen viel schneller und viel besser aufklären“, sagt püschel. leider wird er für seine eigenen verbrechen bisher nicht zur verantwortung gezogen.

zurück zur nacht 22.-23. januar 2022: vor über 20 jahren starb achidi john. die verummten verharren einen augenblick. sekunden später fliegen über 10 farbgläser auf die hauswand und den eingang von püschels einfamilienhaus. und so schnell sie gekommen sind, verschwinden die gestalten wieder im nebel.

remember achidi john!
kein vergeben und kein vergessen!

anonym

Ein unsichtbarer Widerstand?

Eine Vorgeschichte des Gudi-Streiks als Antwort an „Achtung Sperrgebiet!“

Mit Interesse habe ich die „Subjektiven Betrachtungen zur Ausgangssperre“ aus der Sommerausgabe des Autonomen Blättchen gelesen. Unweigerlich musste ich dabei an meine Stadt, an Wien, denken. Hier gibt es seit Beginn der Pandemie eine Ausgangssperre – wenn auch mit vielen Ausnahmen versehen. Proteste dagegen mit Ausnahme der Schwurbl*innen? – Fehlanzeige!

Und doch gab es da etwas. Da gab es uns - Leute, die in der „Gudi“, einem Notquartier vorrangig für obdachlose Menschen aus Osteuropa, das nur im Winter offen hat, arbeiteten. Im Frühling 2021 streikten wir. Es war der erste wilde Streik im Sozialbereich ever! Die Gründe dafür waren eine eklatanten Unterbesetzung, viel zu viel Menschen in viel zu kleinen Räumen, die noch dazu unpassend waren (so gab es nur zwei Tische für mehr als 70

Menge schwarzer Farbe besudelt.“ 16.06.: Aus einer Soli-Sponti mit den bedrohten Projekten in Berlin, fliegen in Tübingen Farbbeutel auf Bankfilialen und Einkaufszentren. 16.06.: In Athen brennt ein Auto der Firma Würth. Im Bekenner*innenschreiben solidarisieren sich mit der Rigaer94 und den Kämpfer*innen in Rojava. Würth arbeitet bei seinen Auslandsgeschäften eng mit der deutschen Regierung zusammen und beliefert die Bundeswehr. 16.06.: Am Tag an dem die Rote Zone anlässlich der Begehung der Rigaer94 in Kraft treten sollte wird der Dorfplatz besetzt und zur autonomen Zone erklärt. Die anrückenden Einsatzkräfte können 3 Stunden lang mit brennenden Barrikaden Feuerwerk und Steinen am wiederherstellen der Ordnung gehindert werden. Auch an anderen Stellen wurden Barrikaden aufgetürmt und sich solidarisiert. 16.06.: Parallel zu Autonomen Zone in Berlin werden in Leipzig an den Türen des Haus des Jugendrechts angezündet, welches von Polizei und Staatsanwaltschaft betrieben wird. 16.06.: In Solidarität mit

Nächtiger), unzureichende COVID-Schutzmaßnahmen (Enge, Fenster, die sich nicht öffnen ließen, ...) die folgerichtig auch zu einem großen Cluster innerhalb der Einrichtung führten. Auf einen offenen Brief unsererseits wurde zwar reagiert und mehr Leute eingestellt. Gleichzeitig wurden die Gudi als einziges Quartier im April 2021 geschlossen. Alle anderen ähnlichen Quartiere wurden bis August verlängert. Wir empfanden das als Repression und antworteten mit zwei Arbeitsniederlegungen – den ersten wilden Streiks im Sozialbereich in Österreich. Die Schließung konnte zwar nicht verhindert werden, doch gab es viel Solidarität. Ein breiter Widerstand gegen den autoritären Kurs der Wiener Armutsfürsorge wurde sichtbar.

Im Folgenden soll es aber nicht um den Streik gehen. Vielmehr will ich eine der Vorgeschichte erzählen. Davon, wie sich die Dynamik bei uns Arbeiter*innen als Gruppe, die während der Ausgangssperre nicht zuhause bleiben konnte, entwickelte. Mir ist dabei wichtig, das Subjektive zu betonen. Es ist mein Blick auf eine der Vorgeschichten. Andere Menschen haben andere Geschichten und andere Blickwinkel. Ob bzw. inwiefern meine Geschichte allgemeingültig ist, sei dahingestellt. Ich mag sie dennoch erzählen, da ich glaube, dass sie ein wichtiges Mosaikstück beim Thema „Widerstand gegen Ausgangssperren“ ist und dass sich die Dynamik auch anderswo finden lässt.

Als im März 2020 die Pandemie hereinbrach, wurde schnell eine Ausgangssperre (mit einigen Ausnahmen) verhängt. Dass die Maßnahme ein Blödsinn war, war in der Gudi sofort zu sehen. Es war nach wie vor legal und kein Problem, zu sechst, zu siebt, zu acht in einem 25m²-Zimmer zu schlafen, zu viert in einem 10m² Büro zu arbeiten, aber das Bier nach der

Arbeit war plötzlich illegal. Wir haben es trotzdem getrunken – versteckt in Parks und gehofft, dass uns die Nachbar*innen nicht verpfeifen (haben sie nicht gemacht) – es fühlte sich fast wie eine Verschwörung an.

In diesen komischen Zeiten wurde das Quartier, das zuvor vor allem ein Arbeitsplatz war, als sozialer Ort wichtiger und wichtiger. Plötzlich wurde es schwer, sich mit mancher/n unsere Freund*innen zu treffen; plötzlich kam es in manchen unserer WGs zu größeren Konflikten rund um eigentlich banale Fragen, wie mit Dauerbesuch, Liebschaften, Freundschaften umzugehen sei. In der Notunterkunft war das irgendwie leichter. Es war klar, dass das Quartier offenbleiben muss; es war klar, dass wir, die dort arbeiteten, uns irgendwie zusammenraufen mussten.

Die heimlichen Treffen und das Wegbrechen des Außen führte dazu, dass der Gruppenzusammenhalt größer wurde. Es blieb uns fast nichts anderes über: Außer ein paar wenigen wichtige Bezugspersonen hatten wir niemand mehr außer uns selbst. Es führte auch dazu, dass wir die staatlichen Maßnahmen von Anfang an kritisch sahen – unabhängig davon, wie wir persönlich Corona einschätzten. Wir sahen., dass „draußen“ das Leben runtergefahren wurde, während bei uns, in der Enge des Notquartiers mit erhöhter Ansteckungsgefahr das Leben weiterging, ohne dass es wen interessiert hätte. Die strikte Trennung zwischen Arbeit und Frei macht für uns und generell im Gesundheits- und Sozialbereich gar keinen Sinn.

In den ersten Tagen der Pandemie erlebten wir mit, wie Teile des Sozialstaates baden gingen. Von einem Tag auf den anderen waren Wärmestuben, Essensverteilungen, Kleiderausgaben, medizinische Einrichtungen, die auch Nichtversicherte behandeln, ... geschlossen. Es dauerte ein paar



der Rigaer94 wird in Köln eine Filiale der Immobilienhändler von Engel&Völkers entglast. 16.06.: Auch in Bielefeld gehen bei Engel&Völkers die Scheiben zu Bruch. 18.06.: Farbe vor die Fassade und eine illegale Müllentstorgung vor die Tür gabs für eine Burschenschaft in Göttingen. 18.06.: In der Nacht nach der Brandschutzbegehung in der Rigaer94 brennen in Berlin mehrer Autos auf einem Supermarktplatz, ein Immobilienbüro wird entglast und 4 Bankfilialen verlieren ebenfalls ihre Scheiben. 19.06.: In Schwarzenberg wird die Front eines AfD-Büros umdekoriert. 21.06.: Das Software-Unternehmen Eurocommand wird in Hamburg mit Steinen angegriffen. Sie stellten unter anderem die Software zur Koordinierung des Polizeieinsatzes beim G20 in Hamburg. „Gegen Autorität und Unterdrückung! Rigaer 94 verteidigen! Solidarische Grüße an Lina!“ 22.06.: In München werden 13 SUVs mit Farbe besudelt. 23.06.: In Leipzig werden mehrere Lidl Filialen angegriffen, nachdem bei Streiks bei dem Unternehmen in Italien für bessere Hygiene-

Wochen bis zumindest ein Notbetrieb die Versorgung wieder aufnahm. Von anderen Notquartieren erfuhren wir nur sehr langsam, ob, wann und wie sie neue Nächtiger aufnahmen. Einmal mehr war da das Gefühl, dass wir auf uns allein gestellt sind. Aber auch die Einsicht, dass es entgegen allen Verlautbarungen den Maßnahmen nicht primär um unsere Gesundheit geht.

Ich mag die Geschichte hier beenden, nur noch eine kurze Anekdote: Wie nahezu alle anderen Quartiere schloss Anfang August 2020 auch die Gudi, nur um drei Monate später aufzumachen. Selbst während der Pandemie war es nicht möglich, dauerhafte Wohnplätze für Obdachlose zu schaffen. In der Schließzeit wurde nichts gemacht, um die Zustände zu verbessern, nicht einmal die Fenster waren zu öffnen. Wir wollten zumindest ein Zimmer zu einem Aufenthaltsraum umfunktionieren. Das wurde uns verboten, da sich laut damaliger COVID-Verordnung dort nur vier Menschen aufhalten dürfen. Es wurde also wieder ein „normales“ Schlafzimmer mit Platz für sechs Nächtiger. Erneut wurde klar, dass wir selbst handeln müssen, wenn sich was ändern sollte. Langsam entstand eine Dynamik, die im ersten wilden Streik des Sozialberichts endete.

Ich weiß nicht, wie es woanders aussieht. Doch ich habe das Gefühl, dass es ganz ähnliche Dynamiken auch anderswo gab. Das Reinigungspersonal

des KH Hietzing wehrte sich kollektiv und erfolgreich(!) gegen ihre Entlassung, Pfleger*innen in der Uniklinik Marburg, kündigten gemeinsam und suchten sich bessere Stellen, in Berlin streikten wild die Essenslieferant*innen der Gorilla@s, Jugendliche treffen sich heimlich im Park, flüchten vor der Polizei. flüchten, und schaffen so langsam eine eigene Kultur schaffen. Der Zusammenhalt von Gruppen, die während der Ausgangssperre nicht zuhause bleiben können oder wollen, wächst gleichzeitig mit der Kritik an den Maßnahmen. Der Prozess spielt sich meist im Verborgenen ab, der Widerstand bleibt lange unsichtbar. Völlig überraschend wirken dann die Aktionen, die daraus entstehen.

Natürlich wäre es wünschenswert gewesen, wenn sich mehr Menschen an den Demos gegen die Ausgangssperre angeschlossen hätten, wenn es in mehr Städten, und nicht nur in Hannover Aktionen gegeben hätte. Doch das mit der Ausgangssperre das Leben heruntergefahren worden wäre, wie im Text „Achtung Sperrgebiet!“ behauptet, das glaube ich nicht. Es hat sich verlagert, versteckt, doch ich kann mir gut vorstellen, dass wir in Zukunft vermehrt Aktionen sehen werden, die ihre Wurzel im heimlichen und unsichtbaren Widerstand gegen die Ausgangssperre und andere COVID-Maßnahmen haben!

lieber julian freitag und m. lautrémont

antwort auf einen covid-text aus dem autonomen blättchen #47

danke für die mühen, linke konfusion in der spätpandemie zu beseitigen. jetzt wissen wir, dass wir uns auch mal auf den staat verlassen sollen. auch die wissenschaft darf nur so kritisiert werden, wie ihr definiert. überhaupt wisst ihr ziemlich viel, recht klar.

impfen ist ziemlich gut und wer skeptisch bleibt und nicht alles begründen kann, reklamiert eine freiheit für sich, die das umfeld kritiklos hin zunehmen hat. und wenn jetzt über impfpflichten staatlicherseits diskutiert wird? soll das jetzt hingenommen werden? nicht so schlimm. freiheit beinhaltet ja auch die möglichkeit eines freien verzichts auf die freiheit.

dass gesundheit keine privatsache ist, ist ja klar. leute, die in ein auto steigen, sollten das wissen. wir sollten mit unseren genoss:innen sprechen und sie sollten rechenschaft über ihre nutzungsentscheidungen ablegen. das ganze öl, die kriege, das co2 und die verkehrstoten. vergessen wir nicht, übermäßiges sonnenbaden, alkohol, rauchen, ungesundes essen und zu wenig bewegung dürfen nicht privat bleiben. schluss jetzt. neo-liberale gesundheitssysteme und wissenschaft werden uns schon retten.

wer bei dem bisschen autoritärer formierung nicht mitmacht, ist ein nazi und emanzipation beginnt da, wo sich auf die moderne bezogen wird. also dieses gemisch von erzählungen, das als eurozentristischer mix aus französischer revolution, industrialisierung und nationalismus, durch vernunft zu eurem positiven bezugspunkt wird. endlich eine rationale organisiertheit. in der tat. godot wartet immer noch darauf, dass die moderen abdankt. manche dinge sind so falsch, das nicht mal das gegenteil wahr ist. was wäre es für ein signal gewesen, z.b. die zweite impfung zu verweigern, mit dem verweis, dass wir erst wieder mitmachen, wenn die dosis dahin kommt, wo der impfimperialismus bisher nur probanten für die generelle zulassung des impfstoffs impfte.

gesund bleiben, sauber bleiben. die hygiene der bevölkerung an der spitze einer kanüle festzumachen, ist genau die debatte, die wir vor geraumer zeit angstbesetzt erleben konnten. kritische positionen die von euch in einzelnen punkten aufgeführt wurden (wie z.b. des feministischen lockdown), mussten sich dem verdacht des schwurbelnazi stellen. nicht das argument, das kollektive denken, der diskurs, am ende sogar die vernunft

maßnahmen in der Pandemie der Gewerkschafter Adil Belakhdim von einem LKW überfahren und getötet wurde. **25.06.:** Bei Domino's in Leipzig werden die Scheiben eingeschlagen und der Schriftzug „Ausbeuter angreifen!“ angebracht. „Wir wollen kein hippestes Viertel, wir wollen keine Bestell-apps, die uns noch weiter von einander entfernen. Und vor allem: Wir stehen solidarisch an der Seite der kämpfenden Arbeiter*innen! Für die Anarchie!“ **26.06.:** In Hamburg wird das Rathaus Altona, in Solidarität mit der Rigaer94, mit Farbe beworfen. **28.06.:** Ein Bagger von RWE wird im Hambacher Forst mit Steinwürfen an der weiteren Ausübung seiner Arbeit gehindert. **01.07.:** In Athen werden vor einer Ford Filliale zwei Wagen und die Fassade abgebrannt. Zur Erinnerung an den Tod von George Floyd und des Beitrags von Ford zur rassistischen, kapitalistischen Wirtschaft. **04.07.:** Ein AfD-Büro in Annaberg-Buchholz kassiert Bitumen auf die Front. **04.07.:** Auf der einer Baustelle der A49 in Treysa kam es zu 150.000 Euro Sachschaden.

– nein der affekt, die angst waren entscheidend. die angst vor der eigenen verletzlichkei, die angst nicht schnell genug die nächste kanüle zu bekommen. wie gut in unseren reihen der informationsfluss war, wo es jetzt schon den nächsten schuss gibt. während dessen blieb ein teil der bevölkerung durch sprachbarrieren abgehängt – aber das macht ja der staat. wo war die freiheit als soziale wesen, wo wir doch mit den individuen unmittelbar verbunden sind? unsere fehler liegen offen vor uns. wir haben uns bei der pandemie von der herrschaftstechnik des spaltens anstecken lassen und der mist geht weiter. kontroverse ist anstrengend und langsam. es galt aber schnell „gewissheiten“ zu finden, um positionen zu beziehen. und da kann es schon mal passieren, das z.b. die kampagne zero covid den fehler machte, sich mit dem staat oder chinas politik totaler isolation gemein zu machen. jetzt jammert man rum, dass alle skeptiker nazis sind, weil wir mit gesundheitspolitischen positionen, die staat und kapital kritisieren nicht sichtbar waren. weil wir debattenklima hatten, in dem ein „jetzt nicht“, denn gleich droht die apokalypse, vorherrschte. und jede kritik unsagbar wurde, die wir partiell richtig fanden, die aber eventuell auch von rechts formuliert wurde.

wenn wir schon am aufräumen sind, dann lasst uns das fürs nächste mal weiterdenken: wenn der nächste nazi von ökologie spricht, lassen wir das

dann auch sein – sobald die situation züge bekommt, dass uns hier das klima um die ohren fliegt. braucht der staat die nazis dann überhaupt noch oder schießt er sich vielmehr auf brot für die welt, seawatch oder amnesty ein? wenn dann ein „oh, mich trifft es ja auch, nicht nur die anderen“ – panikorchester von herrschaftsseite dazu benutzt wird, mit einem massnahmenkatalog die gesellschaft umzubauen, schlagen wir uns wieder auf die seite des staates?

wie steht es um die zusammensetzung der anti-massnahmen-proteste? sagen wir mal so: das spektakel ist die wahrheitsgetreue offenbarung einer falschen und verkehrten welt, die wiederum diese wirklichkeit als falsche produziert. die unterscheidung zwischen ideologie und realität ist zusammengebrochen. in diesem spannungsfeld befinden wir uns. warum nicht versuchen zu intervenieren? vor dem staat hatten ja einige weit weniger angst?

p.s.: die normalität war schon vor der pandemie scheiße
solidarische, unmoderne grüße

anonym

Aufruf an alle Hausprojekte, ihre Infrastruktur wieder der Bewegung zu übergeben!

Jede*r kennt diese Projekte in der eigenen Stadt. Ein paar 30-50 Jährige die mittlerweile einen sicheren Job haben (am besten noch in irgendwelchen linken Projekten). Die politische Arbeit zwar noch für richtig halten aber sich komplett von den Menschen die diese betreiben entfernt haben und junge Aktivistis nervig finden. Ihre wilde Anfang-20er Phase ist vorbei und jetzt gilt es das schöne Leben zu leben. Wie praktisch, dass mensch ja eh schon in einem Hausprojekt wohnt und mittlerweile auch die eigenen Freund*innen da hat einziehen lassen. Der ursprünglich politische Grund für die Gründung des Projekt ist vergessen. Hier finden schon lange keine Soli-Abende und Plena von externen Gruppen mehr statt. Es bleibt die billige Miete für Wenige. Die Nutzung für linksradikale Politik oder andere emanzipatorische Vorteile des Hausprojektes ist verloren gegangen.

Wir, die Verfasser*innen dieses Textes, kennen diese Zustände mehr als genug. Unsere Veranstaltungen in den Gewerbeflächen der Projekte wurden abgelehnt, weil die Bewohner*innen in spießbürgerlicher Manier nicht in Ihrer Ruhe gestört werden wollten. Um bessere Schallabschirmung einzubauen fehlte dann immer das Geld, die Zeit oder schlicht das Interesse. Linke Menschen sind halt nicht befreit davon in die Besitzer*in-

nenrolle zu schlüpfen, wenn mensch dann doch mal über Eigentum verfügt. Die Ladenflächen stehen dann tage- und wochenlang

leer, obwohl es durchaus Interesse an deren Bespielung gibt. Spontan darf mensch solche Räume eh nie nutzen, weil jede Veranstaltungsanfrage erst durch wöchentliche oder sogar monatliche Haus- und AG-Plenum genehmigt werden muss.

Die Krönung ist, wenn Projekte nicht bereit sind ihre billige Miete um 10€ im Monat zu erhöhen um Gruppen die Möglichkeit zu geben kostenlos plenieren zu können. Wir kennen Beispiele von Gruppen, die vor die Wahl gestellt wurden entweder jeden Monat mehrere hunderte Euros für einen

Plenumsraum aufzubringen oder zum Jahresende gekündigt zu werden. Als die Gruppen sich dies nicht leisten konnten (die Barfläche im Raum neben an durfte natürlich nicht genutzt werden), mussten die Gruppen raus. Jetzt sind dort Schreibtische die mensch mieten kann. Klasse, Co-working Space von links.

den als mehrere Steuereinheiten der Baumaschinen zerstört, Kabel und Leitungen durchtrennt, der Tank mit Pulver sabotiert und die Schlüssel geklaut wurden. **05.07.:** In Berlin brennt eine Vonovia Karre in Solidarität mit der Rigaer94 und gegen den Immobilienwahnsinn. **05.07.:** Dr. Christine Scharlach wir an ihrem Arbeitsplatz der FU Berlin mittels Graffiti geoutet. Sie hatte Peter H., trotz prekärer Lebenslage, wegen Eigenbedarf Zwangsräumen lassen. Kurz vor der Räumung nahm er sich das Leben. **06.07.:** 4000 Euro Sachschaden entstehen als in Bremen-Neustadt bei einem Immobilienbüro die Scheiben eingeschmissen werden. **07.07.:** In Leipzig wird das Parteibüro der Grünen mit Hämmern und Farbe angegriffen. „Unter Regierungsbeteiligung der Grünen, wurden zahlreiche Freiräume in den letzten Jahren geräumt. In Berlin, die Liebig 34, das Syndikat, die Meuterei. In Leipzig, die Luwi 71 und die Tiefe 3. [...]Für das Bestehen der Rigaer 94! Free Lina! Danni lebt! Für die Anarchie!“ **09.07.:** Farbe fliegt auf ein SPD Büro in Köln. Ein paar

Viele von Uns konnten nicht in Hausprojekte einziehen, da die dort lebenden über 35-Jährigen, die freien Plätze für ihre Hedo-Freund*innen reservieren. Wenige Leute ziehen aus Hausprojekten aus wenn sie sich eine normale Mietwohnung leisten können, dabei wird ihr Gehalt teilweise von der Bewegung gezahlt (Festanstellungen in linken Veranstaltungsorten, Vereinen, Stiftungen, Zeitungen). Dies ist ungerecht! Viele von Uns haben Probleme unsere Miete zu zahlen, sind gezwungen beschissener Lohnarbeit nachzugehen und kommen daher kaum dazu Politik machen. Den Luxus von billigem Wohnraum und dadurch weniger Arbeitszeit, in (angeblich) politischen Hausprojekten, genießen aber verdrogte Kunststudent*innen.

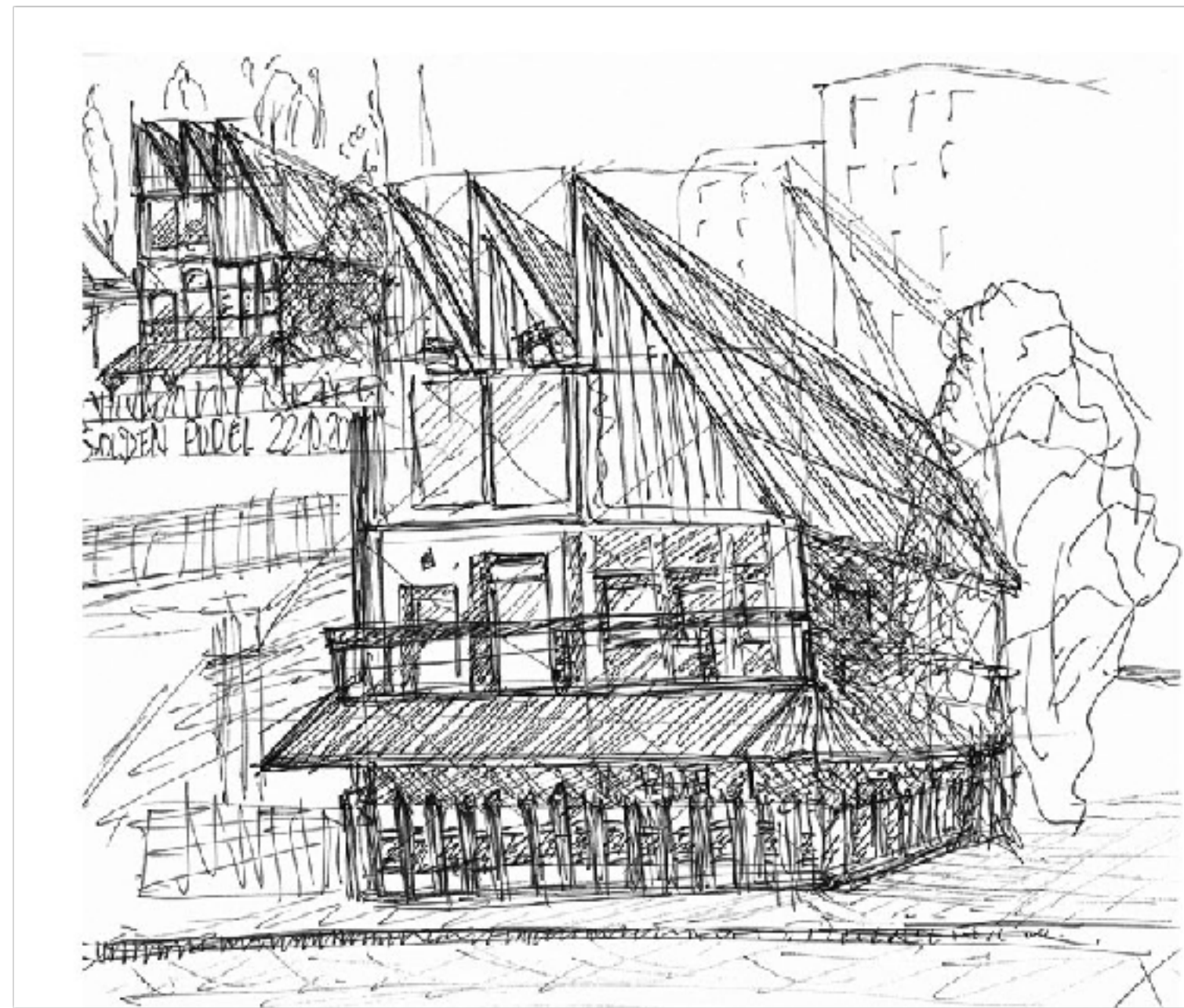
Das Miethäusersyndikat ist leider keine große Hilfe im Kampf gegen die Entpolitisierung der Hausprojekte. Das Miethäusersyndikat ist sich zwar der oftmaligen Entwicklung der Entpolitisierung bewusst, hat aber keinerlei Mechanismen dagegen entwickelt. Das Mindeste was wir deshalb fordern ist, dass politische Hausprojekte als politische Hausprojekte bestehen bleiben. Genauso wie eine Klausel gegen die Rückführung der Hausprojekte an den Markt existiert, sollte auch eine Klausel gegen die Entpolitisierung aufgenommen werden. Hausprojekte sind keine

bürgerlichen Rückzugsorte, sondern es wurde viel Zeit, Geld und Schweiß von Menschen investiert um solche solidarischen Orte zu schaffen. Das Mietshausyndikat soll festschreiben, dass kostenlose Plenumsorte und Veranstaltungsräume für externe politische Gruppen in jedem Hausprojekt existieren müssen.

Und ja auch die Barräume sollen sich nicht selbst finanzieren müssen. Das Gruppen welche mühsam darin Veranstaltungen organisieren, alle Schichten stemmen und den Raum sauber halten noch nicht einmal die Einnahmen der Theke bekommen, ist eine Schweinerei. Solidarische

Veranstaltungsräume müssen wirklich solidarische Räume sein. Getränke-einnahmen sind nicht dafür da, dass eure Hippiefreunde ihre DJ-Karriere ausleben können. Das Geld fehlt uns an vielen Stellen für Repression, Aktionen und Organisierung.

Um es nochmal mit aller Schärfe zu sagen: Es gibt im Kapitalismus aktuell wenige linke und anarchistische Räume, welche kollektiv genutzt werden können. Es sollte daher nicht als Spaß, sondern als Aufgabe und Bürde gelten in einem Hausprojekt zu wohnen. Anstatt sich über den sicheren Nestplatz und die billige Miete zu freuen, sollten die Bewohner*innen mehr Geld ausgeben um Veranstaltungsorte, Plenumsräume, Ladenprojekte usw. zu ermöglichen. Hausprojekte sollten Orte sein, welche unsere Ideologie propagieren, gegenseitige Hilfe ausleben und neue Strukturen schaffen. Inaktive Projekte ohne politischen Output und in denen neue Lebensmodelle nicht mal ausprobiert werden, sind nichts als Verschwendung. Hausprojekte sollten Unterschlüpfen, antagonistische Unruheherde,



Krankenhäuser, Waffenlager, Schulen, Schießplätze, und Obdachlosenunterkünfte sein, anstatt nur ein billiger Wohnraum für Ex-Aktive Linke. Und natürlich sollten in allen Häusern auch Räume auch für Menschen in prekären Situationen existieren.

Jeder Mensch der in solchen Häusern lebt, sollte sich also fragen ob er*sie das Haus als ihr Eigentum ansieht und ob er*sie in den letzten Jahr mal wieder keine Aktion gemacht hat. Wenn dies so ist sollte der Mensch ausziehen. Der Wohnraum sollte für 19-Jährige Zecken da sein, die gerade jede Woche eine Aktion machen und deren Traum es ist in einem Hausprojekt zu wohnen anstatt für „chillige“ Kommiliton*innen die überhaupt keinen Sinn in autonomer Politik sehen.

Wir, die nicht in solchen Projekten leben, sollten versuchen eingeschlafene Häuser wiederzubeleben oder zu übernehmen. Vielleicht braucht es keine weiteren besetzten Häuser um die vielen in den letzten 2 Jahren verlorenen Freiräume zu ersetzen, sondern nur neuen Wind in den alten.

Die wenigen Hausprojekte die ihre Aufgabe als Freiraum ernsthaft erfüllen brauchen sich nicht angegriffen fühlen und die Beispielaltersangaben sind polemisch gewählt und sollen nicht verschleiern wie viele coole, aktive, sympathisierende ü-30er es gibt.

Scheiben gingen wohl auch kaputt. **11.07.:** In Leipzig brennen drei Transporter der Post auf dem Betriebsgelände. An dem gleichen Tag wurde die Zufahrt von DHL am Leipziger Flughafen wegen des Ausbaus dieser blockiert. Später in der Nacht geht auch noch ein Fahrzeug einer Wohnungsbau-gesellschaft in Flammen auf. **13.07.:** In München brennen Signalkabel der S-Bahn. Die Strecke musste wegen den Ermittlungen der Polizei bis zum Morgen gesperrt werden. **15.07.:** Bei einer Pizzeria die als AfD Treffpunkt gedient hatte. Werden in Oberstaufen die Scheiben eingeschlagen. Der Wirt Axel Keib ist selbst AfD-Mitglied. Juli: Auf dem Behördengelände Osnabrück (unter anderem Polizei und Finanzamt) brannte ein Funkmast ab. Juli: In Köln wird eine Filiale der Firma Siemens mit Farbe angegriffen. Siemens pflegt gute Geschäftsbeziehungen mit der türkischen Regierung, unter anderem kommt Material von ihnen im Krieg gegen das befreite Rojava in Syrien zum Einsatz. **21.07.:** In Kleinbremen und Sibbesee werden die beiden dort

Ein Zwischenfazit zur Hausprojekt-Debatte

Wir wollen uns noch einmal zu Wort melden, um unser Hauptanliegen deutlich zu machen und einen etwas versöhnlicheren Ton anzuschlagen. Wir waren wütend und dadurch zu polemisch. Leider ist das Anliegen unseres Textes daher etwas untergegangen. Wir werden in unseren nächsten Texten diplomatischere Worte finden. An Diskussionen über „Spalter“-Vorwürfe/innerlinke Streitigkeiten und Recht auf Raumnutzung werden wir uns daher nicht beteiligen. Es sei nur soviel gesagt, wenn solche autoritären und dogmatischen Forderungen von der anderen Seite kommen würden, würden wir diese auch nicht unterstützen. Wer die Leipziger Debatte verfolgen will, hier die Links:

- Zum Hausprojektext: Einige Missverständnisse, ein Angebot und etwas ganz Anderes: <https://knack.news/1474>
- Die Häuser denen, die sich schonen!: <https://knack.news/1630>
- Aufruf ans Conne Island, seine Infrastruktur der feministischen Bewegung zu übergeben. . . und anderes: <https://knack.news/1790>
- Kritik am Kollektiv des Køpi Haus während der Räumung des Wagenplatzes von der Interkiesionale : <https://de.indymedia.org/node/168593>

Wir wollen an erster Stelle die Diskussion um Auszüge von Personen aus politischen Hausprojekten beiseitelassen. Wie gesagt, dies war nur ein (umstrittener) Teilaspekt unseres Textes. Die Hauptforderung des Textes ist darunter unglücklicherweise verschüttet worden. Es ging uns in erster Linie nicht um „gate-keeping“ oder einen „sicheren Nestplatz“, sondern um kostenlos nutzbare Plenums- und Bar-Räume. Wenn Räume sich selbst finanzieren sollen, kann dies gemacht werden. Aber Menschen Konzerte organisieren zu lassen, bei denen ihnen nicht einmal die Getränkeinnahmen zustehen, ist scheiße. Ebenfalls kacke ist, bei Soli-Abenden nur die Einnahmen von Cocktails oder Schnaps weiterzugeben. 10-20€ mehr Miete tut niemanden weh und sollten als Beitrag zur Bewegung verstanden werden. Wie gesagt, es sollte als Verantwortung und Aufgabe gelten, in (halb-)politischen Hausprojekten zu wohnen. Falls Räume sich doch selbstfinanzieren sollen, kann das in von den Betreibenden veranstalteten Abenden geschehen. Warum sollten wir wochenlang mobilisieren und arbeiten, damit der Großteil des Geldes an das Haus geht und wir noch nicht mal einen Mindestlohn raus haben, geschweige denn, Bruchteile der benötigten Summe für den Soligrund zusammenkriegen? (Und Räume, bittet kümmert euch um Legalisierung oder scheißt richtig drauf. Es gibt nichts Sinnloseres als Räume, die nicht öffentlich beworben werden können und dadurch immer nur der eigene Freundeskreis die Solikosten ersäuft bzw. von Inhalten erfährt).

Wir fordern, dass das Mietshaussyndikat diese Punkte in seine Statuten aufnimmt und jedes politische Haus sich in dieser Hinsicht selbst reflek-

tiert. Es ging uns also darum, dass politische Projekte wirklich politisch sein sollen. In politische Hausprojekte wurde viel Energie eingesteckt (auch von Menschen die nicht darin wohnen), um diese zu kollektiven Orten zu machen. Wir haben euch Geld gespendet, Strafbefehle bei Tag X + 1 Demos kassiert und viel Schweiß in Bautage gesteckt. Warum sollten wir das tun, wenn am Ende die Häuser reine billige Refugien für die ersten Bewohner*innen bleiben und diese voller Arroganz auf alle (jungen) Linken blicken?

Es geht nicht darum, jemandem seinen Wohnwagen, schnuckliges Einfamilienhaus oder Schöner-Leben-Hausprojekt wegzunehmen. Es freut uns, wenn Menschen angekommen sind und ein glückliches Leben führen. Aber bezeichnet diese privaten Rückzugsräume bitte nicht als „politisches Hausprojekt“. Es ist nun einmal keine selbstlose oder der Bewegung dienliche Arbeit, ein Haus jahrelang zu renovieren, wenn am Ende der einzige Nutzen davon ist, dass ihr darin wohnt. Die Reaktion einiger ehemaliger Hausbesetzer*innen auf Indymedia à la „Ich hab das gekauft/besetzt, bebaut und jahrelang darin gewohnt, also ist das jetzt meine Ressource“ zeigt das vorherrschende Eigentumsdenken. (Dass trotzdem noch von „Ressourcen“ gesprochen wurde, fanden wir sehr witzig). Versteht uns nicht falsch, der Einfluss einer geilen Wohngemeinschaft auf das psychische Befinden ist unbezahlbar. Der Rückhalt von Menschen, die verstehen, wie anstrengend und belastend politischer Aktionismus sein kann, schafft eine safe zone. Umso mehr sollte dieses soziale Netz besonders die auffangen, die von Repression und Gewalterfahrungen durch Bullen etc. betroffen sind. Doch in der Regel gibt es für peer groups von außen oft nicht einmal die Möglichkeit, die Räumlichkeiten für Reflektion und emotionale Care-Arbeit zu nutzen. Wir finden es in der Hinsicht wichtig, drei Formen von Hausprojekten festzuhalten: 1. private, 2. halb-politische (einzelne politische Räume) und 3. vollkommen politische Hausprojekte bzw. autonome Zentren. Politische Hausprojekte sollten eher als soziale Einrichtungen wie Kindergärten oder Krankenhäuser bzw. (um im Szenesprech zu bleiben) soziale Zentren angesehen werden. Es sind Orte, die niemandem gehören und deren Errichtung der Gemeinschaft zugute kommt. In sie fließt selbstlos Arbeit, quasi als „Baubrigade“, ähnlich wie auch bei Infotelefonen, Security- und Küfa-Schichten usw....

Wir wollten also ein neues Bewusstsein für Hausprojekte schaffen. Es ist nunmal in den großen Städten, auch nach eigener Erfahrung, quasi nicht mehr möglich, Häuser zu besetzen oder zu kaufen. (Das geht an alle Spaßvögel, die uns vorwerfen „es nicht selbst versucht zu haben“). Die vorhandenen Räume sollten daher als wertvolle Ressourcen betrachtet werden, welche möglichst effektiv genutzt werden müssen. Hausprojekte sollten also lebendige Orte der Propaganda, Anschlusspunkte und nutzbare Räume für kollektive Strukturen sein. Wir sollten uns in der Hinsicht

ansässigen Neonazis Julia Czaja und Oliver Bode angegriffen. „Ein besonderer Dank geht an Thorsten Heise, Tommy Frenck und weitere bekannte Neonazis, die uns mit ihren Reaktionen nach den kürzlichen Brandanschlägen auf rechte Infrastruktur, nicht besser hätten zeigen können, dass Nazis Angst vor Feuer haben.“ 21.07.: In Solidarität mit dem gefangenen Antifaschisten Findus wird die Generalstaatsanwaltschaft in Stuttgart mit Farbe beworfen. 24.07.: Ein Luxus-Neubau wird mit einem riesigen A verziert. 31.07.: Im von der Flutkatastrophe schwer getroffenen Altena brennen drei Bullenkarren vor einer Tiefgarage. Das darüber liegende Bürogebäude der Cops in dem sich auch Wohnungen befinden musste evakuiert werden. 01.08.: An einer Gaspipeline wird in Solidarität mit den Ende Gelände Aktionen ein Messregler sabotiert. 01.08.: Zum wiederholten Male wurde das Büro von Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner (AfD) in Erfurt angegriffen und beschädigt. 02.08.: In Dresden werden sechs Vonovia Transporter demoliert.

auch fragen, ob jedes Haus wie ein Bruchbude aussehen sollte. Es ist so, dass wir nach jeder Räumung von unseren Verwandten, Kolleg*innen und nicht radikalen Freund*innen gefragt werden, ob die Vermüllung selbstverwalter Projekte nicht das beste Argument gegen Anarchismus ist.

Es muss natürlich auch ranzige Projekte geben (Rest in Peace, Köpi!). Aber muss wirklich jedes politische Projekt so aussehen? Nonkonformismus und „Kulturrevolution“ ist wichtig, aber die soziale Revolution auch. Wir glauben, Häuser sollten Aushängeschilder der Bewegung sein, die zeigen, wie gut Anarchie funktionieren kann. Sie sollten als funktionierende Strukturen unsere Ideologie propagieren. Jedes Haus sollte am besten entweder eine insurrektionalistische Parole oder Schwarz-Roten-FAU Stern über der Tür haben. (Ja wir sind für Labels zur Propaganda und gegen einen Hyperindividualismus.) Am wichtigsten ist aber, dass Hausprojekte durch ihre bloße Existenz/Funktionsweise Orte der Propaganda sind. Hausprojekte könnten bspw. auch nicht immer nur Fahrradselbsthilfewerkstätten, Box-Räume und Bars beinhalten, sondern vllt. auch mal anarchistische Arztkollektive, Nachmittags- und Abendkinderbetreuung, Suchtberatung und Schießstände. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Die Kritik richtet sich daher auch an das Konsumdenken einiger Nutzenden. Wer in einem Projekt boxen geht, sollte es als selbstverständlich ansehen, auch mal die Flure zu wischen, den Müll rauszubringen und sich auch um andere Räume zu kümmern.

Nun doch zurück zum ersten Punkt. Wir waren wütend, weil wir erlebt haben, dass in angeblich politischen Hausprojekten verdrohte Studis eingezogen sind, deren einzige Kommentare auf Nutzungsplena von Bar-Räumen waren „Sorry dass ich die ganze Zeit einpenne, ich war gestern auf einem Rave“ und dass Bar-Flächen für die Finanzierung von DJ-Karrieren statt für Anti-Repressionsarbeit genutzt werden sollten. Es war uns quasi nicht möglich, Anschluss in Projekten zu finden, als wir jung und voller Tatendrang in eine Großstadt gezogen sind (nach einigen Jahren in der Szene geht das natürlich einfacher). Die Schwierigkeit der Bewertung von „richtiger politischer Arbeit“ sehen wir auch als problematisch an. Unser Fokus auf „Aktionen“ wurde zurecht kritisiert und das entspricht auch nicht unserem Verständnis von effektiver politischer Praxis. Emo-Arbeit oder das Stellen von Strukturen und Bildungsarbeit sind mindestens genauso wichtig. Es zählt nicht nur blinder Aktionismus und die coolste Aktion. Wir denken, jede Person sollte sich da selbst reflektieren und auch in den Hausprojekten die vielfältigen Wirkungsweisen gesehen werden. Es ist aber nun mal so, dass Hausprojekte politische Kräfte bündeln, welche von einigen Personen nicht benötigt werden und von anderen dafür umso dringender. Wer nicht mehr gerne nächtliche Aktionen macht, regelmäßig Nazis blockiert, Spontis organisiert oder malen geht, braucht einfach nicht die Kontakte und Infos eines Hausprojektes. Es gibt ab einen gewissen Punkt Ermüdungserscheinungen und eine Hinwendung zu Arbeit, Familie oder anderen Sachen und das ist auch legitim.



Einige von uns sind auch jetzt schon an dem Punkt, dass sie es ablehnen würden, in ein vollkommen politisches Hausprojekt zu ziehen, weil nach ihrem 8-Stunden-Tag Politik nicht mehr ihr Lebensmittelpunkt ist. Wir denken politische Hausprojekte sollten Orte sein, die jungen Menschen Kontakte, Raum und Zeit für ihre politische Aktivität geben. Hausprojekte sollten Orte sein, in denen hauptsächlich Personen wohnen, die gerade aktiv sind bzw. deren Hauptaktivität Politik ist. Auch wenn wir natürlich das Problem der „Verheizung“ sehen, überwiegen doch die schlechten Anschlussmöglichkeiten der Szene für junge Menschen und die (häufige) Entpolitisierung mit zunehmendem Alter.

Eine bessere Anschlussfähigkeit würde auch eine stärkere Nutzung des Internets hergeben. Menschen ohne Szeneerfahrung, welche Plenumsräume für ihre erste Gruppe suchen, sind oftmals aufgeschmissen. Auch bei einem Umzug kennt mensch oftmals keine oder vllt. nur 1-2 Adressen. Aber auch mit langjähriger Erfahrung ist mensch immer wieder überrascht, welche Lädchen doch nutzbare Räume in der eigenen Stadt anbieten. Es wäre hier schön, wenn die Seite squat.net stärker genutzt und propagiert werden würde (oder eine neue Seite für (halb-)politische Hausprojekte ins Leben gerufen wird). Das Konzept von zentralen Seiten, wie bspw. Indymedia für Berichte, könnte auch auf Hausprojekte ausgedehnt werden (und auch für bundesweite subkulturelle Terminkalender um Anschluss an die Szene zu erleichtern, bspw. eine Fusion von Planlos-leipzig.de, bewegungsmelder.org, stressfaktor.squat.)

Uns ist auch wichtig zu erwähnen, dass es viele gute Beispiele für politische Projekte gibt, was sowohl das Stellen von Strukturen, als auch das Agieren als eigene politische Einheit angeht. Das auf Knack.news vorgeschlagene Index + Haus war zum Beispiel von Anfang an nicht mitgemeint (sehr netter Infoladen), aber auch zum Beispiel Projekte wie die Rigaer 94 und andere versuchen, ihre Ressourcen strategisch zu nutzen.

Und an diesem Punkt möchten wir einmal Danke sagen, an alle hundert Stammtische in Leipzig und die Antworten. Wir hätten nie gedacht, dass

02.08.: Auch beim Immobilienbüro Berlinhaus in Dresden klirren die Scheiben. 03.08.: Ein Kiesförderband in München wird in Flammen gesetzt. Für den Kiesabbau soll der Forst Kasten gerodet werden. 04.08.: In Berlin werden zwei Vonovia Autos abgefackelt. 05.08.: Das neue Green City Hotel und das beteiligte Immobilienbüro wurden in Freiburg mit Hämmern und Farbe angegriffen. Für den Bau wurde die Wagengruppe Rhino von der Fläche geräumt. „Aus diesen und noch viel mehr Gründen haben wir die beiden Unternehmen angegriffen, auch um deutlich zu machen das wir sie niemals akzeptieren werden und wir nichts halten von ihren grünen Fassaden, weshalb wir sie deswegen immer wieder kaputt machen werden.“ 06.08.: In München brennen vor der IAA drei Porsche. Der Schaden beläuft sich auf schlappe 2Mio. Euro. 06.08.: Zwei Transporter voller AfD-Plakate brennen in Berlin. 10.08.: Die Berliner Zentrale von Vonovia wird mit Hämmern und Farbe traktiert. Außerdem brennen sechs Fahrzeuge des Konzerns im ganzen

wir so viele Menschen erzürnen, verletzen und aufstacheln könne Die Antworten haben auch gezeigt, dass wir mehr (offene) Räume und Organisation brauchen, die Rückhalt, (Kennenlern-)Basis und Vernetzung von autonomen Gruppen sind. Mieter*innengewerkschaften, Mietschaussyndikat und Häuserräte sind wichtige Ideen, was nicht oft genug zu betonen ist. (Wir sehen ein, dass wir zu oft Alterswitze gebracht haben, was kontraproduktiv war. Die Reaktion einiger Kommentare von „Helikoptergeneration“ und „woken Neu-Linken“, spricht aber Bände und zieht Grenzen, die keine sein sollten)

PS an Casi Knacksi: Auch, wenn wir manche Punkte deines Textes anders sehen: „wenn euch politische Hausprojekte nicht politisch genug sind, dann geht doch in den Osten/aufs Land“. (Ja, die Provinz muss mehr in den Fokus, aber nicht alle Menschen haben Bock auf antifaschistische Arbeit und Kritik an Strukturen muss immer möglich sein). Doch dein Stil ist mega witzig. Hoffe wir können mal zusammen einen saufen. Wenn du Bars im Osten suchst, probier mal das Atari, die Wurze oder das erwähnte Index aus, vllt. trifft mensch sich ja da. Du erkennst uns an den schwarzen Klamotten, autonomen Phrasen und jugendlicher Anmut.

HH: Solidarität mit den Wilden Streiks der Gorillas Fahrer_innen

Dokumentation:

In der Nacht 13./14. Februar haben wir die Gorillas Filialen in Bahrenfeld und Altona und eine Flink Filiale in Altona mit Steinen und Farbe angegriffen. Als sich letzten Sommer in Berlin Fahrer_innen von Gorillas gegen ihre schlechten Arbeitsbedingungen zur Wehr setzten, antworteten die Chefs mit Kündigungen und massiven Angriffen gegen die Organisationsversuche der Arbeiter_innen. Wir senden unseren Gruß an die CEO's

und gegen die Form der Ausbeutung, die die Arbeiter_innen der „smarten“ neuen Welt trifft. Ob Gorillas, Flink, Flaschenpost, Amazon oder Lieferando: Nicht ausgezahlter Lohn, überschwere Bestellungen, vermehrte Kontrollen und GPS-Tracking bestimmen die Schichten der Fahrer_innen. Dafür machen sich die Chefs die Taschen voll. Selbstorganisation und Solidarität gegen Ausbeutung! Strike back!

anonym

Gegen den Staat, aber fürs Patriarchat?

Ein kurzer Einwurf zur verkürzten Patriarchatsanalyse mancher Linker und die Folgen für den Kampf gegen Feminizid

„Da waren wir vor einigen Jahren schon mal weiter“ sagte letztens eine Genossin, als wir uns darüber unterhielten, wie selbstverständlich (vermeintlich) linke Anwält:innen Frauenmörder, Vergewaltiger, Täter, die Gewalt gegen FLINTA* ausgeübt haben - darunter auch IS- Anhänger:innen - verteidigen. Als Aktivistinnen, die gegen Feminizide arbeiten, finden wir diese Entwicklung erschreckend - wenn auch nicht überraschend. Immer wieder stellen wir fest, dass die Analyse zum Patriarchat und vor allem zur tiefen Verwurzelung dessen in uns Allen, verkürzt ausfällt - egal welcher linken Bewegung und Ideologie Menschen anhängen. Denn leider bedeutet „links“ nicht gleich feministisch-emanzipatorischen Ansätzen zu folgen; oftmals geht es schlicht vor allem um „gegen den Staat“ - mit jeglichen patriarchalen Methoden und nicht selten auf dem Rücken der nicht cis-männlichen Teile der Gesellschaft.

Als eine AG, in der wir uns zur Prozessbegleitung im Fall von Besma A. zusammen gefunden haben, wollen wir dazu beitragen, dass sich das ändert und teilen deswegen an dieser Stelle unsere Analysen, unsere Wut und unsere Kritik. Denn es ist augenscheinlich, dass - obwohl jeden 2-3. Tag eine Frau von ihrem (Ex-)Partner ermordet wird - auf aktivistischer Ebene zu wenig passiert. So wie auch der Gewalt in den eigenen Strukturen immer noch zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet und das Phänomen dieser nur als Gewalt von und nach außen betrachtet wird. „Das passiert den anderen, aber nicht uns“ schlummert da ganz offensichtlich in uns, so sehr wir uns auch gegen die sexistischen Strukturen des Staates und der Gesellschaft artikulieren und zur Wehr setzen (wollen). Mit der Verteidigung von Mördern von Feminizid-Opfern, Vergewaltigern und IS-Tätern schreiten wir auf einer Linie mit den staatlichen Repressions-

Stadtgebiet. „Immobilienkonzerne wie Vonovia, Deutsche Wohnen, Akelius und wie sie alle heißen gehören entschädigungslos zerschlagen. Die Wohnungen und der Lebensraum der Menschen in der Stadt sollte keine Verhandlungsmasse für die Aktiengeschäfte von Großkonzernen und Bonzen sein. Auch nicht für die Machtspielchen der staatlichen Politiker*innen- und Bürokrat*innenkaste. Die Häuser sollten weder Staat, noch Kapital gehören, sondern denen, die drin wohnen und die sie brauchen und zwar unabhängig vom Geldbeutel.“ 13.08.: Schon wieder Farbe am Parteibüro der SPD in Wuppertal. 13.08.: Bei einem Warenlager von Gorillas werden die Scheiben eingedeppert. „Support the strike!“ steht darunter. 16.08.: In Gemering brennt ein Mobilfunkmast. 25.08.: Auch in Leipzig wird ein Gorillas Warenhaus entglast. 25.08.: Um den Ausbau der A100 in Berlin zu verhindern werden Baumaschinen mit Bauschaum Messer und Farbe unbrauchbar gemacht. 26.08.: Der Eingang der JVA Lübeck wird eingefärbt und zur „week of

behörden, nicht gegen sie. Klingt hart, ist aber so. Das Patriarchat durchzieht den Staat und seine Justiz in allen Facetten – das erfahren wir in den Strafprozessen gegen Frauenmörder bei jedem Verhandlungstag. Und wir akzeptieren in unseren Strukturen, dass die Person, die mich gegen eine Einkesselung oder einen tätlichen Übergriff eines Polizisten verteidigt, auch einen Mann verteidigt, der seine Frau umbrachte oder eine:n IS-Anhänger:in – und diese Prozesse werden zunehmen – der/die sich im sogenannten „Kalifat“ ein êzidisches Mädchen als Sklavin hielt oder am Massenmord an den Ezid:innen beteiligt war. In der Beobachtung der Prozesse zu partnerschaftlicher Gewalt und Feminizid stellen wir unter anderem fest: – Der Gerichtssaal gleicht oft einem patriarchalen Schauspiel: Oft sind die meisten Prozessbeteiligten Männer, den Vorsitz hat meist ein Mann. Männer (aber auch Frauen) machen sich patriarchale Verhaltensweisen im Prozessgeschehen zu eigen, um sich und ihre Position im Prozess durchzusetzen (Platzhirschverhalten; das Framing von Emotionen als „nicht objektiv“; häufig Schamlosigkeit, Opfer von Vergewaltigungen/Feminiziden lächerlich zu machen). – Als Verteidigungsstrategie werden sexistische Vorurteile und rassistische Annahmen genutzt, um den Prozess zu manipulieren, z.B. werden konservative Bilder von Familienstrukturen reproduziert; im Gegensatz zu den Aussagen der Angehörigen oder Opfern müssen diese Aussagen nicht erst aufwändig bewiesen werden, sondern finden aufgrund der gesellschaftlichen Akzeptanz von Rassismus und Sexismus schnell Gehör.

- Bei Nicht-Muttersprachler:innen fehlt oft eine adäquate Übersetzung und keine:r der Prozessbeteiligten versucht dies zu ändern.
- Angehörigen und Opfern wird in langen, zermürbenden Befragungen ihre Glaubwürdigkeit abgesprochen; oft werden sie als intrigant dargestellt oder als ginge es ihnen nur um die Belastung des (vermeintlichen) Täters.
- Solidaritätskundgebungen und Mahnwachen mit Betroffenen vor dem Gerichtsgebäude werden als „Versuch der Einflussnahme“ gegen die Unvoreingenommenheit von verschiedenen Prozessbeteiligten umgedeutet.

Im Prozess gegen den damaligen Ehemann von Besma A., der sie im April 2020 in Einbeck erschoss, argumentiert die Verteidigung (Gabriele Heinicke, Florian Melloh) u.a., dass die Ermordete kein Opfer von exzessiver partnerschaftlicher Gewalt sei, weil sie auf ihr außerfamiliäres Umfeld wie eine „glückliche Hausfrau und Mutter“ wirkte. Das ist ein klassisches Muster, mit dem Frauen immer wieder sowohl die Opfer- als auch die Täterinnenrolle abgesprochen wird.

Gestützt werden sie dabei in diesem Fall durch die Aussagen von Polizist:innen und einer Nachbarin. Im Gerichtssaal ist für uns die Abwertung von Frauen an jedem einzelnen Prozesstag ersichtlich. Bei Besma A. sprechen wir von einer Frau, die als Audionachricht folgendes hinterließ: „Es gibt nichts, was er mir nicht angetan hat.“ Aber im Prozess wird dar-

über gestritten, ob ihre wunde Lippe Resultat einer Gewalttat oder eines Herpes sei. Bemerkenswert auch der Versuch der Verteidiger:innen Besma A. auch noch posthum mundtot zu machen; es gäbe keinen Beweis und keine Möglichkeit festzustellen, dass es wirklich Besma A.'s Stimme ist, die wir in Dutzenden in den Prozess eingeführten Audionachrichten hören. Die Schwester als Nebenklägerin, sowie weitere beim Prozess anwesende Angehörige, ließen in ihren Worten und ihrem Habitus keinen Zweifel, dass es Besma A. war, die aus den Lautsprechern der Kammer sprach. Im Fall des versklavten êzidisches Mädchens (Verteidigung einer der Täterinnen durch Ali Aydin und Seda Basay-Yildiz) tritt deren Mutter als Nebenklägerin in zahlreichen Prozessen auf – eine Tortur und eine unglaubliche Leistung einer Frau, die selbst die Versklavung überlebt und nun ihre Tochter und viele andere geliebte Menschen vermissen muss. Verlieren tun in diesen Verhandlungen die Betroffenen, die Opfer und ihre Angehörigen. Um so wichtiger ist es diese Verfahren mit einer starken solidarischen und feministischen Stimme zu begleiten – damit den Betroffenen Gerechtigkeit erfährt, damit wir einander stärken können. Angeklagte „gegen den Staat vertreten“ und dann einen Anteil daran haben, dass Feminizid-Betroffene so dermaßen schikaniert, entwürdigt und eingeschüchert werden und somit das Staatspatriarchat im Gerichtssaal reproduzieren – das ist für uns keine linke, emanzipatorische, antisexistische Position!

Es darf nicht sein, dass wir im Alltag und auf der Straße für Gerechtigkeit kämpfen und gleichzeitig einige der Anwält:innen, die schon oft auf der Seite der Unterdrückten, von Repression betroffene standen dafür sorgen, dass femizidale Gewalt verharmlost und unsichtbar gemacht wird. Der Rechtshilfefonds AZADÎ hat übrigens 2021 auf Hinweis von Aktivistinnen beschlossen, nicht mit Strafverteidiger:innen zusammen zu arbeiten, die Frauenmörder und Vergewaltiger verteidigen. Im Republikanischen Anwält:innenverein wird diese Diskussion schon seit Jahrzehnten sehr intensiv und heftig geführt*. Gut so. Schade aber auch, dass eine Klarheit fehlt. Wir wissen, dass feministische Genoss:innen im RAV unermüdlich um eine feministische Positionierung kämpfen – unsere Solidarität und Unterstützung ist ihnen sicher! Es bedarf klarer Positionierungen, wenn wir eine geschlechterbefreite Gesellschaft anstreben. Fordern wir diese ein – von unseren Anwält:innen! Wir brauchen einen kollektiven Umgang in linken, emanzipatorischen Strukturen mit Anwält:innen und Genoss:innen, die auf Kosten von Opfern patriarchaler Gewalt ihrer verkürzten Staatskritik Ausdruck verleihen. Auf in die internen Diskussionen – und in und vor die Gerichtssäle!

Wir empfehlen euch dazu den feministischen Infobrief des RAV aus dem März 2021 zu lesen: <https://www.rav.de/publikationen/rav-infobriefe/feministischer-infobrief-121-2021>

Arbeitsgemeinschaft zur Prozessbegleitung zum Femizid an Besma A.
ag-prozessbegleitung@riseup.net Januar 2021

solidarity with anarchist prisoners“ werden die Gefangenen mit Feuerwerk begrüßt. **02.09.:** Eine Sparkasse in Leipzig wird eingeschmissen – in Solidarität mit der Köpi und dem räumungsbedrohten Köpi-Wagenplatz. **03.09.:** Das Wohnhaus des AfD-Politikers Rainer Kraft in Augsburg wird von Antifaschist*innen besucht: Haus und Einfahrt werden mit Farbbomben und Parolen verschönert: „Nazis angreifen!“ **04.09.:** Die JVA Ravensburg wird lautstark mit Pyro und Farbe besucht – Solidarität mit Findus (und allen anderen inhaftierten Antifaschist*innen). **06.09.:** In Stuttgart wird der Briefkasten der DpolG mit Bauschaum vorübergehend unbrauchbar gemacht: In Solidarität mit Antifas vor Gericht und hinter Gittern! Freiheit für Dy, Findus und Lina! **08.09.:** In Berlin werden Wandbilder des „Berlin Mural Fest“ mit Farbe verunstaltet – Hauptsponsor des Festes ist der Immobilienkonzern Deutsche Wohnen. **08.09.:** In München wird die BMW-Niederlassung am Frankfurter Ring großflächig mit Farbe angegriffen. BMW wurde so während

Den Klimawandel aufhalten?

Einige kritische Gedanken zu weit verbreiteten Irrtümern in Zeiten von Zerstörung und Veränderung ...

In den vergangenen Wochen konnten wir wieder verhältnismäßig hohe Temperaturen erleben. So schlägt ein Hitzerekordjahr das nächste. Britische Klimaforscher haben vor kurzem ein Modell zur Errechnung des Temperaturanstieges in den Metropolen bis 2050 vorgestellt. Wien ist dabei eine der am stärksten betroffenen Städte mit einer Erwärmung von 7,6 Grad Celsius im Vergleich zum Jahr 1850, dem Jahr das mehr oder weniger als Beginn der Industriellen Revolution gehandelt wird. Die Folgen der Klimaerwärmung sind Meereis- und Gletscherschmelze, Meeresspiegelanstieg, Auftauen von Permafrostböden (Was noch mehr CO2 freisetzen wird), wachsende Dürrezonen und Wüstenbildung, zunehmende Wetterextreme, Artensterben, usw. Dazu würden noch weitere soziale, politische und ökonomische Verschärfungen kommen. Wie Hungersnöte und Wasserknappheit, Tote und Kranke durch die enorme Hitze und Seuchen, Kriege um schwindende Ressourcen und nutzbare Territorien und eine globale Migrationsbewegung. Um nur einige zu nennen. Um nur einen Aspekt hier heraus zu greifen: Wenn wir uns erinnern, wie die politischen Klassen und die europäische Politik, auf die sogenannte „Flüchtlingskrise“ 2015 reagiert hat.

Als wir mitangesehen haben, wie Grenzen militarisiert, Einsatzpläne entwickelt und Befugnisse für Militär und Polizei ausgeweitet wurden. Ganz zu schweigen von der Hetze der Massenmedien und dem allgemeinen Rassismus, dem Nationalismus und der Panik, die durch Politik, Medien und andere Meinungsmacher befördert wurden. Und dabei ging es um eine mehr oder weniger noch kalkulierbare Zahl von Menschen, in Relation dazu, was passieren wird, wenn immer weitere Teile der Erde unbewohnbar werden. Je nachdem, wie schnell und drastisch sich diese Entwicklungen abspielen werden, sprechen wir hier von der größten Migrationsbewegung in der Geschichte der Menschheit! Die Faschisten und Konservativen haben 2015/2016 schon von einer Völkerwanderung gesprochen, um ihre Politik der Abschottung zu propagieren. Begriffe wie der „große Austausch“ sind seither aufgekommen und diverse Schreckensszenarien wurden herbeifantasiert, um eine rassistische und nationalistische Mobilmachung zu erreichen. So ist es nicht absehbar, welche Reaktionen eine Fluchtbewegung von mehreren 100 Millionen

Menschen auslösen würde. Eine Sache ‚jedes Einzelnen‘ Der ‚Point of no Return‘ ist überschritten! Der Klimawandel ist Realität, die Veränderungen passieren bereits, sie sind spürbar. Und diese Entwicklungen können durch individuelles Mülltrennen, Energie sparen, Veganismus, etc. nicht aufgehalten werden. Viele Appelle richten sich an das Konsumverhalten. So wird das Problem zu einem individuellen Problem eines jeden Einzelnen von uns gemacht. ‚Du selbst kannst etwas daran ändern‘, ‚10 Dinge die du tun kannst um den Klimawandel aufzuhalten‘ Mit solchen Slogans wird uns das Hirn zugeschissen.

Sie sollen uns sagen: Wir Menschen sitzen alle im selben Boot. Wir gemeinsam haben das alles zu verantworten. Also ändert euren Lebensstil. . . Tuet Buße und werdet bessere Menschen! Damit wird die Verantwortlichkeit der Wirtschaft, der Industrie und der Politik, mit der Verantwortlichkeit von uns allen gleichgesetzt. Jede Klassen- und Besitzfrage wird damit eliminiert. Aber sind wir wirklich alle im selben Maße dafür verantwortlich, wie diejenigen die aktiv daran verdienen, dass unsere ganze Welt immer mehr den Bach runter geht? Ich denke nicht! Aber klar, auch hier ist es das Privileg jener, die genug Kohle haben, ein klimafreundliches Leben zu führen. So kann man sich wieder einmal mit Reichtum eine weiße beziehungsweise grüne Weste kaufen. Und diejenigen, die es sich nicht leisten können sind dann eben die Arschlöcher die unsere Umwelt zerstören, weil sie für diesen grünen Lifestyle nicht bezahlen können. Wir praktizieren ein Ersatzverhalten, das lediglich dazu dient, uns moralische Rechtfertigungen für unsere Existenz in die Hände zu legen, damit wir doch der Überzeugung sind, „das richtige zu tun“. Die falschen Vorschläge haben wieder Hochkonjunktur. Denn sie lauern an allen Ecken! Damit wir ja nicht nach den falschen Dingen verlangen und vielleicht auf die schiefe Bahn kommen. Die Industrie zu ignorieren und die Frage des Klimawandels von der Frage des Kapitalismus, der Ausbeutung und der Autorität zu trennen, ist der Kern dieser Problematik. So reduziert sich ein großer Teil dieser Auseinandersetzungen auf das verlangen nach einem grünen/ökologischen Kapitalismus, am besten flankiert von Verboten, Gesetzen und bestimmten Reglementierungen für unser Leben!

ihrer Greenwashing-Messe IAA als das geoutet was sie sind: Klimakiller und Ausbeuter. **09.09.:** Das Haus von Gerald Hohmann (AfD) in Kiel wird mit blauer und brauner Farbe verziert. **09.09.:** Im Zuge der IAA wird das Haus von Volkswagen Vorstandsvorsitzenden Herbert Diess im Münchener Glockenbachviertel besucht: Das Anwesen wurde verschönert und die Anwohner*innen mit einem Plakat auf ihre unangenehme Nachbarschaft aufmerksam gemacht. **11.09.:** Im Kontext der Anti-IAA-Proteste wird die MAN Zentrale in München Schwabing mit Farbbeuteln angegriffen. **12.09.:** In Bremen werden am Hauptsitz der Firma Müller & Bremermann-Immobilien (M&B-I) in der Franz-Schütte-Allee 250 in Horn-Lehe etliche Scheiben eingeschlagen. Vor knapp zwei Monaten, am 14. Juli, wurde im Steintorviertel eine Zwangsräumung brutal von den Bullen durchgesetzt. Und das weil sich die Chefs der Firma M&B-I geweigert hatten die Räumung aufzuschieben, obwohl nur um eine Frist von zwei Wochen gebeten worden war. **14.09.:** In der



Mitten im Atlantik, rund 1500 Kilometer westlich von Lissabon, treibt der brennende Frachter „Felicity Ace“ – mit 4000 hochwertigen VW-Neuwagen an Bord. Die Felicity Ace war am 16. Februar 2022 in der Nähe der Azoren in Brand geraten. Das rund 200 Meter lange Schiff hatte knapp 4000 Fahrzeuge verschiedener VW-Marken geladen, darunter 1100 Porsche-Fahrzeuge, 186 Bentleys, einige Lamborghinis, Audis sowie zahlreiche Elektromodelle der ID-Familie von VW. Der Frachter war auf dem Weg vom wichtigsten VW-Verladehafen Emden in die USA. Die 22-köpfige Besatzung wurde in Sicherheit gebracht. Bei vielen der geladenen Autos handele es sich um E-Modelle, deren Batterien das Löschen noch komplizierter gestalten. Dicker Rauch steigt vom Bug bis zum Heck über dem 200 Meter langen Frachter auf. Die Bordwand ist bereits stellenweise geschmolzen. „Ab fünf Metern über der Wasserlinie hat alles Feuer gefangen.“ Es ist nicht das erste Mal, dass der Volkswagen-Konzern auf hoher See einen hohen Schaden erleidet. Als die „Grande America“ im Jahr 2019 Feuer fing und sank, gingen mit dem Schiff mehr als 2000 Luxusautos unter – darunter viele Audis und Porsches.

Grüner Kapitalismus

Für die meisten Kritiker der Ausbeutung der Erde und der Ressourcenverschwendung, geht es nicht um die Infragestellung des kapitalistischen Systems. Obwohl bei näherer Betrachtung klar sein sollte, dass seit der Industrialisierung, die dem kapitalistischen System im 18. und 19.

Jahrhundert einen lebensnotwendigen Fortschrittsschub verpasst hat, ein stetiger Anstieg des Verbrauchs und der Nutzbarmachung von Rohstoffen stattgefunden hat. Wenn wir etwas gegen die Ausbeutung der Erde tun wollen, dann müssen wir die kapitalistischen Produktionsweisen, die

Diktatur der Märkte, die Arbeit, den Staat der diese Ausbeutung schützt und legalisiert, die Politik und die Technologisierung angreifen. Die Problematik ist, dass wir mit dieser Meinung zum Teil sehr alleine dastehen. Die meisten Menschen haben erkannt, dass sich etwas tut, dass die Welt sich in eine gefährliche Richtung entwickeln wird.

Deshalb gehen auch viele auf die Straße, um die Wirtschaft und die Politik davon zu überzeugen, dass es Zeit für eine ‚Energiewende‘ wäre. Nicht aber um eine grundlegende Veränderung der sozialen Verhältnisse und der

Nacht zum 14. September werden in Hamburg in Stadtteilen Altona und Rahlstedt Jobcenter mit Hammer, Steine und Farbe angegriffen. Gegen die Willkür des Systems Jobcenter - Macht kaputt, was euch kaputt macht! 14.09.: In Berlin Mahlsdorf wird das Auto von AfD-Kandidat Vadim Derksen angezündet. 17.09.: Die Objektschutzwache im Berliner Tiergarten / Botschaftsviertel wird mit Molotow-Cocktails angegriffen: „Das Ziel unserer Aktion waren die Fahrzeuge auf dem eingezäunten Gelände, in dem Wissen, dass sich die Bullen ebenfalls auf dem Gelände im Bungalow aufhalten. Um alarmierte Bullenunterstützung aufzuhalten und uns abzusichern, verstreuten wir Krähenfüße und verschlossen eines ihrer Tore.“ 17.09.: In Dresden wird mit Hilfe von Brandsätzen Feuer in einem Ingenieurbüro gelegt, das am Bau eines Knasts in Zwickau beteiligt ist: „Wer am Bau von Knästen verdient, wird die Konsequenzen tragen müssen!“ Ein vor Ort geparkter Mercedes geht ebenfalls in Flammen auf. 18.09.: In der Kölner Innenstadt wird

Ökonomie. Klar wäre es nett, wenn es weniger Rassismus und Sexismus und wenn es gerechtere Arbeitsverhältnisse geben würde. Aber grundsätzlich soll alles weitgehend gleich bleiben: Unser Komfort, der Konsum, die technologischen Spielereien, die unser

Leben vereinfachen sollen, uns aber immer abhängiger machen und eigentlich kontrollieren und umerziehen, das politische Spektakel, und so weiter und so fort. So wird ein grüner Kapitalismus propagiert. Denn wie sich bereits viele der sogenannten ‚Fridays for Future‘-Proteste zu Wort gemeldet haben, aber auch andere die für Maßnahmen gegen den Klimawandel eintreten: Der Kampf gegen den Klimawandel ist kein Kampf gegen den Kapitalismus! Ohne das kapitalistische Elend anzusprechen, macht der Kampf gegen die Ausbeutung der Erde und in diesem Zusammenhang der sogenannte ‚Kampf gegen den Klimawandel‘ keinen Sinn. Viel mehr verbleibt er in einer reformistischen Bittstellung der Politik gegenüber und ignoriert die Ursachen der globalen Erwärmung und der Zerstörung unserer Lebensräume zugunsten einer Konservierung der herrschenden Zustände von Ausbeutung und Profit, um diese ein Stück weit nach ökologischen Standards auszurichten. Was eine absolute Absurdität ist!

Prognosen und das Elend der Politik

So frage ich mich, ob es überhaupt eine Möglichkeit gibt, die klimatischen Veränderungen, innerhalb der kapitalistischen Ordnung auf ein erträgliches Maß zu drosseln. Und eine weitere Frage wäre: Was ist dieses erträgliche Maß? Wenn wir uns etwas genauer mit den Fakten befassen, auf die wir bisher zugreifen können, dann wird sehr schnell klar, dass es sich hierbei um die komplexeste Problematik handelt, vor der die Menschheit jemals gestanden ist. Unzählige Faktoren, die zu berücksichtigen sind und die sich gegenseitig und oft gegenteilig beeinflussen. Die Meinungen gehen hierbei deutlich auseinander, was uns im Jahr 2100 bevorstehen wird, oder ob diese Entwicklungen schon sehr viel früher eintreffen werden! Da wäre einerseits die Erwärmung um 1,5 Grad Celsius, die uns vorerst vor schwerwiegenden Folgen bewahren würde. Diese Zahl ist zentraler Bestandteil der Forderungen vieler KlimaaktivistInnen. Das würde bedeuten, dass der CO² Ausstoß in den nächsten 10 Jahren um 45% gesenkt werden müsste, um ihn dann bis 2050 auf Null zu reduzieren. Es müsste also innerhalb der nächsten 30 Jahre der CO² Ausstoß um 100% reduziert werden! Angesichts dessen, dass dieses Ziel eigentlich nicht zu realisieren ist, gehen viele von einem weit höheren Temperaturanstieg in den kommenden Jahrzehnten aus. Da ist von 2 Grad, 4 Grad, 6 Grad oder 8 Grad die Rede. Wobei 8 Grad die Vernichtung von großen Teilen der Erde und der meisten Menschen bedeuten würde. Und da sich in den letzten 40 JAHREN sehr wenig getan hat, denn seit Ende der 70er Jahre ist die Erwärmung des Klimas bekannt (die ersten Forschungsergebnisse die darauf hindeuteten gehen bis ins 19. Jahrhundert zurück, aber seit 1979 wird die Politik und Wirtschaft mit den Fakten konfrontiert), ist es fraglich ob es in den

nächsten Jahrzehnten eine ‚Wende‘ geben wird und die Wirtschaft auf die Nutzung fossiler Brennstoffe freiwillig verzichten wird. Außerdem halte ich die Zielsetzung, von der Politik und der Wirtschaft einen ökologischen Kurswechsel zu verlangen, für ein gefährliches Unterfangen. Nicht nur, dass ich nicht denke, dass sich die Profiteure dieses Systems zu irgend etwas überreden lassen würden, was nicht ihren Interessen entspricht, sondern auch wie eine politische Umsetzung in Form von Gesetzen und Zwang ausschauen könnte.

Smarte Städte

Ein weiterer Aspekt, den ich hier ansprechen möchte, ist die Instrumentalisierung des Klimawandels für verschiedene technologische Entwicklungen. Ein Konzept ist jenes der sogenannten Smarten Städte (SmartCity) und Stadtteile. Die Stadt Wien hat vor Kurzem in Kooperation mit anderen eine Broschüre veröffentlicht: „Smart Simpel. Unser Weg in die Zukunft einfach erklärt.“ Darin erklärt Bürgermeister Ludwig: „Der Klimawandel ist hier wahrscheinlich die drängendste. Wenn auch unsere Kinder noch angenehm in Wien leben sollen, müssen wir sehr rasch sehr viel verantwortungsvoller mit unseren Ressourcen umgehen, als wir noch vor wenigen Jahren geglaubt haben. Aber auch die wirtschaftliche Entwicklung, neue Technologien wie die Digitalisierung oder das Zusammenleben in der Stadt – das alles sind Themen, die ineinandergreifen und laufend neue Lösungen erfordern. Da heißt es: smart sein!“ ‚Smart sein‘ sollen wir also, damit wir den Klimawandel überstehen. In der Broschüre wird unter anderem von Grätzelfahrrad, E-Car-Sharing, Kreativität im öffentlichen Raum und alternativer Energieerzeugung gesprochen.

Was aber verschwiegen wird, ist die Kontrolle, das Datensammeln, die Überwachung. Es wird nicht erzählt dass unsere ganze Umgebung mit ‚smarten Geräten‘ ausgestattet werden soll. Denn das ist ein wichtiger Teil der Smarten Stadt, dass sie digital vernetzt wird und damit für die Herrschenden, die Politik, die Wirtschaft, die Energiekonzerne, usw. besser überwacht und bewachbar. Interessant finde ich an dieser Stelle, dass Herr Ludwig hier groß seine schieß Fresse als Klimaschützer aufreißt, während seine Stadtregierung den Bau der Lobau-Autobahn abgesegnet hat. Ein Megaprojekt, dass vorsieht, unter dem Naturschutzgebiet Lobau einen Autobahntunnel zu bauen. Und damit eine Verkehrsanbindung für den Transitverkehr zu schaffen und gleichzeitig neue Territorien wirtschaftlich zu erschließen. Was für ein schieß Hohn! Wir denken, dass uns in der Zukunft noch sehr viel mehr Projekte begegnen werden, die im Namen des Klimas umgesetzt werden sollen, aber nur für eines gut sind: Uns alle besser regieren zu können! Wie die Zukunft aussehen wird. Wie sich die Veränderungen des Klimas auf uns alle tatsächlich auswirken werden, damit wollen wir nicht spekulieren. Aber die Voraussagen und Berechnungen die uns zur Verfügung stehen lassen nichts gutes erahnen.

Feuer an einem Wahlkampfwagen der CDU gelegt. 21.09.: Im Gewerbegebiet Berlin Mahlsdorf Landsberger Str. 253 wird die Druckerei MM Büro-Marketing von Antifas stillgelegt. Die Inhaberin Alexandra Menges stellt die Plakate her, mit denen die AfD Berlin im Wahlkampf den öffentlichen Raum zumüllt. Mit Hammer, Sprühdosen, Farbgläsern und drei Feuerlöschern (Pulver & Farbe) wurde die Fassade und die Innenräume vollgesaut und hoffentlich die Druckmaschinen erheblich beschädigt. 21.09.: In Bremen wird ein Kleintransporter von Knastprofiteur SPIE abgefackelt: „Es sind Firmen wie Spie, WISAG, Massak, Sodexo [...], die durch ihre Zuarbeit die staatliche Herrschaft am Leben halten.“ 22.09.: In Ludwigshafen wird das Bürgerbüro der AfD in der Innenstadt mit Farbkugeln angegriffen. 22.09.: In Berlin Wedding wird das Cafe Mandelzweig mit Bauschaum besucht: Die Betreibenden des Cafe Mandelzweig sind Coronaverschörungsideolog*innen, Antisemit*innen und fundamentale Eviangelikale. Das Cafe ist Treffpunkt von u.a.

Wir werden uns auf jeden Fall nicht nur auf andere klimatische Bedingungen einstellen müssen, sondern auch auf andere politische, ökonomische und gesellschaftliche Bedingungen!

Um die Zerstörung der Erde auszuhalten müssten die Machtverhältnisse grundlegend verändert beziehungsweise ausgelös[ch]t werden. Die aktuellen Proteste müssten auf ein ganz anderes Niveau der Konfrontation gehoben werden. Die Wirtschaft müsste mit viel direkteren Mitteln des Angriffes und der Sabotage schmerzhaft abgebremst werden um bestimmte Teilziele zu erreichen. Die Herrschaft wird dabei immer den Dialog mit den Protesten suchen. Sie bietet einigen Gallionsfiguren eine Bühne, um ihre Bedenken vorzutragen. Aber nur solange alles friedlich abläuft und bescheidene Forderungen gestellt werden. Dadurch wird sich

aber nichts grundlegendes ändern. Die Herrschaft lässt sich durch schöne Worte nicht erweichen! Für die Zerstörung der Industrie, der Arbeit und der Ausbeutung! Für die Sabotage und den direkten Angriff!

ursprünglich veröffentlicht in: REVOLTE Ausgabe Nr. 43 vom Juli 2019) außerdem veröffentlicht in der Textsammlung der anarchistischen Zeitung REVOLTE aus Österreich mit dem Titel "Sammlung von Texten zur kombinierten Katastrophe von Klimazerstörung und Technologisierung" im Herbst 2021. Erhältlich über : revoltezeitung@riseup.net oder im Internet zum selbst drucken z.B. hier: <https://de.indymedia.org/node/169292> oder hier:

<https://emrawi.org/?Broschure-REVOLTE-Textsammlung-zur-kombinierten-Katastrophe-von-Klimazerstörung-1989>

PimEyes - Suchmaschine mit 900 Millionen Gesichtern

Alle, von denen es Fotos im Internet gibt, könnten schon Teil ihrer Datenbank sein.

Wir veröffentlichen hier die unautorisiert gekürzte und bearbeitete Version einer Recherche von netzpolitik.org. Außerdem verweisen wir als Ergänzung mit großer Dringlichkeit auf den Artikel über Clearview im Autonomen Blättern Nr. 43.

Einer von Vielen

Dylan lächelt in die Kamera, Arm in Arm mit den anderen Gästen einer queeren Party. Vor acht Jahren lädt jemand diesen Schnappschuss im Internet hoch. Dylan hatte ihn schon vergessen – bis heute. Denn mit einer Rückwärts-Suchmaschine für Gesichter können alle dieses alte Partyfoto von Dylan finden. Dazu müssen sie nur ein Profilbild aus einem digitalen Netzwerk hochladen. Eigentlich will Dylan sein privates und berufliches Leben aber getrennt halten: Tagsüber arbeitet er als Banker. Vielleicht bist kein_e Banker_in, aber gehst auf Demos oder machst andere Dinge, von denen du nicht möchtest, dass die ganze Welt sie weiß. Dann sollte besser nie ein Bild von dir im Netz gelandet sein.

Der Name der Suchmaschine ist PimEyes. Sie analysiert massenhaft Gesichter im Internet nach individuellen Merkmalen und speichert die biometrischen Daten. Als Dylan die Suchmaschine mit seinem Profilbild testet, gleicht sie es mit der Datenbank ab und liefert als Ergebnis ähnliche Gesichter, zeigt ein Vorschaubild und die Domain, auf der das Bild gefunden wurde. Dylan wurde erkannt, obwohl er damals im Gegensatz zu heute noch nicht einmal einen Bart trug.

Vielleicht bist du auf Instagram oder Twitter unter Pseudonym unterwegs, postest über den Kampf für LGBT-Rechte und Antirassismus. Berufliche Kontakte, Eltern oder Bullen kennen deinen Nutzernamen dort nicht. Die Gesichtersuche könnte das ändern, gegen deinen Willen.

Die Recherchen zeigen: PimEyes ist ein umfassender Angriff auf die Anonymität. Ein Schnappschuss kann genügen, um mittels PimEyes eine fremde Person zu identifizieren. Die Suchmaschine liefert zwar nicht direkt den Namen einer gesuchten Person. Aber wenn sie übereinstimmende Gesichter findet, lassen sich durch die angezeigten Websites in vielen Fällen Namen, Beruf und vieles andere herausfinden.

Wer auch immer an einem öffentlichen Ort Gesicht zeigt, könnte erkannt werden – ob auf einer Demo, vor dem Wahllokal oder im Nachtbus, als hätten wir unseren Namen auf der Stirn tätowiert. Im Juni berichtete unter anderem die BBC, PimEyes könne von Stalkern missbraucht werden. Die Suchmaschine kann aber auch Sexarbeiter:innen outen, sogenannte Rache pornos leichter zugänglich machen oder von Polizei und Nazis genutzt werden, um nachträglich Besucher:innen von Demos zu identifizieren. Oder ein Tesla-Auto filmt dich automatisiert beim Sprechen. Dummerweise warst du nicht verumumt. Die Bullen könnten dich durch PimEyes identifizieren, wenn andere Fotos von dir im Netz zu finden sind. Vielleicht reicht das Abi-Foto von 2017.

Rechtsradikalen, der Partei „Die Basis“ sowie den „Christen im Widerstand“. 25.09.: In Hamburg wird ein Firmenwagen des französischen Unternehmens JCDecaux angezündet. JCDecaux ist Anbieterin von Großplakaten. „Sie profitieren von der Inwertsetzung des öffentlichen Raumes, mit der die Bevölkerung mit dem angeblichen Glück des Konsums geködert und befriedet werden soll als auch dem Ausbau der Smart Cities.“ 26.09.: In Eicherloh wird das Wohnhaus des AfD-Bundestagskandidaten mit roter Farbe beschmiert. 26.09.: In Berlin Mahlsdorf werden drei Autos kaputt gemacht: Sie gehören der Inhaberin der La Festa GmbH, Tatjana Korcistij-Gerlitz. Der Eventsaal „La Festa“ am S-Bhf. Kaulsdorf (Gutenbergstraße 26-28) war am 31. August Austragungsort eines Bürgerdialogs mit Alexander Gauland. 27.09.: In Leipzig fliegen Steine auf die Bullenwache in Leipzig-Südost. 28.09.: In Passau wird das Vereinslokal einer Studentenverbindung mit Hilfe einer Sprühdose kreativ verschönert. 29.09.: In Frankfurt fliegen Steine auf den Gentrifizier-

Wie Clearview AI für alle

Der Fall erinnert an das US-amerikanische Start-up Clearview AI – mit dem Unterschied, dass PimEyes seine biometrische Suche nicht nur Behörden, sondern öffentlich anbietet. Aber es gibt Widerspruch: große Tech-Konzerne wie IBM sprechen sich öffentlich gegen Gesichtserkennung aus und stoppen Kooperationen mit der Polizei, Instagram und YouTube, deren Inhalte auf PimEyes auftauchen, möchten als Konsequenz der Recherchen juristisch gegen PimEyes vorgehen, Datenschutzexpert_innen sehen in öffentlich verfügbaren, biometrischen Suchmaschinen wie PimEyes mögliche Verstöße gegen die europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). PimEyes riskiert damit immense Strafzahlungen.

900 Millionen Gesichter, 1 Terabyte Fotos pro Tag

In einem Post auf seiner inzwischen nicht mehr verfügbaren Facebook-Seite protzt PimEyes 2018 mit großen Zahlen: Täglich würden mehr als 1 Terabyte an Fotos analysiert, die Datenbank beinhalte die biometrischen Daten von über 100 Millionen Gesichtern. Und die Zahl wächst rasant: Ein Jahr später sollen es 500 Millionen analysierte Gesichter sein, heißt es in einem Dokument der Polnischen Agentur für Unternehmensentwicklung, im April 2020 seien es schon 900 Millionen Gesichter. Das entspräche mehr als der Bevölkerung Europas und Russlands zusammen. Ein Angebot für Entwickler_innen macht sichtbar, von welchen Dimensionen die Betreiber offenbar träumen: Es gibt einen besonders großen Rabatt, wenn jemand 100 Millionen Gesichtersuchen pro Monat durchführen will.

Kurz nachdem sich bei PimEyes nach dem Facebook-Post mit den Zahlen erkundigt wurde, ist dieser plötzlich offline. Je mehr PimEyes mit kritischen Fragen konfrontiert wird, desto mehr gerät die Firma unter Druck. Fragwürdige Passagen aus ihren Online-Angeboten werden während der Recherchen mehrfach verändert oder offline genommen.

PimEyes inszeniert sich als freundlicher Helfer

Es ist kein Zufall, dass PimEyes deutlich mehr liefert als die Google-Bildersuche. Technologisch wäre eine biometrische Suche für Google kein Problem, das Hindernis sind wohl vor allem Gesetze zum Datenschutz. Auch Facebook hat bei der Erkennung von Nutzer_innen eine Geschichte gescheiterter Vorstöße hinter sich. Inzwischen ist die Funktion für Facebook-Nutzer_innen zwar verfügbar, aber immerhin standardmäßig ausgeschaltet. PimEyes präsentiert sich nicht als eine Bedrohung für die Privatsphäre, sondern als Helfer. „Lade dein Foto hoch und finde heraus, wo dein Gesicht im Internet erscheint“, heißt es auf der Startseite. „Fange an, deine Privatsphäre zu schützen“.

Aber diese Aufforderung ist neu. Prominent auf der Website aufgetaucht ist sie erst, nachdem dem Unternehmen ein umfangreicher Fragenkatalog geschickt wurde. Und so gibt sich die Suchmaschine neuerdings ausdrücklich als Werkzeug zur digitalen Selbstverteidigung, etwa um Fake-Profile von sich selbst aufzuspüren.

Das Image von PimEyes bröckelt, sobald man näher hinschaut. Mag ja sein, dass Nutzer:innen dort nur ihr eigenes Bild hochladen sollen. Trotzdem existiert bereits die biometrische Datenbank mit nach eigenen Angaben mehreren Hundert Millionen analysierten Fotos. Und noch nicht einmal PimEyes scheint ernsthaft davon auszugehen, dass Besucher:innen nur nach ihrem eigenen Gesicht suchen. Denn die Betreiber haben ihre Nutzer_innen mehrfach dazu ermuntert, Bilder von Fremden hochzuladen.

„Früher war es möglich, mit PimEyes nach Gesichtern von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu suchen“, räumt das Unternehmen auf Nachfrage ein. In einer E-Mail beteuern die Betreiber, ihr Dienst dürfe nur noch genutzt werden, um Fotos des eigenen Gesichts hochzuladen.

Diese Entscheidung haben Łukasz Kowalczyk und Denis Tatina, die Menschen hinter PimEyes, offenbar sehr kurzfristig getroffen. Denn neben der Bildersuche betrieben die Absolventen der Technischen Universität Breslau einen weiteren Dienst namens Catfished. Die Website dazu rief zu einem anderen Gebrauch der Technologie auf.

„Nutzen Sie die Macht von KI und Gesichtserkennung, um Freunde und Verwandte im Internet zu finden“, hieß es dort. Auch schlugen die Betreiber vor, Fotos von Profilen auf Dating-Plattformen durch die Suche zu jagen. „Verwenden Sie die Gesichtserkennung, um mehr über Ihren Schwarm herauszufinden!“ Deutlicher lassen sich Stalker kaum ansprechen.

25 Alarme für angeblich nur ein Gesicht

Heute geben Kowalczyk und Tatina an, bei Catfished handele es sich um ein „totes Projekt, nicht für EU-Länder entwickelt, weder jemals wirklich fertiggestellt noch veröffentlicht“. Dabei hatte Catfished eine Datenschutzerklärung, die das Unternehmen PimEyes als Administrator der Website führte und sich auf die DSGVO bezog, damit also sehr wohl Bezüge zur EU erkennen ließ.

Wie PimEyes war auch Catfished funktionsfähig, es wurde damit eine erfolgreiche Suche durchgeführt. Erkennbar war bei Catfished die klare Absicht, auch diese Software zu verbreiten. Erst nach einer Anfrage von netzpolitik.org verschwand die Website aus dem Netz. Diese und weitere Aufräumarbeiten können aber nicht über die Ungereimtheiten hinter PimEyes hinwegtäuschen.

scheißverein Instone: Die „Instone Real Estate“ hat in Frankfurt mehrere riesige Bauprojekte. **01.10.:** In Flensburg werden ein Jahr nach der Besetzung des mittlerweile gerodeten Bahnhofswaldes drei Wagen der verantwortlichen Firma Duschkewitz angezündet. **02.10.:** In Halle an der Saale brennt das Auto des bekannten Neonazis Sven Liebich aus. **02.10.:** In Berlin Prenzlauer Berg fällt der Strom aus, nachdem an einer Brücke über die Ringbahn Feuer gelegt wurde. **02.10.:** In Berlin Kreuzberg fliegen Steine und Farbe gegen die Zentrale des Immobilienunternehmens Akelius. **04.10.:** In Görlitz wird das AfD-Büro mit Farbe angegriffen und Parolen werden hinterlassen: „Hier ist kein Platz für Euch!“ **05.10.:** In Kassel wird ein Brandanschlag auf das Auto des AfD-Politikers Sven Dreyer verübt. **08.10.:** In Rottweil wird die Kreissparkasse mit roter Farbe angegriffen und mit antimilitaristischen Slogans versehen – „In einem Großteil der Aktien-, Misch-, Renten- und Indexfonds von Deka Investment, der Fondsgesellschaft der Kreissparkasse,



Wer bei PimEyes etwa ein Premium-Abo abschließt, kann sich automatisch eine E-Mail schicken lassen, sobald die Software neue Übereinstimmungen mit einem hochgeladenen Gesicht entdeckt. Seltsamerweise können Premium-Kund_innen aber nicht nur einen Alarm für ihr eigenes Gesicht hinterlegen, sondern für bis zu 25 unterschiedliche Gesichter.

PimEyes begründet dies damit, dass sich die Treffergenauigkeit durch mehrere hochgeladene Fotos verbessere. „Eines vom Strand, eines mit Brille und so weiter“, schreibt das Unternehmen.

Spätestens der Blick in die Programmoberfläche entlarvt die Antwort der Firma als haltlos: Schon für einen einzelnen Alarm lassen sich nämlich mehrere Fotos hochladen, um die Treffergenauigkeit zu erhöhen. Die 24 weiteren Alarme wären für das eigene Gesicht demnach nutzlos.

Rabatt bei Massenabfragen

Womit verdient PimEyes sein Geld? Die gewöhnlichen Premium-Abos der Suchmaschine kosten zwischen 16 und 23 Euro monatlich. Premium-Kund_innen bekommen unter anderem Links zu den gefundenen Bilddateien angezeigt. Nach eigenen Angaben hat PimEyes derzeit nur

etwa 350 Premium-Abonnent_innen. Das große Geld würden Kowalczyk und Tatina damit noch nicht machen.

PimEyes bewirbt aber eine weitere Funktion, die der Schlüssel zu hohen Einnahmen sein könnte. Zugleich macht die Funktion offensichtlich, dass es bei der Suchmaschine nicht um den Schutz der eigenen Privatsphäre geht: Es ist ein Bezahlmodell für massenhafte Suchanfragen.

Kowalczyk und Tatina beteuern, dieses Angebot sei kaum gefragt. Allerdings lädt es förmlich zum geschäftsmäßigen Gebrauch der Technologie ein. Anstatt mühsam einzelne Fotos auf der Website von PimEyes hochzuladen, lassen sich mithilfe weniger Zeilen Programmcode abertausende Abfragen bewältigen. Gleichzeitig können Entwickler_innen die Suchmaschine dadurch in eigene Anwendungen integrieren, über deren Einsatz PimEyes keinerlei Kontrolle mehr hat.

Das Unternehmen berechnet pro Suche über die Programmierschnittstelle zunächst rund einen Euro. Bei massenhaften Suchabfragen wird es deutlich billiger. Will jemand 100 Millionen Bilder im Monat abfragen, kostet eine einzelne Suche nicht mal mehr einen Cent. Doch welcher Mensch sucht 100 Millionen Mal pro Monat sein eigenes Gesicht?

befinden sich Rüstungsschmieden und Klimakiller-Konzerne, zum Beispiel Rheinmetall, Northrop Grumman, RWE oder Uniper.“ 08.10.: In Nürtingen wird das Grünen Büro besucht. Die Briefkästen wurden mit Bauschaum bearbeitet und das Schild der Grünen mit roter Farbe verschönert. Zudem wurde eine klar Botschaft hinterlassen: Die Grünen sind Kriegstreiber! 11.10.: In Berlin wird am Dorfplatz ein Banner aufgehängt und eine Barrikade aus Reifen angezündet. Die ankommenden Bullen werden mit Steinen eingedeckt. 12.10.: In Berlin wird in Solidarität mit dem Köpiplatz und der Rigaer94 der Fuhrpark der Hilfsbullen des Ordnungsamtes in Alt-Hohenschönhausen mittels Brandsätzen auf den Schrottplatz befördert. 13.10.: In Berlin Lichtenberg brennt ein Strabag-Transporter in Kreuzberg ein Geldautomat – denzentrale Aktionen für den Köpi-Wagenplatz. 13.10.: Am Hallschlag in Stuttgart bekommen die Bullen Besuch: Hinterlassen werden kaputte Fensterscheiben und Buttersäure. Die Aktion ist eine Reaktion auf die

Suchergebnisse von Pornoseiten

Selbst bei den auf der Website präsentierten Positiv-Bewertungen trägt der Schein. Drei Erfahrungsberichte angeblicher Nutzer_innen sollen illustrieren, wie hilfreich die Suchmaschine sei. „Dank PimEyes fand ich ein Profil auf einer Dating-Website, das vorgab, ich zu sein“, berichtet demnach eine Alister Richards. Sie schwärmt: „Werkzeuge wie dieses verbessern unseren Datenschutz im Netz.“

Neben dem Erfahrungsbericht ist ein Foto zu sehen. Sucht man aber mit PimEyes nach dem Foto der angeblichen PimEyes-Nutzerin, geschieht etwas Erstaunliches: Alister Richards taucht auch auf etlichen weiteren Websites auf, jedes Mal trägt sie einen anderen Namen und überschüttet ein anderes Online-Produkt mit Lob. Bei den übrigen Erfahrungsberichten verhält es sich genauso. Alles Fake? Kowalczyk und Tatina bestätigen, dass die Fotos nicht echt sind. Aber die Zitate seien es. „Ihre Autor:innen wollten anonym bleiben.“

Dabei könnte vor allem PimEyes selbst die Anonymität gefährden. In der Suchmaschine tauchen sogar Fotos von Porno-Websites auf. In einem inzwischen gelöschten Werbeclip bewarb PimEyes die Suche auf „Adult sites“ als Premium-Feature, versuchte also offenkundig, damit Geld zu verdienen. Heute vermischen sich die Ergebnisse von Pornoseiten mit den anderen Suchergebnissen. Łukasz Kowalczyk und Denis Tatina nehmen damit konkret in Kauf, dass Sexarbeiter_innen unfreiwillig geoutet werden. PimEyes ist zudem eine Bedrohung für Betroffene von Voyeurismus und sogenannten Rache pornos, also ohne Einverständnis erstellten oder verbreiteten Aufnahmen. Damit möchten Täter vor allem Frauen verletzen und herabwürdigen, indem sie die Aufnahmen möglichst vielen fremden Augen zugänglich machen. Die Suchmaschine spielt ihnen perfekt in die Hände.

Tech-Konzerne wehren sich gegen PimEyes

Besonders mächtig wird eine Suchmaschine wie PimEyes erst, wenn sie auch Fotos aus sozialen Medien auswerten kann. Und tatsächlich: Auch Inhalte von Instagram, YouTube, TikTok, Twitter und vKontakte erscheinen bei PimEyes. Es wurden Screenshots dieser Suchergebnisse gemacht, mit direktem Link. Als die Firma darauf angesprochen wird, lautet die Antwort: „Wir scrapen keine Social-Media-Seiten“.

Die Instagram-Mutter Facebook wurde um Stellungnahme gebeten. „Informationen von Menschen auf Instagram zu scrapen, ist eine klare Verletzung unseres Policy und ein Missbrauch unserer Plattform“, schreibt eine Sprecherin. Facebook habe unverzüglich alle Konten gesperrt, die mit PimEyes in Verbindung stehen, sowie die Gründer von Facebook und Instagram gebannt. „Wir haben eine Abmahnung mit Unterlassungs-

aufforderung verschickt, auf keine Daten, Bilder oder Fotos von unseren Diensten zuzugreifen.“

Auch YouTube spricht von einer Verletzung seiner Nutzungsbedingungen. „Dementsprechend werden wir eine Abmahnung an PimEyes verschicken“, sagt ein Sprecher. TikTok plane juristische Schritte, wie eine Sprecherin mitteilt; Twitter behalte sie sich vor. vKontakte hat die Fragen bislang nicht beantwortet.

PimEyes erinnert an den Eklat um Clearview

Ein möglicher Grund für die deutlichen Reaktionen: Einen ähnlichen Fall gab es bereits. Auch Clearview AI hatte massenhaft Gesichter aus dem Internet für eine biometrische Datenbank analysiert. Aber Clearview AI war nicht für jeden Menschen offen im Netz verfügbar. Kunden der Firma waren nach Recherchen der Nachrichtenwebsite BuzzFeed News Firmen, Regierungen und Polizeibehörden. Google, Facebook und Twitter haben sich dagegen gewehrt.

Der breite Widerstand gegen Clearview AI wurde von Datenschützer_innen als wegweisend wahrgenommen und hätte PimEyes eine Warnung sein können. Biometrische Daten gelten als sensibel. Wer sie missbraucht, riskiert Bußgelder und muss Betroffenen womöglich sogar Schadensersatz zahlen.

Neuerdings müssen Nutzer_innen, bevor sie eine Suchanfrage stellen können, per Mausclick ein Häkchen setzen und bestätigen, dass sie wirklich nur ihr eigenes Gesicht hochladen. PimEyes möchte die Verantwortung für den möglichen Missbrauch der Suchmaschine auf die Nutzer_innen abwälzen.

PimEyes konnte 93 von 94 Bundestagsabgeordneten korrekt identifizieren

Für die Recherchen wollte netzpolitik.org herausfinden, ob es wirklich möglich ist, PimEyes im großen Stil zu benutzen. Sie schrieben deshalb eine Software für die von PimEyes angebotene Programmierschnittstelle und stellten fest: Wer bezahlt, kann mit PimEyes offenbar machen, was er will.

„Für den Versuch brauchen wir zunächst eine Reihe an Testpersonen, wollen aber auf keinen Fall Privatfotos hochladen. Wir entscheiden uns deshalb für Bilder von Abgeordneten des Bundestags. An einem zufällig ausgewählten Tag erstellen wir aus dem Parlamentsfernsehen Screenshots von allen Abgeordneten am Rednerpult: insgesamt 94 Politiker:innen. Es handelt sich um keine perfekten Porträtfotos, in vielen Fällen ist das Gesicht nur schräg zu sehen. Damit die Suchmaschine es noch schwerer hat, schrumpfen wir die einzelnen Köpfe auf Briefmarkengröße.“

Verurteilung der beiden Antifas Jo und Dy, die zu langen Haftstrafen verurteilt wurden. 13.10.: In Berlin wird das Bezirksamt Mitte besucht: Glasbruch und ein Schriftzug sollen daran erinnern: Köpiplatz bleibt Risikokapital! 13.10.: In Hamburg wird im Vorfeld des „World Congress on Intelligent Transport Systems“ die Teststrecke für autonomes Fahren (TAVF) an drei Stellen mit Feuer sabotiert. Außerdem gab es Glasbruch bei der BMW Tochter Free Now. 14.10.: In Berlin gibt es diverse Aktionen im Vorfeld der Räumung des Köpi-Wagenplatzes: In der Köpenicker Straße brennen Autos, in der Ritterstraße werden Autos demoliert, in der Prinzenstraße fliegen Farbbeutel gegen Gebäude. Am Erkelenzdamm werden brennende Barrikaden aus Autoreifen errichtet. Bei der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) gibt es Glasbruch, beim Verlag „Vorwärts“, der die SPD Parteizeitung herausgibt, brennen Mülltonnen. 14.10.: In Stuttgart wird das „Gorillas“-Lager mit Farbe angegriffen – in Solidarität mit streikenden Arbeiter:innen. 15.10.: In Chemnitz werden auf drei

Mithilfe der Programmierschnittstelle gleichen wir die 94 Gesichter der Politiker:innen mit der Datenbank von PimEyes ab. Unsere automatisierten Abfragen dauern keine fünf Minuten. Die Suchmaschine spuckt gut 2.500 Links zu Bilddateien aus. Bei der Mehrheit der Fotos will die Software eine mindestens 90-prozentige Ähnlichkeit erkannt haben. Und tatsächlich: In 93 Fällen hatte PimEyes weitere Fotos derselben Person aufgespürt. Nur in einem Fall waren alle Suchergebnisse falsch.“

Statt nach 94 Bundestagsabgeordneten hätte man PimEyes ebenso nach den Gesichtern von Hunderten oder Tausenden Menschen suchen lassen können. Und statt mit Aufnahmen aus dem Parlamentsfernsehen hätte man den Dienst auch mit den Bildern von Überwachungskameras füttern können. Es ist möglich, dass genau das bereits passiert. Denn auch Strafverfolgungsbehörden interessieren sich für Gesichtserkennung, und PimEyes ist in diesem Bereich schon früh ein Coup geglückt.

Überwachungstechnologie für den Staat

PimEyes ist seit 2018 in die Software Paliscope des schwedischen Unternehmens Safer Society Group integriert. Die Anwendung soll Ermittler_innen helfen, Daten aus unterschiedlichen Quellen zu kombinieren. Safer Society Group ist gut vernetzt, zu ihren Kund_innen zählt die europäische Polizeibehörde Europol.

Ein Unternehmenssprecher will nicht sagen, ob Strafverfolgungsbehörden innerhalb der EU oder sogar Deutschland Paliscope - und damit möglicherweise auch PimEyes - einsetzen. Auf konkrete Fragen geht er gar nicht erst ein. PimEyes versuchte noch Anfang Juni öffentlich, Strafverfolgungsbehörden als neue Kundinnen zu gewinnen. Im FAQ auf der PimEyes-Website hieß es, Ermittler_innen könnten mit der Suchmaschine auch im sogenannten Darknet nach übereinstimmenden Gesichtern suchen. Aber zwei Tage, nachdem One Zero darüber berichtet hatte, verschwand diese Textpassage.

Kowalczyk und Tatina bestätigen, dass sie die Passage entfernt haben. Allerdings nur, weil Strafverfolgungsbehörden kein Interesse an PimEyes gezeigt hätten. Eine Erklärung, die vor allem deshalb erstaunt, weil die Betreiber im Hintergrund an einem eigenen Produkt für Strafverfolgungsbehörden arbeiten. Sie haben dafür offenbar sogar eine weitere Firma gegründet: Faceware AI.

Ein Briefkasten in den USA

Kowalczyk und Tatina zufolge steckt Faceware AI noch im Aufbau. Die beiden wollten kundenspezifische Software für Strafverfolgungsbehörden entwickeln und damit verschwundene Kinder finden, schreiben sie uns in einer E-Mail. Faceware AI habe jedoch nichts mit PimEyes zu tun.

Auf dem Karrierenetzwerk LinkedIn heißt es, Faceware AI entwerfe Software für Gesichtserkennung und Machine Learning. Technologien, die durchaus stark an das erinnern, was die Gründer über Jahre hinweg in Breslau unter dem Namen PimEyes ausgearbeitet haben.

Auf LinkedIn ist ein weiterer Mitarbeiter von Faceware AI aufgeführt, der seinem Profil nach zu urteilen wohl den Vertrieb des neuen Dienstes übernehmen soll, jenseits von Europa. Die Gründer geben an, Faceware AI habe seinen Hauptsitz im US-Bundesstaat Rhode Island. Im dortigen Handelsregister existiert jedoch keine Firma mit diesem Namen.

Anfang April, nur einen Tag, bevor Łukasz Kowalczyk und Denis Tatina die Internetdomain von Faceware AI registrierten, meldete allerdings jemand im Bundesstaat Delaware ein Unternehmen mit dem Namen Faceware Inc. an – mithilfe eines Dienstleisters, der den Geschäftsführern Anonymität gewährt. Delaware ist als Steueroase und Heimat zahlreicher Briefkastenfirmen bekannt.

Gesichtserkennung durch die Polizei

Wenn Faceware AI eines Tages funktioniert, könnten sich viele Ermittlungsbehörden dafür interessieren. In den USA arbeiten zahlreiche Polizeibehörden bereits mit Amazon zusammen. Der Konzern bietet mit „Amazon Rekognition“ eine Software für Gesichtserkennung an. Bürgerrechtsorganisationen fordern ein Verbot der Software, unter anderem weil sie einen rassistischen Bias hat und dadurch insbesondere People of Color durch falsche Gesichtserkennung zu Unrecht in den Fokus der Ermittlungen rücken könnte. Kürzlich hat Amazon bekannt gegeben, der Polizei ein Jahr lang keinen Zugriff mehr auf „Rekognition“ zu geben.

Der Datenschutz mag in Europa strenger sein, Gesichtserkennung durch die Polizei gibt es aber längst auch in Deutschland. In der Polizeidatenbank INPOL beispielsweise sind rund 3,65 Millionen Menschen gespeichert, und die Anfragen an das Gesichtserkennungssystem des Bundeskriminalamts steigen stetig, wie das Bundesinnenministerium in seiner Antwort auf eine kleine Anfrage mitteilte. Alleine 2019 nahmen Ermittler_innen dort demnach 54.000 Abfragen vor.

Verhaftet, weil man sich auf einer Demo blicken ließ

Was hier gemacht wird, bedeutet nichts weniger, als dass wir die Anonymität verlieren, wenn wir uns im öffentlichen Raum bewegen, und dass wir im Prinzip jederzeit und an jeder Stelle identifizierbar werden können. Geheimdienste und andere staatliche Stellen könnten Demonstrant_innen identifizieren und ihr Beziehungsumfeld ausforschen.

Wie gefährlich PimEyes beim Einsatz gegen Demonstrant_innen sein könnte, wird deutlich, als bei der Suchmaschine ein Foto der Bundestags-

Straßen und Kreuzungen Barrikaden errichtet: „Solidarität mit allen bedrohten Räumen! Greift ihr den Köpi-Platz an, gibt es Stress!“ 16.10.: Nach der Räumung des Köpiwagenplatzes gibt es viele wütende Reaktionen: Bei der Demo wenige Stunden nach der Räumung gibt es entschlossene Angriffe auf die Bullen. Hochpreisige Autos gehen kaputt, Läden und Co-Working-Spaces müssen dran glauben. Der Hauptsitz von Akelius geht wieder in die Brüche, das Hotel Orania wird im laufenden Betrieb eingeknallt. Später werden noch eine Sparkasse, eine Sparda-Bank und ein Vonovia Fahrzeug mit Farbe und Hämmern angegriffen. Auch die Scheiben eines Covivio Büros mussten dran glauben. 16.10.: In Nürnberg wird ein DB-Schenker LKW angezündet: Das Unternehmen DB Schenker verdient sein Geld unter anderem mit der Logistik für NATO Streitkräfte und ist für Rüstungstransporte an die Türkische Armee mitverantwortlich. 18.10.: In Hamburg wird das neue Büro des Co Working Netzwerks Impact Hub in Altona um einige Scheiben er-

abgeordneten Domscheit-Berg hochgeladen wird. Es zeigt die Politikerin bei einer Demonstration, ausgerechnet gegen Massenüberwachung. Nach viereinhalb Sekunden zeigt die Software rund 60 Bilder an, auf denen sie Domscheit-Berg vermutet.

Dass Technologie zur Gesichtserkennung wirklich eingesetzt werden könnte, um Teilnehmer_innen von Demonstrationen zu ermitteln, machte die Hamburger Polizei vor. Im Zusammenhang mit den Protesten am Rande des G20-Gipfels sammelte sie großflächig Bild- und Videomaterial. Schließlich ließ eine Sonderkommission über mehr als 30.000 Aufnahmen eine entsprechende Software laufen, die nach Gesichtern suchte.

In Moskau ist Gesichtserkennung im Alltag schon Realität. In der russischen Hauptstadt, wo immer wieder Teilnehmende politischer Demonstrationen verhaftet werden, analysiert die Software einer Firma namens FindFace Aufnahmen von öffentlichen Überwachungskameras.

Anfang 2021 wurde bekannt, dass der damalige Innenminister Horst Seehofer mit dem neuen Bundespolizeigesetz sogar eine automatisierte Gesichtserkennung in öffentlichen Räumen einführen wollte. Nachdem der CSU-Politiker auf Gegenwehr stieß, zog er den Vorschlag zurück. Spätere Äußerungen vor allem aus Unionskreisen deuten aber darauf hin, dass eine Umsetzung womöglich nur aufgeschoben sein könnte.

Auch das Weißbuch zur KI-Strategie der EU-Kommission sieht keine gesonderte Regulierung von Technologien zur Gesichtserkennung vor. Ein

Moratorium, um Zeit zur Risikobewertung zu gewinnen, verhängte die Kommission trotz anfänglicher Überlegungen nicht.

Schlussbemerkung

Wer sind die Menschen, die hinter der Entwicklung von Gesichtserkennungssoftware stecken? Wer sind Łukasz Kowalczyk und Denis Tatina? Was treibt sie um, außer Geld scheffeln? Die chinesische Regierung will vor allem Bevölkerungskontrolle. Hinter Clearview Ai stecken us-amerikanische Faschisten, u.a. der Milliardär und ehemalige Facebook-Mitbegründer Peter Thiel. Für den arbeitet jetzt übrigens ganz offiziell der ehemalige österreichische Kanzler Sebastian Kurz. Die Kontakte haben schon vorher bestanden. Clearview AI war ursprünglich entwickelt worden, um Menschen nach rassistischen Kriterien zu identifizieren. Es gibt keine „neutrale“ Entwicklung von Gesichtserkennung. Staaten, Konzerne und Faschisten arbeiten hier Hand in Hand. Auch wenn es hin und wieder gelingt damit auch Nazis zu identifizieren, bleibt der Nutzen für emanzipatorische Bewegungen meilenweit hinter dem Schaden zurück, den Gesichtserkennung anrichtet.

Auch wenn die Erfüllung der Forderung wenig realistisch erscheint: Seht zu, dass besser keine Fotos von euch mehr im Netz landen. Wir sehen uns – analog.

anonym

Web3

Das Internet des Eigentums, das es zu verhindern gilt
Dezentralität als leerer Fetisch

Ein Netz, in dem nicht mehr die großen Plattformen alles beherrschen: Das ist die vorgebliche Visionen des sogenannten Web3. Mit dem Versprechen: „Wir erobern das Internet von den großen Plattformen zurück, die es wie Feudalherren beherrschen“ soll uns das Web3 zu gleichberechtigten Inhaber*innen eines freien Netzes machen.

Bisher unterliegt jeder Kommentar auf Facebook, jedes Selfie auf Instagram und jedes auf YouTube veröffentlichte Video weitgehend den Nutzungsbedingungen von Facebook, Google und Co. Wer diese Inhalte nutzen, wer Kopien erstellen und wer sie löschen darf, bestimmen die Plattformen, auf denen sie geteilt und veröffentlicht werden. Das Web3 soll das ändern, indem es jeden denkbaren digitalen Inhalt in eine spezielle, dezentrale Datenstruktur einträgt, die eindeutig ihrer Urheber*in

zugeordnet ist und zunächst keine nachträglichen Änderungen oder Löschungen mehr zulässt, kurz: Blockchains. Sie bilden Rückgrat und Fundament des Web3. „Web3“ ist dabei ein Sammelbegriff, in dem viele technische Konzepte und politische Motive zusammenfließen.

So wie im analogen Kapitalismus jedes Stück Land in ein Grundbuch eingetragen wird, werden im Web3 digitale Inhalte in Blockchains eingetragen und einer „Besitzer*in“ zugeordnet. Inhalte können auch übertragen werden, den „Gegenstand“ einer Transaktion nennt man Token. Im Web3 kann alles ein Token sein: Ein Tweet, ein Blog-Kommentar, ein Emoji oder der Hut einer Spielfigur in einer Onlinewelt. In den Medien ist im Moment vor allem von sogenannten „Non Fungible Tokens“ (NFT) zu lesen. Mit ihnen sollen „Verfügungsrechte“ an digitaler Kunst zertifiziert werden.

leichtert. „Wir wollen euren grünen, aufgehübschten Kapitalismus nicht.“ 19.10.: In Berlin Kreuzberg brennt ein Amazon Transporter. 19.10.: In Lübeck wird ein Mercedes in Solidarität mit der Köpi den Flammen übergeben: Wagenplätze statt Parkplätze. 22.10.: In Stuttgart gibt es Glasbruch und Buttersäure für das Büro von Reinhard Löffler. Der CDU Politiker hatte als Anwalt Nazis der Möchtegern-Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ verteidigt und sich an der rechten Prozessbegleitung aktiv beteiligt. 23.10.: In Pforzheim wird nach dem Urteil gegen Jo und Dy das Amtsgericht mit Farbe markiert: „Free Jo & Dy“ 23.10.: Nach den Demonstrationsverboten in Leipzig gab es einige wütende Antworten: Um 9 Uhr morgens gibt es eine Sponti durch Schönefeld: Ein Vonovia Büro, ein Deutsche Bank und meherer Firmenautos müssen dran glauben. Im Leipziger Süden brennen fünf Fahrzeuge vor einem Autohaus. Auch an anderen Stellen werden Autos angezündet. In der Bornaischen Straße brennen Barrikaden, die Bullen werden mit Steinen

Alles, was Personen im Web3 tun, lässt sich als Token zuordnen und übertragen. Die Inhalte, die Menschen auf Facebook, Instagram und TikTok posten, gehören – so die Idee – dann endlich ihnen statt den Plattformen. Das Web3 lockt also mit dem Versprechen von Freiheit und Autonomie.

Im Web3 zählt einzig und allein der Besitz des korrekten Tokens. Das Web3 ist ein Web des Eigentums.

Jedes Objekt gehört irgendwem, jedes Objekt kann getauscht und gehandelt werden. Man kann sogenannte „Smart Contracts“ implementieren, die ihrer Nutzer*in Geld auszahlen, wenn ein Unternehmen ihre persönlichen Daten nutzen möchte. Auch die Entwicklung von Ideen, Aufgaben und Tätigkeiten lässt sich so inwertsetzen. Das Web3 ist die Ausweitung der Idee des freien Markt auf alles, was sich digital abbilden lässt.

Historisch erinnert das Web3 an die Aneignung ehemals eigentumsfreier Bereiche, die dann zu einer Konzentration von Eigentum in der Hand weniger geführt hat. Im 16. und 17. Jahrhundert etwa führte die eigentumsrechtliche Einhegung von landwirtschaftlichen Gemeindeflächen durch feudale Grundherren in England zu einer immensen Konzentration von Eigentum bei wenigen und zu großer Armut in der allgemeinen Bevölkerung. Diese Konzentration von Verfügungsgewalt in der Hand weniger wird von Marx als „Ursprüngliche Akkumulation“ bezeichnet. Das Web3 ist nichts anderes als der Versuch, diese ursprünglichen Akkumulation auf immer weitere Teile unseres Lebens auszudehnen. Dazu müssen möglichst alle gesellschaftlichen Beziehungen durch Tokens und Smart Contracts geregelt werden.

Es gibt wenig Anhaltspunkte dafür, dass das digitale Eigentum des Web3 nicht in gleicher Weise ungleich verteilt sein wird wie das Eigentum an Land und Unternehmensanteilen in der analogen Welt. Das neue Internet wird den gleichen Investor*innen gehören wie das alte, mahnt der ehemalige Twitter-CEO Jack Dorsey.

Alein die technische Möglichkeit, im Web3 digitale Inhalte eindeutig einzelnen Eigentümer*innen zuzuordnen, heißt nicht, dass dieses „Eigentum“ auch bei ihnen bleibt. Es braucht daher nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie meine Tweets, Likes und Stories, mein Profilbild oder meine Spielfigur zwar zunächst mein Eigentum sind, aber im Rahmen von Nutzungsbedingungen unmittelbar an die großen Plattformen übertragen werden müssen. Mein in Blockchains erfasst digitales Leben gehört eben nur so lange mir, wie ich auf Reichweite verzichte und mich nicht von Twitter, Facebook oder YouTube zwingen lasse, es in Form von Tokens an die Plattformen zu übertragen und mich damit wieder in die gleichen Abhängigkeiten zu begeben.

Das Web3 ist ein politisches Projekt: Den Menschen beizubringen, dass wirklich alles Eigentum ist, was ge- und verkauft werden kann, ist eine



rechte Idee. Nahezu jede soziale Interaktion soll als Transaktion in der Blockchain abgebildet werden. Die Vorstellung, die Komplexität unseres sozialen Lebens auf Transaktionen in einer Datenstruktur zu reduzieren, ist ein Ausdruck autoritären Denkens, auch wenn das Web3 dabei stets Freiheit und Autonomie der Individuen betont. Das Versprechen lautet: Die Blockchain schafft eindeutige Definitionen und transparente Regeln. So bringen wir alles Unbestimmte, Uneindeutige und Unvorhersehbare ein für allemal unter Kontrolle - indem es nicht mehr existieren kann.

Die Web3-Blase möchte uns noch weiter individualisieren und alle Teile unserer digitalen (und idealerweise auch analogen) Persönlichkeiten in Spekulationsobjekte verwandeln. Politik möchte sie durch einen halb-automatischen Anlagenhandel ersetzen. Im Web3 gibt es keinen Platz für „Politik“ im Sinne von öffentlichen Räumen, in denen Menschen diskutieren, um einen gemeinsamen Kompromiss auszuhandeln. Letztendlich geht es um die vollständige „Vereindeutigung“, Finanzialisierung und Entpolitisierung unseres Lebens, ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Konsequenzen.

Das Web3 verspricht eine wiederzugewinnende „Gerechtigkeit“ unter dem Oberbegriff „Dezentralität“. Aber es nutzt diesen Begriff nur als leeren Fetisch und Ersatz für notwendige Diskussionen über tatsächliche Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Teilhabe. Dezentralität ist eine hohle Idee, eine Nebelkerze, die verstecken soll, dass die Web3-Gemeinschaft keine Antworten auf Fragen nach Gerechtigkeit oder auch nur auf das Problem der Monopole im Internet hat. Das Web ist nicht wegen der zu Grunde liegenden Technologie zentralisiert. Jede*r kann auch heute schon die eigenen Inhalte z.B. in einem Blog auf dem eigenen Server online zu den eigenen Bedingungen bereitstellen. Aber die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen wirken auf eine Zentralisierung bei wenigen großen Plattformen hin. Und das werden sie auch in einem Web3.

anonym

beworfen. In der Kantstraße wird eine Bankfiliale mit Teer und Steinen angegriffen. **24.10.:** In Naumburg wird ein AfD Büro angegriffen: Das Schau- fenster geht zu Bruch und wird eingefärbt. **26.10.:** In Bremen fliegen Steine gegen ein die Scheiben eines Immobilienbüros in Fersenfeld. **26.10.:** In Leipzig fliegen Steine gegen eine Bankfiliale. **28.10.:** In Leipzig wird ein Auto der Firma Thyssen-Krupp gründlich zerstört: Alle Reifen wurden zerstochen, die Karosserie mit Farbe versehen und das Auto entglast. „Thyssen-Krupp verdient mit Rüstungsgeschäften u.A. mit und in der Türkei sein Geld und ist deshalb zu unserem Angriffsziel geworden.“ **28.10.:** In Kiel fliegen Farbbeutel gegen das neue Möbelhaus Höffner. Die Fläche auf der das Möbelhaus steht war vorher eine intakte Grünanlage. Höffner hat aber nicht nur diese zerstört sondern hat im Zuge der Bauarbeiten auch noch die sogenannte „Ausgleichsfläche“ gerodet. **01.11.:** In Leipzig fliegen Steine und Farbe gegen ein saniertes Mehrfamilienhaus – hinter der Sanierung steht eine inter-

Ausgeknipst - NPD-Treffpunkt sitzt im Dunkeln

Linke Aktivist:innen sägen Strommasten ab

Der Hof Nahtz in der Nähe von Eschede gilt schon lange als Treffpunkt der rechtsradikalen Szene in Norddeutschland. Seit Jahrzehnten werden dort Sonnenwenden und Erntedank-Feste gefeiert. Nun haben linke Aktivist:innen den NPD-Anhängern den Strom gekappt.

„Wer Menschen auf Grund körperlicher Merkmale den Tod wünscht, hat entscheidende Entwicklungen in der Gesellschaft verpasst und sollte nicht die Möglichkeit bekommen dieses gefährliche Gedankengut auch noch zu verbreiten“ erklärt der Aktivist Tom Harding die Aktion.

Schon seit vielen Jahren wehrt sich die Region im Netzwerk „Südheide gegen Rechtsextremismus“ gegen verschiedenste Treffpunkte und Aktivitäten der NPD und ihrer Anhänger. Ihnen ist es wichtig hinzuschauen und darauf aufmerksam zu machen, dass Rechtsradikale in der Region immer wieder versuchen zunächst als gutbürgerliche Deutsche vor Allem auf junge Menschen zuzugehen, so beispielsweise in Sportvereinen. Nach einiger Zeit, wenn die Beziehungen gefestigt sind offenbaren sie dann erst das gesamte Ausmaß ihrer von Hass und Gewalt geprägten Ideologie.

Der Hof Nahtz steht wie kaum ein anderer Ort in Norddeutschland für die menschenverachtende Gesinnung der NPD. Hier vernetzt sich die

rechtsextremistische Szene seit Jahrzehnten. „Die Heimattreue Deutsche Jugend, eine Nachfolge-Organisation der verbotenen Wiking Jugend, die sich positiv auf die Hitler-Jugend und den Bund deutscher Mädel bezieht, traf sich hier mit hunderten Teilnehmern.“ erzählt ein weiterer Teilnehmer der Aktion, der seinen Namen lieber nicht in der Zeitung lesen möchte.

Auch große Rechtsrock-Konzerte wurden auf dem Hof veranstaltet. 2017 fand eine rechte „Messe“ statt, auf der sich unter Anderem Reichsbürger, Identitäre Bewegung, Völkische Siedler und Kameradschaften mit Ständen präsentierten.

Das Risiko, dass möglicherweise weit mehr Leute als nur der Neonazi-Hof von einem Stromausfall betroffen sind gingen die Aktivist:innen bewusst ein. „Wir möchten uns bei eventuell betroffenen Anwohner:innen auf jeden Fall entschuldigen und hoffen, dass sie Verständnis dafür haben, dass ein kurzfristiger Stromausfall ein eher geringes Opfer ist, um den Neonazis langfristig den Strom zu kappen, erklärt Harding den waghalsigen Schritt die Strommasten auf dem Weg zum Hof zu fällen. Ob der Strom dabei wirklich ausfiel lässt sich nicht sagen, da die Masten durch die Aktion lediglich um fielen ohne dabei die Leitungen zu zerstören.

LE: Ein Fazit zu den letzten Sponti-Versuchen, die über Signal mobilisiert wurden!

Dieser Text ist aus Leipziger Perspektive geschrieben, bezieht sich auf vergangene Spontis in der Stadt und die Einladungspolitik zu diesen per Smartphone-Messengerdienst Signal. Vieles lässt sich auch auf andere Städte übertragen und darf dort auch gerne verbreitet werden!

Smartphones und Messengerdienste/Signal

Wird Signal komplett richtig gebraucht, ist die technische Sicherheit des Messengers aktuell vielleicht gegeben. Wir wissen es nicht und vermutlich wissen es die meisten Nutzer_innen auch nicht. Wer von uns versteht schon diese Quellcodesachen bzw. den Stand der Gegenseite? War nicht Telegram auch lange en vogue bis sich im Nachhinein die Unsicherheit herausstellte? Können wir wirklich einfach zum nächsten „sicheren“ Messenger wechseln und darauf warten, in welchem kommenden Verfahren uns oder anderen auch dieser um die Ohren fliegen wird?

Noch entscheidender als die (Un-)Sicherheit des Messengers an sich ist die dauerhaft richtige Anwendung der Smartphones mit dem die meisten Nutzer_innen Signal nutzen. Erst dann kann die technische Sicherheit überhaupt greifen. Ständige Updates, Verschlüsselung, Trennung von Politisch und Privat, das Smartphone jeden Abend ausschalten, nicht mit sich herumtragen... Verhalten sich viele Leute so? Keineswegs. Abgesehen davon, dass all dies Vielen nicht alltagstauglich erscheint, wird die Thematisierung von Sicherheit und Antirepressionsmaßnahmen präventiver Art sich zu oft gespart. Der Aufwand dafür ist groß, auch wenn eine_n die meistmännlichen Techno-Spezialisten stets versichern, „dass das alles ganz einfach“ sei. Einfach ist das nicht, muss aber trotzdem gemacht werden. Die Antirepressionsarbeit danach – wenn die Bullen erstmal mitlesen – ist um ein Vielfaches größer. Bullen und Schlapphüte haben Spezialist_innen, die für sie Trojaner, Onlinedurchsuchungen, Telekom-

national agierende Immobiliengruppe, die sich mit Projektentwicklungen, Bestandssanierungen und der Schaffung von neuem Wohnraum beschäftigt. **04.11.:** Es gibt bundesweit Adbusting Aktionen zum 10. Jahrestag der Selbstenttarnung des NSU. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es Tapeten und Bannerdrops. **06.11.:** Farbangriff auf den Neubau des Nürnberger Amtsgerichts in Solidarität mit Jan. **07.11.:** Sponti nach dem Tod von Giorgios Zanioti in Wuppertal. **08.11.:** Bullenwache in der Bremer Neustadt wird mit Farbe und Steinen angegriffen. **10.11.:** Bannerdrop vom Polizeipräsidium Aachen in Solidarität mit inhaftierten Klimaaktivist*innen. **10.11.:** Das im Bau befindliche Lagerhaus von Gorillas im Schlachthofviertel in Berlin wird angegriffen. **11.11.:** Hausbesuch bei Neonazi im Vorfeld der Demonstration in Wunsiedel. **14.11.:** Angriff gegen die Kammer für Handel und Industrie Schweiz-Türkei in Genf in Solidarität mit Andi. **14.11.:** In Solidarität mit Dy und Jo wurde das neue Amtsgericht Tübingen mit Farbe angegriffen. **16.11.:**



munikationsüberwachung, Hacking, Metadatenbewertung und all die ganzen Sachen machen. Wir sind nicht schlauer als diese!

Die technische und auch die menschliche Sicherheit eines Smartphones sind also nicht gegeben. Es gibt genug Einfallstore ein Smartphone mitzulesen, abzuhören etc.. Die Zugänglichkeit erleichtert sich mit der Nutzung von Google-Konten, keiner oder nur schlechter Verschlüsselung, Sim-Karten und IMEI-Nummern (Hardwarenummer des Mobiltelefons, die stets mitgesendet wird), die auf existierende Personen laufen, usw.. Die Liste an Problemen ist lang, sehr lang! Und selbst wenn das individuell beachtet wird, all die Sicherheitsstandards eingehalten und Vorsichtsmaßnahmen getroffen sind, kann sich nicht in Sicherheit gewogen werden.

Es reicht EIN "unsicheres" Smartphone in Euren Signal-Netzwerken und die Kommunikation liegt offen! Die gesamte Kommunikation. Alle beteiligten Nummern, alle versendeten Nachrichten. Denken wir zusätzlich an all die Hausdurchsuchungen der letzten Jahre und an all die dabei eingesackten Endgeräte. Noch eingeschaltete Smartphones wurden und werden sofort an Energiequellen angeschlossen, um sie später noch knacken bzw. einfach Kommunikation mitlesen zu können. Das Knacken eines Apple-Smartphones durch eine in München ansässige Firma kostet aktuell 1400 Euro. Ob nicht auch all die andern (Betriebssysteme auf) Smartphones bereits gehackt werden können und die Bullen auch diesen Service einkaufen, wissen wir nicht. Wir sollten aber zumindest von der Möglichkeit ausgehen.

Die Cops

Auf einer der letzten Spontis in der Stadt (und auch schon auf mindestens einer davor) waren Bullen vor uns am Startpunkt, ein Sammeln war

nicht mehr möglich. Wir gehen davon aus, dass die "Signal-Struktur" auf irgendeine Art und Weise infiltriert ist. Ob technisch oder personell, vermutlich werden wir es, wenn überhaupt, erst in ein paar Jahren durch irgendeinen Aktenvermerk wirklich nachvollziehen können.

Wir können noch verstehen, wenn Signal im Privaten genutzt wird. Darüber für Spontis zu mobilisieren halten wir für falsch und gefährlich. Ja, eine Spontidemonstration ist per se erstmal nicht verboten und mag als nicht so relevant gesehen werden. So wie wir die Spontis hier in der Stadt verfolgen – und wie wir sie uns auch wünschen – soll meist keine angemeldete Demo folgen, sondern ein empowernder Mob die vorhandenen Spielräume nutzen, um auch in Konfrontation (z.B. mit den Cops) zu gehen. Es kommt doch hoffentlich auch niemand auf die Idee eine nächtliche militante Kleingruppen-Aktion über Signal zu koordinieren. Warum dann Spontis?

Machen wir uns nichts vor. Die Zeiten in denen es funktionierte, sich vorher zu überlegen, welches Strafmaß oder welche Folgen Eine_n im dümmsten Falle so blühen könnte, sind in dieser Stadt vorbei. Auch wenn es um die Abgabe von DNA geht, braucht es dafür schon lange keine brennenden Karren oder schwerverletzten Nazis mehr. Die Teilnahme an einer solchen Sponti und schon geringeres sind ausreichend, um schwerwiegende Repressionsmaßnahmen auszulösen. Dies steht im Widerspruch dazu, dass die Sicherheitsstandards der Szene (z.B. durch Smartphones) gesenkt werden.

Die Presse

Nicht nur die Cops waren zu oft schon erstaunlich früh dabei. Bei den letzten Spontis ist uns aufgefallen, dass stets L-IZ-Journalist_innen von An-

Polizeiwache in Rostock wird mit Farbe angegriffen. 16.11.: Farbangriff und „#Fight4Rojava“ Graffiti bei der Firma MB Microtec AG in Bern. 16.11.: Farb-angriff auf Thales Defence in Zürich in Solidarität mit Andi. 20.11.: Banner Drop am alten AOK Gebäude in Berlin-Schöneberg gegen Gentrifizierung und Kapitalismus. 21.11.: Trauerkranz der AfD in Magdeburg angezündet. 22.11.: Drei Fahrzeuge der Grauen Wölfe in Frankfurt am Main angezündet. 23.11.: Zum Black Friday wurden 9 Geldautomaten mit Sekundenkleber und Geschenkkarten unbrauchbar gemacht. 24.11.: Mehrere Autos des Rüstungsunternehmens OHB SE in Bremen angezündet. 24.11.: Transporter von Siemens in Hannover demoliert und Schriftzug „No al,Tren Maya“. 25.11.: Adbusting in Berlin zum Jahrestag der Inhaftierung von Ella. 25.11.: PKK Fahne über der Eisenstraße in Neukölln aufgehängt. 25.11.: Sabotage von Kohleinfrastruktur in der Lausitz, mehrere Bagger und Fahrzeuge stillgelegt. 25.11.: Die Garnholter Büsche im Ammerland sind wieder besetzt. 25.11.:

fang an anwesend waren. Zum Einen ist die L-IZ ein liberales Drecksblatt, das sind keine Genoss_innen oder Freunde_innen, denen wir vertrauen. Zudem gab es in der Vergangenheit L-IZ Journalist_innen, die drohten Bilder von Demo-Teilnehmern_innen zu veröffentlichen. Die Presse ist nicht unsere Verbündete. Die Journalist_innen (auch der L-IZ) werden immer zuerst sich selbst schützen und ihr Material an die Schweine weitergeben, bevor sie ihren Lebensunterhalt riskieren. Entweder gibt es einen Kreis, der die Journalist_innen einlädt oder wir könnten auch hier davon ausgehen, dass eben diese Journalist_innen mit in den Signal-Netzwerken hängen.

(Un-)Sicherheit

Angesichts der oben genannten Punkte halten wir die Signal-Spontis für sehr unsicher. Daher haben wir entschieden, nicht mehr an Spontis teilzunehmen, die über Signal mobilisiert wurden. Auch wir gehören zur Krawall- und Remmidemmi-Fraktion und freuen uns über jeden größeren Haufen. Unsere Haut ist uns zu schade, als das wir auf alle Sicherheitsstandards scheißen für schlecht vorbereitete Spontis mit ungewissen Ausgang ohne politisch durchdachte Wirkung. Auch so eine Sache, die sich erst richtig entfaltet, wenn sich von Angesicht zu Angesicht organisiert wird.

Das oft gehörte und einzige Argument für die Nutzung von Signal ist die potentielle Reichweite. Eine Signalnachricht ist schnell weiterverbreitet, das Smartphone lädt dazu ein, schnell und nebenbei Nachrichten (z.B. Spontimobilisierungen) weiterzuleiten. In solche Aktionen werden dann aber Personen hineingezogen, die nicht wissen, was für Sachen wie vorbereitet werden, die nicht wissen, was für ein Strafmaß das Ganze mit sich bringt, da die Einladung nicht mehr auf Vertrauensnetzwerken basiert.

Smartphones und ihre Software sind sowohl zum Weiterleiten und Teilen, als auch zum Aushorchen und zum Überwachen gebaut worden. Und so sind sensible Nachrichten schnell bei irgendwem, der es an irgendjemanden weiterleitet. Zur Erinnerung: EIN unsicheres Smartphone reicht! Und alle müssen mit den Konsequenzen leben. Vertrauensnetzwerke, die sich gemeinsam über präventive Abwehr und Antirepressionsarbeit Gedanken machen, sind das nicht mehr. Ankündigungen für gemeinsam begangene Straftaten werden auf offensichtlich viel zu viele Smartphones in der Stadt gesendet.

Das geschieht unserer Ansicht nach unbeabsichtigt, aber in voller politischer Ignoranz dessen, was das für Folgen hat und haben könnte (Repression, Repression, Repression, sozialer Abstand, Abstand, Abstand). Parallel dazu sehen wir, wie mit zunehmender Repression die Antirepressionsarbeit vernachlässigt wird bzw. sie nicht Schritt hält. Schnelle Mobilisierung

bedeutet in den meisten Fällen auch mangelnde Antireparbeit, weil die menschliche, soziale Struktur, aus der sich die solidarischen Antirepressionsgruppen bilden, gar nicht erst entsteht, weil zwischen den Menschen ein Smartphone hockt. Daher halten wir das Reichweiten-Argument für unverantwortlich und kontraproduktiv. Gerade angesichts der Tonnen an Repression und dem Mangel an solidarischen Strukturen in dieser Stadt.

An dieser Stelle Danke an alle, die bei den Hausdurchsuchungen vor Ort sind, denjenigen die nachts Stunden vor der GeSa warten, die alle möglichen Arbeiten für Repressierte übernehmen und sie emotional, sozial und ökonomisch stützen, damit sie bald wieder Seite an Seite mit uns kämpfen können.

Schluss

Wir halten es dennoch für legitim auf Reichweite von Informationen und auf "Masse" zu setzen. Auf uns müsst ihr aber verzichten, wenn ihr den Weg des arbeitssparenden Technologieeinsatzes wählt, der die Anwendung und ihre Folgen nicht wirklich mitdenkt, geschweige denn sich zu diesen verhält. Lieber würden wir in Euch Vertrauen setzen und in Zukunft gemeinsam mit Euch kämpferisch durch die Straßen ziehen. Dafür benötigt es aber gute reale Beziehungen untereinander. Die wachsen langsamer als eure Signal-Kontaktlisten, überstehen dafür aber auch die schweren Schläge der Repression und des Lebens.

Bildet Banden und vernetzt euch im Real-Life, dann könnt ihr auch auf Signal im politischen Gebrauch verzichten!

Solidarische Grüße

*die Freund_innen von Tails und Jabber
20. Februar 2022*

P.S.: Wir sind nicht nur ein paar Unzufriedene, sondern mehr als 30 Leute, die sich über die Themen dieses Textes lange Gedanken gemacht haben. Wir haben in echt und von Angesicht zu Angesicht diskutiert und analysiert und sind zu diesem politischen Schritt gemeinsam gelangt.

Wir halten die aufgeklärte und disziplinierte Nutzung eines Tails-Computer ohne Festplatte etc. und die Nutzung von Jabber über einen Tails-Computer für weiterhin einigermaßen sicher. Unter: <https://capulcu.blackblogs.org/> findet ihr alles, was ihr dafür braucht. Es gilt aber auch hier: Die ganz spannenden Sachen nur von Angesicht zu Angesicht! Updates! Immer schön ausschalten! Und so wenig wie möglich, besser gar nichts, speichern! Keine Namen, keine Strukturen! Verifikationsmethoden und Vertrauensnetzwerke nutzen!

Feministischer Hausbesuch bei BAMF-Chef in München. 25.11.: In München wird das Privatauto einer Polizistin abgebrannt. „gerade erst wurde in rotterdam auf randalierende geschossen, in münchen auf eine person die sich nicht aus ihrer wohnung zwangsräumen lassen wollte, in wuppertal wurde vor kurzem jemand von den bullen ermordet und in nürnberg sitzt jemand im knast für das anschreien von bullen. zeit zurückzuschlagen!“ 26.11.: Im Braunkohleabbaugebiet der Lausitz wird verschiedenste maschinelle Infrastruktur sabotiert. Die Aktivist*innen entfernten dazu einfach die Luftfilter. 26.11.: Farbkugeln und Graffiti gegen das Haus der Burschenschaft Sudetia in München. 26.11.: Steine und Farbe auf das Haus der Burschenschaft Germania Kassel. 27.11.: Ein Strabag Fahrzeug am Standort Köln angezündet. 27.11.: In Athen wird eine besetzte Bullenwache mit Mollies attackiert. Der Eingang und das Wärterhäuschen werden dabei zerstört. 28.11.: Farbbeutel Angriff auf die Wurzelküche in Dresden nach geplanter anti-

HH: Observationen gegen Anarchist*innen

Im November 2021 erhielten drei Hamburger Anarchist*innen die Benachrichtigung, in zwei verschiedenen Zeiträumen vom Hamburger Staatsschutz des LKAs observiert worden zu sein. Die Maßnahmen stehen in Kontinuität des sogenannten „Parkbankverfahrens“. Auch ist es wahrscheinlich, dass die Betroffenen von den Behörden als „Gefährder“ betrachtet werden.

Die Benachrichtigung enthielt neben den Zeiträumen – einige Monate im Winter 2020/2021 und zwei Wochen im Spätsommer 2021 – auch die jeweiligen Aktenzeichen und Informationen über die Maßnahmen. Dies waren laut dem Schreiben die „längerfristige Observation“ und die „Datenverarbeitung durch technische Mittel“, den angeführten Paragraphen zufolge lediglich „ausserhalb von Wohnungen“. Es wurde daraufhin Akteneinsicht beantragt – das Ersuchen wurde beantwortet durch die unter anderem aus dem Parkbank-Verfahren bereits bekannte Polizeibeamtin Rönck vom Staatsschutz beim LKA Hamburg, die einem Briefkopf zufolge beim Staatsschutz für „Operatives und Gefährdermanagement“ zuständig ist.

Die Maßnahmen waren präventive Maßnahmen zur Gefahrenabwehr im Sinne des „Gesetz über die Datenverarbeitung der Polizei (PolDVG)“. Die Polizei ist theoretisch (also gesetzlich) verpflichtet, Betroffene innerhalb eines Jahres nach Beendigung der Maßnahme zu informieren – es sei denn, ein Gericht genehmigt den Aufschub der Benachrichtigung nach 12 Monaten oder aus der Maßnahme hat sich ein Ermittlungsverfahren „entwickelt“. Oder die Cops wollen die Benachrichtigung einfach unterlassen – dann benachrichtigen sie eben nicht, können die Erkenntnisse dann zwar (theoretisch) nicht offiziell verwenden, aber dass sie sich an ihre eigenen Gesetze halten ist weder zu erwarten noch wäre es beruhigend.

Den in den Benachrichtigungen enthaltenen Informationen ist ebensowenig zu trauen wie denen, die wir dann in zur Einsicht beantragten Akten vorfinden – insbesondere weil des Informationen sind, die uns die Bullen schlussendlich freiwillig geben, also geben wollen. Es ist also davon auszugehen, dass weder Zeiträume, eingesetzte Mittel noch Umfang der erhobenen Daten (Observationsprotokolle etc) tatsächlich vollständig oder korrekt sind. In einer der uns vorliegenden Akten war zum Beispiel keine einzige Seite Observationsprotokoll vorhanden – deswegen davon auszugehen, dass die Bullen eine gerichtlich genehmigte Maßnahme einfach sein haben lassen wäre ziemlich naiv. Mit den Akten, die auf diesem Wege erlangt werden ist unserer Meinung nach entsprechend vorsichtig umzugehen.

Es darf unserer Ansicht nach ganz grundsätzlich die Frage gestellt werden, ob sich solche Polizeiprosas überhaupt in vollem Umfang angesehen

werden sollte. Was erhoffen wir uns von der Lektüre des Ergebnisses so schmutziger Eingriffe in unsere Leben? Welchen Raum wollen wir Dingen geben, die die Bullen für uns zusammengestellt haben? Was schauen wir uns an, was lassen wir auch gezielt aus, um diesen Dingen das vorgesehene „Publikum“ zu verweigern?

Klar, es können aus den meisten Akten Informationen gewonnen werden, wie die Behörden gegen uns und damit vermutlich auch andere Vorgehen, dieses Wissen ist wichtig weiterzugeben. Gleichzeitig geben sie natürlich auch nur das weiter, was sie weitergeben wollen. Wie aber mit dem Spagat umgehen, dass es einmal sehr eklig sein kann, solche Texte über das eigene Leben zu lesen, es ihr Blick auf unser Leben ist, es etwas mit uns machen kann und gleichzeitig aber wichtig ist, die Informationen, die sich aus genau diesen Zusammenstellungen gewinnen lassen, weiterzugeben?

Immerhin handelt es sich um gegen den Willen von Individuen festgehaltene, durch Bullen interpretierte Momente, die eigentlich nur zwischen den Menschen existieren, die sie erlebt und miteinander geteilt haben. Wir wollen im Folgenden versuchen, einen Einblick in die uns vorliegenden Informationen zu geben. Nicht nur weil wir denken, dass die Informationen hilfreich sein können – sondern auch, um mit einem kollektiven Umgang mit der Betroffenheit von solchen An- und Eingriffen zu experimentieren.

Es zeigt sich in den Akten abermals, dass die Bullen und der VS wesentlich damit befasst sind, unsere Beziehungen zu durchleuchten, zu katalogisieren und sich zu bemühen, aus ihnen Gefährdungspotenziale zu konstruieren. Die Information hierüber kann als Versuch gewertet werden, uns einzuschüchtern und Beziehungen schlussendlich zu kriminalisieren – für uns ein Grund mehr, gefährliche Freundschaften zu pflegen, zu intensivieren und der Herrschaft ins Gesicht zu spucken.

Die uns vorliegenden Akten bestehen einerseits aus den Anträgen auf „Datenverarbeitung durch Observation“ (§20 PolDVG) und „Datenverarbeitung durch den verdeckten Einsatz technischer Mittel“ (§21 PolDVG) durch Cops vom LKA namens Rönck, Stacke, Carstensen und Malick und richterlichen Anordnungen durch die Richterin Röckel, die Richter Notmann und Hagge am Amtsgericht. Das Gericht hat in diesem Fall die beantragten Maßnahmen der Bullen ohne Ausnahme genehmigt. Mit einer Neuerung des PolDVG im Jahr 2019 haben längerfristige Observationen nun eine richterliche Anordnung zur Voraussetzung – was offensichtlich keine Hürde für die Bullen darstellt, die Begründungen für die Maßnahmen sind ausgesprochen abstrus, dem Gericht aber mehr als ausreichend.

semitischer Lesung. 28.11.: In Athen wird der türkische Möbelkonzern Istikbal attackiert. Riseup 4 Rojava! 30.11.: Adbusting und Plakataktion gegen die IMK in Stuttgart. 30.11.: Zwei brennende Barrikaden und Angriff auf Nazikneipe und Stadtverwaltung in Leipzig. November: In Solidarität mit den Wet'suwet'en, die ihr Land gegen die Fertigstellung des Coastal Gas Link-Pipelineprojekts verteidigen wird in Southern Ontario (Kanada) an c.a. zwölf Stellen das Schienennetz sabotiert und der gesamte Bahnverkehr lahmgelegt. 30.11.: In Freiburg wird nach der Räumung der Gartenstraße 19 die Haus&Grund Eigentümergemeinschaft mit Farbe beworfen. 01.12.: In Alpes-de-Haute-Provence wird ein Mast der Hochspannungsleitung mit einem Trennschleifer umgelegt. 02.12.: Farbe und Steine treffen die Fenster des Sitzes der Freiburger Stadtbau nach der Räumung der G19 durch die Cops. 03.12.: In Thessaloniki wird eine Filiale der Eurobank angegriffen. 03.012.: In Wuppertal wird ein Sodexo Transporter tiefer gelegt und die Lüftungs-



Als wesentliche Begründungen kristallisieren sich vor allem spezifische Daten, Events und Anlässe heraus, zu denen die Bullen von Leuten wie uns Straftaten zu erwarten scheinen. War das im Parkbank-Verfahren der sich jährnde G20-Gipfel, sind es in den vorliegenden Schreiben Anlässe wie Prozessauftakte, Räumungen, die IAA in München, der Brand in der Zelle des französischen Anarchisten Boris – sogar der 13.12. wird als Tag mit „Reizwirkung“ angeführt. Ferner enthalten sie eine ganze Menge Anlagen, auf die sich in den Anträgen bezogen wird – darunter bereits bekannte Inhalte von Ermittlungsakten vergangener Verfahren, Anklageschriften, Gerichtsurteile, aber auch Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, die z.B. auf der Auswertung von im Rahmen von polizeilichen Ermittlungen beschlagnahmten Datenträgern beruhen.

Insgesamt ist, wie bei solchen Akten üblich, sehr viel geschwärzt. Vor allem Passagen, die sich nicht auf die Betroffenen beziehen oder Verweise auf Dritte. Das natürlich unter dem Vorwand des „Datenschutzes“ – zynischerweise nachdem ohne das Wissen all der betroffenen Individuen in deren Leben eingedrungen, ihnen hintergeschnüffelt wurde. Wie angesprochen besteht ein großer Teil der Arbeit aus dem Nachvollziehen von Reisebewegungen und Beziehungen. In unserem Fall wurde klar, dass schon seit einigen Jahren eine sogenannte „beobachtende Fahndung“ über das „Schengen-Informationssystem“ (SIS II) läuft und auch andere Informationen über beispielsweise Veranstaltungen im europäischen Ausland an die deutschen Bullen übermittelt wurden. In der Praxis führt so eine beobachtende Fahndung nach dem SISII öfter dazu, dass Bullen im Ausland einen Meldebogen ausfüllen müssen auf dem Dinge wie Zweck und Dauer der Reise, Begleitpersonen und genutzte Fahrzeuge vermerkt werden müssen, ein Prozedere, von dem nicht wenige Menschen betroffen sind und von dem wir immer wieder berichtet bekommen.

Auffallend ist, dass wir zwar sehr sicher sind, dass von uns gebuchte Flüge beim BKA aufleuchten, sich diese aber nicht in den Akten wiederfinden. Ob diese Daten nicht automatisch zum LKA gelangen, vom LKA nicht abgefragt werden oder einfach nur nicht in die Akten gelangt sind wurden – wir wissen es nicht und halten alles davon für möglich. Einen weit kleineren Anteil an dem Aktenmaterial haben dann die Überwachungsprotokolle. Bei diesen handelt es sich zum Teil um Observationsprotokolle, zum Teil um Videoauswertungen. Aus diesen Videoauswertungen wird

klar, dass Kameras vor den Wohnsitzen der Betroffenen installiert wurden, um das Kommen und Gehen nachvollziehen zu können. Hier geht es also offensichtlich nicht um die „Live-Überwachung“ zum Zweck der Verhinderung von Straftaten, sondern um das Ausforschen von Alltag und Umfeld. Die Kameras waren mit großer Wahrscheinlichkeit in Fahrzeugen untergebracht, der Winkel eines Fotos lässt zum Beispiel die Vermutung zu, dass eventuell die Rückfahrkamera eines geparkten Fahrzeuges umgebaut und zur Überwachung des Eingangsbereichs verwendet wurde. Die Anzahl dokumentierter tatsächlicher Observations mit Begleitung durch die Stadt ist verdächtig gering und beschränkt sich auf recht banale Vorgänge. Hier ist von Lücken auszugehen. Zum Teil fanden die Observations vermutlich per Fahrrad statt, aber genauere Informationen zu beteiligten Anzahl von Cops, Fahrzeugen und so weiter konnten wir den Protokollen nicht entnehmen, lediglich, dass unterwegs auch Fotos angefertigt wurden und dies vermutlich mit einer hochauflösenden Kamera.

Die uns gegebenen Informationen und vor allem diejenigen, die uns vorenthalten werden geben natürlich vorzüglich viel Interpretationsspielraum. Wir raten dringend dazu, damit ausgesprochen vorsichtig umzugehen. Spekulationen, Vermutungen, steile Thesen schaden mehr als sie nützen. Die Bullen und andere Behörden schauen uns beim Leben und Kämpfen zu – sie observieren uns und sammeln Daten, wo sie nur können, bzw. wo wir sie lassen. Das sind keine neuen Erkenntnisse. Die Einstufung als „Gefährder“ ist keine juristische Kategorie, sondern eine Schublade der Ermittlungsbehörden. Die Maßnahmen, die ergriffen werden, scheinen die gleichen zu bleiben. Weder in den Anträgen noch in den Akten fällt dieser Begriff auch nur ein einziges Mal.

Wir schlagen vor, auch angesichts solcher An- und Eingriffe vor allem Handlungsfähigkeit zu entwickeln – wir ziehen einen offensiven, kollektiven Umgang mit solchen Maßnahmen eindeutig der Variante vor, den Mist einfach mit uns selbst auszumachen. Es ist wichtig, dass wir einander über Einblicke in Vorgehensweisen der Ermittlungsbehörden informieren – auch wenn diese Informationen lückenhaft und mit Vorsicht zu genießen sind. Es ist wichtig, dass wir Repression auch auf dieser Ebene nicht als individuelles Problem begreifen und verhandeln – sie ist nicht bloß ein Angriff auf einzelne, mit bestimmten Fantasiebegriffen der Bullen gekennzeichnete Personen, sondern auf alle, die rebellische Beziehungen

schlitze zugesaut. 03.12.: Eine besetzte Polizeiwache in Athen wird mit Steinen angegriffen. In den Wochen davor wurde der Straßenhändler Babakar Ndiaye bei einer Verfolgungsjagd durch die Cops ermordet. 04.12.: In Toulouse wird die Zeitarbeitsfirma Adeco entglast. Die Aktion solidarisiert sich mit den Aufständischen auf Guadeloupe (frz. Übersee-Kolonie). Seit Wochen werden hier öffentliche Gebäude besetzt, Läden geplündert, Straßen blockiert und Cops angegriffen. Grund dafür ist die Einführung des Green Pass sowie weitere Repression im Zuge der staatlichen Corona Maßnahmen. 04.12.: Der Lauti des Frankfurter Querdenken Ablegers wird vor der Demo tiefer gelegt und mit Farbe besudelt. 05.12.: Der gewalttätige Faschist und AfD Kandidat Hagemann wird in Freiburg mit Bauschaum und Farbe besucht. 06.12.: In München wird aus zahlreichen SUV Reifen die Luft gelassen. Die Aktion Krampus hinterlässt zusätzlich Flyer an den Autos. 07.12.: Ein Bundeswehrtruck brennt auf dem Gelände von MAN in Bremen und beschädigt weitere

und Projekte pflegen. Und es ist wichtig, sich von der Repression nicht verrückt machen zu lassen, gemeinsam einen bewussten, klaren Umgang mit ihr zu entwickeln. Wir wollen uns von der uns betreffenden Repression nicht bestimmen lassen – dazu zählt auch, dass wir nicht in die Rolle von vermeintlichen Expert*innen gedrängt werden wollen. Und ein Mittel hierbei ist es eben, dass auch andere von Repression betroffene Mitstreiter*innen ihre Erfahrungen und Prozesse teilen, wir eben einen kollektiven Umgang mit diesen Dingen entwickeln.

Genauso wie wir uns nicht einschüchtern lassen werden, wollen wir auch nicht abstumpfen und verrohen im Angesicht der Repression. Bleiben wir

im Austausch, hören wir einander zu und seien wir füreinander da. Wir halten es für wichtig, eine klare Position zu beziehen: Wir verstehen die Überwachung unserer und der Leben von Mitstreiter*innen, Freund*innen, Familie, Nachbar*innen... als Angriffe! Uns ist klar, dass diese eine Konsequenz der herrschenden Verhältnisse und unserer Kämpfe gegen diese sind. Und doch bleiben es kontinuierliche Grenzüberschreitungen und Eingriffe in unsere Leben, die uns Angst machen und uns unsere Ideen und Entscheidungen überdenken lassen sollen. Es geht um das Unterbinden von sozialen, von revolutionären Kämpfen. Sie werden scheitern!

Refugium in Venezuela (K.O.M.I.T.E.E.-Verfahren)

Am 2. Dezember 2021 hat die venezolanische Flüchtlingskommission „CONARE“ den Antrag von uns beiden Überlebenden im K.O.M.I.T.E.E.-Verfahren, Peter Krauth und Thomas Walter, auf Anerkennung als politische Flüchtlinge positiv beschieden. Wir haben damit Anspruch auf unbegrenztes Bleiberecht in Venezuela. Wir bekommen Ausweispapiere und können nach Jahren der Unsicherheit und der ständig drohenden Festnahme wieder ein halbwegs normales Leben führen. Vorausgegangen war der Entscheidung der CONARE die Rücknahme der internationalen Ausschreibung „Red Flag“ durch Interpol. Für den dritten Beschuldigten im Verfahren, Bernd Heidbreder, kam die Entscheidung zu spät. Bernd ist im Mai 2021 in Mérida an einem Tumor gestorben.

Der Beschluss der CONARE zeigt, wie auch schon die Annullierung der „Red Flag“ durch die „Comission for the Control of Files“ von Interpol, dass der anhaltenden Verfolgung gegen uns drei von Seiten der deutschen Bundesanwaltschaft (BAW) politische Motive zugrunde liegen. Das K.O.M.I.T.E.E.-Verfahren wäre gemäß den üblichen deutschen Rechtsstandards längst verjährt, aber die BAW hatte sich in unserem Fall 2016 eine juristische Spitzfindigkeit einfallen lassen. Nach 20 Jahren wurde plötzlich in dem Verfahren ein anderer Strafparagraf angewandt. Nicht die Planung des Anschlags soll jetzt verfolgt werden, sondern die diffuse „Verabredung“ für einen nicht stattgefundenen Anschlag auf die Baustelle eines Abschiebegefängnisses in Berlin Grünau im April 1995. Dadurch verlängert sich im Nachhinein die Verjährungsfrist auf 40 Jahre. Beschwerden vor dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wurden nicht angenommen. Wir akzeptieren diese absurde Auslegung von Paragraphen nicht, die lediglich den persönlichen Rachegehlüsten rechtslastiger Fahnder dient. Das Verfahren gegen uns muss eingestellt werden!

Die CONARE hat sich für ihre Entscheidung viel Zeit gelassen. Gesetzlich vorgeschrieben war eine Bearbeitungszeit von höchstens 90 Tagen, gebraucht hat sie dafür fünf Jahre. Man muss kein erklärter Anhänger der venezolanischen Regierung sein, um dieser Entscheidung trotzdem Respekt zu zollen. Wir kennen deren Motive nicht, aber in einem internationalen Kontext, in dem die extraterritoriale Ausübung von Justiz durch die NATO-Staaten immer mehr zum Standard wird, ist die Entscheidung, uns vor politischer Verfolgung durch eines der reichsten Länder der Welt zu schützen, nichts weniger als mutig. Nach unserem Wissensstand sind wir beide derzeit die einzigen Linken weltweit, die Asyl vor der Verfolgung durch die deutsche Justiz erhalten.

Man kann es auch als ein Stückchen historische Gerechtigkeit sehen, dass gerade wir, die wir in den neunziger Jahren für das Recht auf Asyl für Flüchtige aus dem Trikont gekämpft haben, jetzt selbst im Trikont in die Gunst dieses Rechts kommen. Wir wissen das zu schätzen. Und als Betroffene, die über Jahrzehnte die Rechtslosigkeit und ständige Unsicherheit erlebt haben, die die Sans Papiers überall auf der Welt täglich erleiden, wollen wir die Bekanntgabe unserer eigenen erreichten Sicherheit für einen leidenschaftlichen Apell nutzen an alle, die das Privileg haben, innerhalb der Festung Europa zu leben: Setzt euch ein für die, die vor tyrannischen Regierungen welcher Couleur auch immer, vor Verfolgung wegen ihrer Andersartigkeit oder schlicht vor nicht aushaltbaren Zuständen fliehen und bei euch Schutz suchen! Vergesst nie, dass der europäische Wohlstand zu einem guten Teil auf der Misere anderer Weltregionen beruht. Macht euch stark für die Schwachen! Setzt euch ein für das Bleiberecht aller!

Peter und Thomas, in Mérida am 26. 1.22

Informationen zum Verfahren findet ihr hier: <https://www.ende-aus.net>
(Auf spanisch: <https://no-extradicion.site36.net>)

Fahrzeuge. Das Bekenner*innenschreiben richtet sich gegen Abstumpfung im Angesicht immer weiterer Kriegseinsätze der Bundeswehr, das europäische Grenzregime als Folge der Vertreibung von Menschen durch Kriege und die zivil-militärische Kooperation im Alltag infolge der Corona Pandemie. „Wir müssen kotzen.“ 10.12.: In Wien wird der Vereinskeller der Identitären Bewegung mit Farbe markiert. 13.12.: 30 Leute ziehen unter dem Motto „ACAB“ durch Bremen und demolieren ein SPD-Büro. 13.12.: 2 Funkmasten der Bullen brennen in Nürnberg. Auch zwei Tage später sind beiden noch nicht wieder funktionsfähig. 14.12.: In Leipzig werden zahlreiche SUVs und Luxuskarren von der Aktion Krampus entlüftet. 14.12.: Nachdem Giorgos Zantiotis in Wuppertal bei einer Festnahme ums Leben kam, werden in Berlin die Firmen Glow und BWK angegriffen. Die Werbefirma Glow wirbt auch für die Cops, BWK bietet für diese Fortbildungen an. 15.12.: In Athen wird das Haus des Vorsitzenden der Jugendorganisation der Nea Dimokratia,

Von Rom nach Bialystok, über Berlin

Verbindungen zwischen einer anti-anarchistische Operation in Italien mit Berlin

Am 12. Juni 2020 fand in Italien die Operation „Bialystok“ statt. Ein weiterer Angriff auf das anarchistische Milieu, der sich in die lange Tradition der staatlichen Angriffe gegen rebellische Strukturen und Individuen eingliedert. Hauptakteure dieser „Operation“ sind zwei Staatsanwälte und ihre Schnüffler von der ROS – der „Gruppierung für Sondereinsätze“ (Akronym: ROS), das einzige Ermittlungsorgan der Carabinieri mit der Zuständigkeit sowohl für organisierte Kriminalität, als auch für Terrorismus. Mit geballter Faust und viel stümperhafter Detektivarbeit haben sie seit der Buchvorstellung von „Die Anarchisten von Bialystok“ (das Anfang 2018 ins Italienische übersetzt wurde) und dem Brandsatzanschlag gegen eine Carabinieri-Kaserne im gleichen Jahr versucht, persönliche Verbindungen von Gefährt*innen zurecht zu legen und „mutmaßliche Verdächtige“ über Monate komplett überwacht. Dabei kam ein kleiner Berg an Ermittlungsakten zustande, dem es an Fantasie kaum mangelt. Und dennoch – es mag absurd klingen – war das Ergebnis dieser Ermittlungen, dass am Tag der „Operation“ fünf Haftbefehle und zwei Hausarreste vollstreckt wurden. In Folge dessen saßen die verhafteten Gefährt*innen für 9 Monate in U-Haft. Der letzte der vor kurzem entlassen worden ist, Claudio, saß 13 Monate in U-Haft, wobei er sich die meiste Zeit in Einzelhaft befand. Doch wäre es nach den ROS und der römischen Staatsanwaltschaft gegangen, wäre das Ausmaß dieser Operation noch viel drastischer und größer gewesen. Denn eines der angestrebten Ziel der Ermittlungen wurde erst, durch die akribische Auswertung der aktuell vorliegenden Akten, klar.

Ein kurzer Rückblick: Bei der Operation „Bialystok“ war der Aufhänger der Ermittlungen das erst kurz davor veröffentlichte Buch „Die Anarchisten von Bialystok“. Dieses Buch handelt von den Interventionen und Erfahrungen anarchistischer Gruppen Anfang des 20. Jahrhunderts in der polnischen Stadt Bialystok. Unabhängig davon ging es bei den Ermittlungen auch um angebliche „konspirative Treffen“, wie beispielsweise das „klandestine“ Treffen „Dire e Sedire“ („Sagen und Konspirieren“ – eine exakte Übersetzung von „Sedire“ ins Deutsche ist nicht möglich und „konspirieren“ nähert sich der Bedeutung am meisten) und andere Handlungen, welche Solidarität mit den Betroffenen der Operation „Panico“ (2017-2019) ausdrücken wollten. Ein weiterer wichtiger Aspekt waren die „militanten“ Biografien der jeweiligen Verdächtigen, wie auch die persönlichen, solidarischen und „politisch/ideologischen“ Beziehungen zwischen den Gefährt*innen. Die fehlende Prise Salz, welche die Suppe der Schnüffler*innen abrunden sollte, waren die direkten Aktionen, die teilweise mit „FAI/FRI“ unterschrieben worden waren – die „Federazione Anarchica Informale – Fronte Rivoluzionario Internazionale“ / „Anarchistischen Informelle Föderation – Revolutionäre Internationale Front“ ist eine international agierende anarchistische Gruppierung. Die Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft basierte auf dem „ideologischen Delikt“ oder „Gedan-

kenverbrechen“ das den Anarchist*innen pauschal unterstellt wurde und der auch als theoretische Voraussetzung von „praktischen Delikten“ diente. Schnell wurden alle angeblichen Indizien, Beziehungen, öffentliche Veranstaltungen und Aktionen zusammen in den Kochtopf geworfen, um dann schön langsam von den Staats-Schnüfflern geköchelt zu werden. Die Staatsanwaltschaft liebt es diese Suppe mit Infos aus älteren oder anderen Ermittlungen zu würzen und die Ermittlungsrichter*innen freuen sich über die warme Kost die ihnen serviert wird. In Italien ist dies ein längst bekanntes Rezept – es ist kurzfristig effektiv, langfristig bisher, in Relation mit den ganzen Operation und Inhaftierungen der vergangenen Jahre, recht erfolglos. Für Anarchist*innen und etliche Zusammenhänge bedeutet dies, dass sie sich um ihre Gefangenen und sonstige Repressionsarbeit, sowie Betroffene (von Hausarreste, Sonderüberwachung, Fußfesseln, „DA-SPO“ / Aufenthaltsverbote bei Sportveranstaltungen, mündliche Verweise und weitere Auflagen) kümmern müssen. Verständlicherweise zehrt das an den Nerven, aber die Idee von der Zerstörung dieser Gesellschaft und der Wunsch nach Freiheit wird dadurch keineswegs gebrochen. Das zeigen u.a. die unzähligen Aktionen die immer wieder stattfinden und die vielen publizistischen Projekte in Italien.

Generell haben sich die Ermittlungen der ROS in den letzten Jahren auf Verbindungen zwischen Individuen, Strukturen, besetzten Häusern und vermutlichen konspirativen Zusammenhängen fokussiert. Sie kreieren ein Weltbild, in dessen Anarchist*innen in jene aufgeteilt werden, die tagsüber agieren und jene die Nachts im Dunkeln handeln. Daher auch deren absichtliche Unterscheidung zwischen guten und bösen Anarchist*innen – mit dem Ziel Spaltungen in der Bewegung hervorgerufen und die Gefangenen und Angeklagten noch mehr von ihr abzukapseln. Diese Vorgehensweise lässt sich insbesondere bei der Operation „Scripta Manent“ erkennen.

In der letzten Dekade wurden in Italien etliche besetzte Häuser und Info-shops/Büchereien, als angebliche Terrornester deklariert und deswegen observiert, verwantzt, abgehört und auch teilweise geräumt. Ununterbrochen trafen und fanden unterschiedlichste repressive Operationen gegen die anarchistische Bewegung statt. Aus den aktuellen Ermittlungen lässt sich herauslesen, dass die landesweite und internationale anarchistische Bewegung scheinbar bestens vernetzt sei und angeblich gute Beziehungen zueinander hegt und pflegt. Wer sich ein bisschen mit der italienischen „Szene“ und deren Geschichte auskennt, hat womöglich ähnliche Auswertungen schon öfters gelesen. Bis hier nichts „Neues“: Zuerst ermitteln die ROS eifrig und wenn sie dann genügend Material zusammen gesponnen haben, halten sie Ausschau nach der ambitioniertesten Staatsanwaltschaft in Sachen Anti-Terrorismus. Die frischgeborene DNAA

Pavlos Marinakis, mit einem Brandsatz angegriffen. 17.12.: Zwei SUVs brennen auf dem Gelände einer Automobilfirma in Leipzig. 18.12.: In Solidarität mit der inhaftierten Waldbesetzer*in Ella werden in Gießen 418 SUVs entlüftet. 19.12.: In Magdeburg wird die Wohnung des Kameradschaftsnazis Maik Range entglast. Sie diente als Treffpunkt für die neue Nazitruppe NSP. 23.12.: In Magdeburg wird das Auto vom Vorstand der Nazi-Partei NSP, Martin Schock, zerdengelt und die Reifen zerstoßen. 23.12.: Farbe gabs für eine Gorillas Filiale in Berlin. Die Aktion fand in Solidarität mit den aktuellen Streiks der Beschäftigten statt. 26.12.: Farbbeutel prangen auf der Fassade der Osnabrücker Landsmannschaft Marchia Berlin. 28.12.: Farbanschlag der autonomen Gartenzwerge auf den Sperrmüllkonzern Höffner in Kiel. 28.12.: In Berlin wird das braune Haus der AfD Pankow, einer der letzten Veranstaltungsräume der Nazi-Partei in der Stadt, mit Farbe markiert. 29.12.: In Dresden wird eine Polizeiwache mit Farbgläsern attackiert. Eine militante Reaktion auf

ist dafür wie geschaffen – die „Nationale Direktion für Anti-Mafia und Terrorismusbekämpfung“ besteht aus der landesweiten Anti-Mafia-Staatsanwaltschaft mit insgesamt 20 Staatsanwält*innen. Die DNAA übt die Funktion der Koordinierung der Ermittlungen aus, die von den einzelnen regionalen Anti-Mafia-Direktionen (DDA) bei Verbrechen der organisierten Kriminalität durchgeführt werden. Dabei muss man bedenken, dass für jede*n Staatsanwält*in ein möglicher Repressionsschlag gegen vermutliche „Terrorist*innen“ immer eine willkommene Gelegenheit für ein Karrieresprung ist. Überhaupt scheint es so, dass, nunmehr die Spezialeinheiten/ROS den Ton angeben wollen, d.h. sie geben vor, welche „Beweise“ für welche Anklagen ausreichend sind. Die Staatsanwaltschaft erscheint da eher ein Mittel zum Zweck. Deswegen fehlt es dann eigentlich nur an dem passenden Ermittlungsrichter*in, der die Operation absegnen soll, was er oder sie dann meistens ohne große Bedenken tut. Im Zuge dieser Verfahren wird dann oft das ganze (Soli-) Umfeld mit beschuldigt, da es mit verdächtigt und als Teil eines „Terrornetzwerkes“ gewertet wird. Frei nach dem Sprichwort: „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm“.

Ein ausschlaggebender Präzedenzfall war die Operation „Scripta Manent“ im Jahre 2016 („Verba volant, scripta manent“ heisst so viel wie: „Die Worte verfliegen, die Schriften bleiben“). Bei diesen Ermittlungen wurde u.a. gegen die lokale Anarchist-Black-Cross Gruppe in Rom und um die Soli-Treffen von „A testa alta“ („Mit erhobenen Kopf“) ermittelt. Letztere waren öffentlich angekündigte Treffen zu der Situation von Nicola und Alfredo, welche sich zu den Knieschüssen gegen den Manager der Atomindustrie Adinolfi bekannt hatten und dafür hohe Haftstrafen erhielten. In dem Prozess von „Scripta Manent“ gab es zuletzt Urteile in der zweiten Instanz. Anna Beniamino wurde zu 16 Jahre und 6 Monate verurteilt. Alfredo Cospito zu 20 Jahren, Nicola Gai zu 1 Jahr und 1 Monat. Alessandro Mercogliano wurde von allen Anklagepunkten freigesprochen. Marco Bisesi wurde wegen „Anstiftung zum Verbrechen“ zu 1 Jahr und 9 Monaten verurteilt. Die Urteile wegen „subversiver Vereinigung mit dem Ziel des Terrorismus und der Untergrabung der demokratischen Ordnung“ wurden für Anna, Alfredo und Nicola wiederholt bestätigt. Sie bezogen sich auf die Veröffentlichungen von der Zeitschrift von „Croce Nera Anarchica“ und dessen Website, sowie auf die Verwaltung einiger anderer Internetseiten, die im Prozess mitangeklagt worden waren. Soweit zu dem repressiven Vorreiter, der ausschlaggebend war, um weiter gegen die anarchistische Bewegung zu ermitteln. Insgesamt bewerten die italienischen Repressionsbehörden dies als ein erfolgreiches Verfahren. Dadurch entstand eine Art Grundlage für viele weitere Ermittlungen.

Zurück zur Gegenwart und dem „Bialystok“ Verfahren. Wieder mal sind die Staatsanwaltschaft und insbesondere die ROS wie gewohnt ambitioniert und erfinderisch vorgegangen. Gemäß dem Kürzel FAI/FRI = Informelle Anarchistische Föderation/Revolutionäre Internationale Front, lag der Verdacht der staatlichen Schnüffler nahe, dass es ja ein internationales Netzwerk geben könnte. Doch wo sollten sie anfangen? Während den Er-

mittlungen in Italien wurde versucht den Fall auf Frankreich auszudehnen, doch fehlten dort ansässige Bezugspersonen, die auf „ideologischer“ und „praktischer“ Ebene aus Sicht der Ermittler*innen passend wären. Obwohl es in Frankreich einige Solidaritäts-Aktionen mit den Betroffenen von der Operation „Scripta Manent“ gab, besonders nach dem Aufruf „Per un giugno pericoloso“ („Für einen gefährlichen Juni“) im Sommer 2019. Anscheinend waren jedoch die Anhaltspunkte zu gering, um weiter in Richtung „Frankreich“ zu schnüffeln. Deswegen kam Südamerika ins Visier, da hin und wieder Anarchist*innen von dort in die italienische Hauptstadt reisen. Griechenland war diesmal weniger im Fokus, obwohl dennoch einige Reisen von italienischen Anarchist*innen in den Akten vermerkt und hervorgehoben werden. Aber nun erschien für die italienischen Behörden der große Clou! Eine polizeibekannte Person – die zu der Zeit unter Observation stand (Anfang September 2018) und gegen die schon im Zuge des „Scripta Manent“ Verfahrens ermittelt wurde – wurde zu einer Info-Veranstaltung über „Repression in Italien“ nach Berlin eingeladen. Diese Veranstaltung fand Mitte September 2018 statt und war anschließend Auslöser für eine ganze Reihe von Repressionsmanövern der italienischen Bullen. Es wurde eine Berlin-ansässige Person ausfindig gemacht, die in telefonischem Kontakt mit der observierten italienischen Person stand. Nach einigen Recherchen der Schnüffler*innen schien ihnen klar, dass diese Kontaktperson interessant für sie sein könnte. Sie passte in das Schema, denn sie hatte viele Jahre in Italien gelebt, spricht sowohl italienisch, wie deutsch fließend, hängt in beiden Ländern mit Anarchist*innen ab und schien sowieso wegen ihrer „militanten“ Biografie perfekt für das detektivische Kartenhaus der italienischen Bullen. Der Schlüsselmoment, der weitere Ermittlungen einleiten sollte, kam von einer Aktion der „Amad Ahmed FAI-Zelle“ in Berlin-Wedding, einen Monat nach der Info-Veranstaltung mit den italienischen Gefährt*innen in Berlin. Die gesponnene Verbindung zwischen dem abgehörten Telefonat, der Info-Veranstaltung und dem Anschlag im Wedding verstärkte die Ermittler*innen in ihrer Vermutung, dass die verdächtige Person in Berlin einen ähnlichen italienischen Dialekt wie Alfredo Cospito (der für den Staat als „ideologische Redelführer“ der FAI/FRI gilt) sprechen muss (!). Diese Vermutung beruhte auf einem Satz im Bekenner*innenschreiben der „Amad Ahmed FAI/FRI-Zelle“. Dort wurde sich direkt an Alfredo gewendet und der suspekta Satz lautete: „Auch wenn wir nicht den selben Dialekt sprechen, Alfredo, verstehen wir uns trotzdem. . .“ Laut den ROS lässt sich daraus schließen, dass die Verfasser*innen der italienischen Sprache mächtig sind und sie aus einer naheliegenden, aber nicht der selben italienischen Region kommen, wie Alfredo. Und so basteln die italienischen Anti-Terror-einheiten weiter an ihrem Kartenhaus.

Anschließend haben die ROS bei der römischen Staatsanwaltschaft mehrmals verlangt, dass sogenannte „Europäische Ermittlungsanordnungen“ (EEA) nach Berlin übermittelt werden sollten: Die erste EEA – November 2018 – war eine Anfrage von der Ermittlungsakte über die Brandstiftung in Berlin-Wedding im Oktober 2018, zu der sich eine FAI/FRI Zelle bekannt

das Verbot der „autonom, widerständig, unversöhnlich“ Demo in Leipzig. 30.12.: Im November 2020 wird die 14-jährige Lichita Villalba von Spezialeinheiten in Paraguay entführt. Bei dem Angriff werden zwei ihrer Cousinen getötet. Ihre Eltern sitzen wegen Mitgliedschaft in der Bauern Guerilla „Ejército del Pueblo Paraguay“ in Haft. An jedem 30. wird international zu Aktionen der Solidarität aufgerufen. Seit dieser Nacht prangt der Schriftzug „Wo ist Lichita?“ an der Botschaft von Paraguay in Berlin. 30.12.: In Dortmund werden 50 SUVs entwaffnet. Die Gruppe autolose Gartenzwerg:innen lässt Luft aus den Reifen der Fahrzeuge und hinterlässt Fyer an den Autos. Sie rufen dazu auf die Verantwortung für Konsequenzen aus der Klimakatastrophe selbst in die Hand zu nehmen. So z.B. die Co2 intensiven, platzraubenden Luxusgüter SUVs aus dem Verkehr zu ziehen. 30.12.: In Berlin entlüften Aktivist*innen weiter 25 SUVs und hinterlassen Flyer an den Fahrzeugen. „Die Aktion ist u.a. inspiriert von Andreas Malms Buch „How to blow up a

hatte. Die zweite EEA – Anfang Februar 2019 – sollte die Gewissheit über die tatsächliche Ansässigkeit der angeblichen deutschen Kontaktperson validieren und es wurde das Vorstrafeinregister und sonstige Einträge, bzw. Datensätze angefordert. Das nächste Manöver – Mitte Februar 2019 – war der Erlass eines Europäischen Haftbefehls gegen die Kontaktperson wegen einer ausstehenden Haftstrafe in Italien mit dem Ziel der Überführung der verurteilten Person von Deutschland nach Italien. In den Ermittlungsakten gab es einen Vermerk der ROS, die sich von der Auslieferung bzw. der sogenannten „Internationalisierung“ des Haftbefehls, nähere Infos über die Verbindung zwischen der italienischen FAI/FRI und dessen angeblichen Berliner Ableger erhofften. Ihre Strategie sollte nicht aufgehen. Die Kontaktperson, die nun zu einer Verdachtsperson geworden war (nach dem §270bis – Subversiver Vereinigung mit dem Zweck des Terrorismus und der Untergrabung der demokratischen Ordnung), hat die deutsche Staatsbürgerschaft und konnte somit der Auslieferung widersprechen. Eine Auslieferung nach Italien ist vorerst nicht möglich, solange sich die Verdachtsperson in der BRD aufhält. Nach dieser Schlappe sollte die dritte EEA – Juni 2019 – an die Berliner Staatsanwaltschaft geschickt werden. Diesmal wurde nach einer „Leibesvisitation“ und Hausdurchsuchung der nun Verdachtsperson, sowie der Mitbewohner*innen verlangt. Ein weiteres Mal sollten die feuchten Träume der römischen Inquisition platzen. Die Berliner Staatsanwaltschaft leistete der EEA nicht Folge und begründete ihre Ablehnung damit, dass die besagte Brandstiftung und die FAI/FRI nicht als „terroristisch“ eingestuft sind und es an konkreten Tatvorwürfen gegenüber der Verdachtsperson mangelt. Die Hirngespinnste der ROS scheinen so lächerlich oder „abenteuerlich“ zu sein, dass sich sogar ihre deutschen Kollegen nicht davon überzeugen ließen. Es ist bemerkenswert, dass wegen dieser Meinungsverschiedenheit zwischen den Inquisitoren ihre Verfolgung kurzzeitig zum Stocken kommt. Dennoch lässt sich in den Akten finden, dass die „Berliner Verdachtsperson“ im Zeitraum zwischen Dezember 2018 und Februar 2019 von der ROS abgehört und geolokalisiert wurde. Wer ihnen dazu wohl die Befugnis gegeben hat?

All diese Repressionsvorhaben hätten nach den italienischen Behörden schon ein Jahr vor der eigentlichen Ausführung der Operation „Bialystok“ stattfinden sollen. Hätte die Verhaftung der Verdachtsperson in Berlin geklappt oder wären vermutliche Beweismittel bei einer Hausdurchsuchung gefunden worden, hätte dies vermutlich zu einer eigenständigen Operation auf internationaler Ebene geführt. Nun hat jedoch am 14.12.2020 der Prozess gegen die Beschuldigten im „Bialystok“ Verfahren angefangen. Die Ermittlungen sind gegen die bisherigen Beschuldigten abgeschlossen und in Berlin ist bisher nichts passiert. Das heißt jedoch nicht, dass die Schweine nicht noch weiter im Zuge der bisherigen Ermittlungen Telefone abhören und/oder Leute observieren. Jedenfalls wird einer der Oberschweine der ROS, Kommandant Oberstleutnant „Luigi Imperatore“, sicherlich enttäuscht sein, dass er sein Gefechtsfeld vorerst nicht expandieren zu dürfen. Ob es überhaupt zu einer Verurteilung im aktuellen Verfahren gegen die Gefährt*innen kommen wird, ist fraglich, da bisher

Beweise – oh wunder – nicht standhielten und sie stellenweise widerlegt wurden. Beim vorletzten Prozesstag hat die Richterin den Zeugen „Imperatore“ vorgeladen, um u.a. über die angebliche deutsche Verbindung auszusagen, da diese als Untersuchungshypothese gewertet wird.

Wundern würde es wenig, wenn in der nächsten Repressionswelle Berlin und/oder andere Länder ins Visier der Ermittlungsbehörden kämen – im Gegenteil, damit muss gerechnet werden. Der Vorteil ist, dass nun mit dieser Auswertung, die Bewegung, sowie eventuelle ins Schema passende Personen, sich auf mögliche staatliche Angriffe einstellen könnten. Bei der nicht-genehmigten Durchsuchung der Verdachtsperson in Berlin, sollte nach Handys, Computern, USB-Sticks, Harddisks, Publikationen zum Thema Anarcho-Insurrektionalismus (konkret nach dem Text „Der Autismus der Aufständischen“) und Knastkorrespondenz mit italienischen Gefangenen gesucht werden. Das soll aber weder zum panischen Verbrennen so mancher Broschüren führen, noch zur Beendigung der Knastkorrespondenz mit den Gefährt*innen. Mit List und Tücke sollten Alle versuchen es den Behörden so schwierig wie möglich zu machen unsere Kommunikation und Beziehungen aufzudecken.

Schließlich stellt sich die Frage, was die Behörden in der BRD von all dem halten. Es ist denkbar, dass der oder die ein*e oder andere LKA´ler*in nun angepisst ist, dass die italienischen Behörden einfach so sensible Ermittlungsakten weiterleiten (keine Sorge, einige Textpassagen waren auch von der Zensur geschwärzt!). Vielleicht sind sie ja auch angepisst, dass die ROS auf deutschen Terrain einfach mal so Handys abhören, bzw. eigenständig ermitteln. Andersherum werden sich die Italiener*innen ärgern, dass diese ganzen Infos nach Berlin gelangt sind. Und falls diese paar Zeilen Behördenzwist verursachen sollten, kann das nur erfreulich sein. Klar ist, dass die Personen, die in Berlin leben und die potentiell in dieses zusammengesponnene Raster der Bullen passen nun vorgewarnt sind.

Was abschließend noch ausdrücklich erwähnt werden muss ist, dass dieser Text in keinsten Weise eine Distanzierung gegenüber der divergenten Methoden und Organisationsformen aus einer anarchistischen Perspektive ausdrücken will und auch das moralische Konstrukt der „Unschuld/Schuld“ energisch zurückweist. Nein! In diesem Text geht es darum aufzuzeigen, wie die Repression im Moment funktioniert und wie der Staat strategische Vergeltung gegen seine Feind*innen ausüben kann und ausübt. Auch wenn in der BRD (noch) keine „italienischen Zustände“ (massive und breite Repression gegen die anarchistische Bewegung) erreicht sind, könnte die römische Inquisition als Omen gedeutet werden, in welche Richtung sich die Repression entwickeln kann... In den letzten Jahren und Monaten gab es eine ganze Reihe an staatlichen Überfällen, Razzien und §129er-Verfahren, in denen die staatlichen Schnüffler*innen versuchten Netzwerke zu zeichnen, um gegen eine ganze Bewegung oder ein Milieu vorzugehen.

pipeline“ und fand in ähnlicher Form bereits in Glasgow, München, Leipzig und Dortmund statt. Und es wird wohl nicht das letzte Mal gewesen sein...“
30.12.: In Magdeburg wurde die Fassade einer Apotheke mit rassistischem Geschäftsnamen großflächig umlackiert, nachdem der Inhaber eine Namensänderung aufgrund von hohen Kosten und Aufwand ablehnte.
31.12.: In Stuttgart wird die Fassade des örtlichen DpolG-Büros mit Farbbeuteln verschönert. „Die DPolG ist eine rechte Polizeilobby. Sie verteidigt aktiv Bullen und fordert weitere Sonderrechte für diese. Nebenbei hetzt sie immer wieder gegen Linke und verharmlost rechte Gewalt.“
01.01.: In Thessaloniki wird bei der, an der Räumung des Biologico beteiligten, Firma Praxis Feuer gelegt.
01.01.: Auch in Wuppertal werden 15 SUVs entwapfnet. Auch hier finden sich Flyer mit einer Begründung der Aktion an den Fahrzeugen. „Gerade jetzt soll wieder ein Wald für die Profite einer einzelnen Firma gerodet werden. Der Osterholz hier in Wuppertal. Wir sind solidarisch mit dem

Die hiermit veröffentlichte Auswertung der Akten und der bisherigen Prozessstage hat einen bis hier nur analytischen Ansatz und will sich neben dem Ende Januar 2022 von einigen Angeklagten veröffentlichen Text „Aktueller Stand der Maßnahmen und des Verfahrens für die Operation Bialystok“ stellen (<https://panopticon.blackblogs.org/2022/02/05/italien-aktueller-stand-der-massnahmen-und-des-verfahrens-fuer-die-operation-bialystok/>). Um diesen fast perspektivlosen Text abzuschließen, ist es an dieser Stelle angebracht, die Worte zu zitieren, die ein Gefährte

einmal schrieb: „Angreifen bedeutet zuschlagen, zerstören, abfackeln, in die Luft jagen, umbringen, mit der Wurzel ausreißen, vom Angesicht der Erde hinwegfegen, wenn auch nur die kleine Realität, die wir vor unseren Augen ergreifen können.“

Schlag auf Schlag gegen die Autoritäten!
Für die Anarchie!



G7-Gipfel schon wieder auf Schloss Elmau

Die G20-Gerichtsprozesse sind noch nicht mal abgeschlossen, da findet schon der nächste scheinbare Gipfel statt. Der diesmal dreitägige G7-Gipfel wird vom 26. bis 28. Juni 2022 wieder von Deutschland ausgerichtet werden - und er soll wieder im bayrischen Elmau stattfinden, wie bereits im Jahr 2015. Im Schlosshotel Elmau treffen sich die Staats- und Regierungschef*innen von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die Vereinigten Staaten von Amerika (USA). Die größtenwahnsinnigen Sieben (G7, „the world’s largest IMF advanced economies and wealthiest liberal democracies“) sind die mächtigsten kapitalistischen Staaten, die führenden Militärmächte und die Standorte der größten Banken und Konzerne. Ihre Politik ist verantwortlich für Armut, Ausbeutung und Unterdrückung von Millionen Menschen, Hungerkatastrophen und Kriege.

Wollen wir wieder den Widerstand gegen die G7 organisieren und deutlich machen, dass die Herrschenden uns nicht repräsentieren? Selbst-

kritisch sollten wir uns fragen, wie sinnvoll eine erneute Mobilisierung nach Elmau ist oder ob nicht im Gegensatz zu 2015 vermehrt dezentrale Aktionen zielführender sind. Aber was ist eigentlich das Ziel? Den Gipfel stören? Die G7 zerstören? Symbolischer Protest?

G7 heißt globale Ausbeutung und Militarisierung

Die G7 beanspruchen für sich weiterhin eine globale Vormachtstellung: Wirtschaftlich, politisch und militärisch. Auch wenn die Dominanz der G7 durch konkurrierende Industrie- und Schwellenländer geschwächt wurde, mit denen sie sich als G20-Staaten abstimmen müssen, hat sich die Ausrichtung ihrer Politik nicht grundlegend verändert.

Die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Lösung sozialer Probleme waren noch nie ernsthafte Anliegen der G7: Es geht den beteiligten Staaten um die Sicherung von Macht- und Einflussphären. Immer ag-

Kampf von Osterholzbleibt und der Waldbesetzung JederBaumZählt gegen die Kalkwerke Oetelshofen, gegen die Klimakrise!“ 01.01.: In Bremen wird das neue Jahr mit einem Brandanschlag auf die Firma OHB eingeleitet. Scheiben werden eingeschlagen und die dahinter liegenden Büroräume in Brand gesetzt. Der Sachschaden bewegt sich wohl im siebenstelligen Bereich. „OHB System AG gilt als angesehenes Raumfahrt- und Hightechnologiekonzern. Seit den 1950ern baut OHB hauptsächlich satellitengestützte Systeme, die für militärische Interessen verwendet werden. Durch die direkten Aufträge der Bundeswehr kann OHB nicht einmal mehr versuchen, das Feigenblatt Dual-use, also die Verwendung ihrer Satelliten für sowohl zivile als auch militärische Zwecke, zu bemühen. OHB ist ein Rüstungskonzern.[...]Direkte Aktionen sind Teil einer Perspektive für Autonomie und Selbstorganisation. Wir stellen uns Entscheider*innen und Profiteur*innen dieses menschenverachtenden Systems entgegen und entlarven ihre selbstgerechte Politik. Wir

gressiver konkurrieren sie mit Russland, China und anderen Ländern um geostrategische Positionen, Rohstoffe und Absatzmärkte.

Die G7 waren stets Vorreiter bei der radikalen Liberalisierung von Handelssystemen und betreiben gleichzeitig die umfassende Deregulierung der weltweiten Finanzmärkte. Spekulationen mit Nahrungsmitteln, die Hungerkatastrophen und Elend verursachen, müssen als direkte Folge dieser Politik betrachtet werden. Die G7 sind Ausdruck eines Systems, das die Verwertung von Kapital über die Bedürfnisse der Menschen stellt.

Die Kooperation der Staaten – ob in den G7 oder der EU – wird immer durch die Konkurrenz zwischen ihnen unterbrochen. Diese Konkurrenz durchzieht alle gesellschaftlichen Bereiche und somit das Leben jedes Einzelnen, drückt sich aber auch im Wettstreit von Staaten und Unternehmen auf dem Weltmarkt aus. Das Ende der Konkurrenz ist nur mit einer Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse möglich.

Nachdem seit die führenden NATO-Staaten Russland aus den G8 ausgeschlossen haben, zeigt sich die Kriegsgefahr im Machtkampf mit Russland nun als Realität. Aber auch der Wirtschaftskrieg mit China wird seit einiger Zeit durch militärische Machtdemonstration ergänzt. Neben der immer weiter fortschreitenden Militarisierung findet aber auch ein Bedeutungsverlust der NATO statt.

Technologischer Angriff und Covid19–Pandemie

Vor allem die USA und China konkurrieren um die technologische Begründung einer neuen (Welt-)Macht. Diese Innovationsoffensiven haben auch das Ziel der Umwälzung der sozialen Verhältnisse. Das ist ein technologischer Angriff, den auch die anderen G7, die EU und Schwellenländer versuchen durchzuführen.

Parallel rückt die bereits bei der letzten Wirtschaftskrise prognostizierte nächste Wirtschaftskrise immer näher. Die Covid-Pandemie trägt einen immensen Teil bei: Verschärfung der Armut und der sozialen Verhältnisse und massive Finanzierung Informations- und Biotechnologien.

Bei der weltweiten Impfstoffverteilung zeigt sich die Hässlichkeit von Kapitalismus und Nationalismus. Während in Deutschland über Dreiviertel der Bevölkerung mindestens zweifach, über die Hälfte auch dreifach geimpft ist, haben weite Teile der Weltbevölkerung nicht mal ihre erste Impfung in Aussicht. In anderen Industriestaaten ist die Situation ähnlich.

Die Forderungen nach Impfstoffen für alle, fairer Bezahlung im Gesundheitssektor und Gesundheit im Allgemeinen nicht als Ware zu behandeln, dringen nicht durch.

Klima, Ökotechnokratie und Abschottung

Der G20-Gipfel 2021 und die UN-Weltklimakonferenz (COP26) haben gezeigt, dass das katastrophale best-case Szenario der von Menschen produzierten Klimakrise mit einer Erwärmung von mittlerweile 2,4 Grad Celsius unwahrscheinlich ist. Von Untätigkeit der Staatengemeinschaft zu reden wird ihnen nicht gerecht. Nein, sie schaffen es diverse Ökosysteme des Planeten nachhaltig zu zerstören und die Lebensbedingungen von Milliarden Menschen und Tieren gravierend zu verschlechtern.

In der kapitalistischen Logik kann keine radikale Umkehr und gemeinsame Ursachenbekämpfung stattfinden. Statt dessen veranstaltet die Staatengemeinschaft ein Spektakel von Ökotechnokratie und dem Glauben an technische Lösungen (Solutionismus). So wird versucht der Klimakrise mit Technologie und schön-definierten, nationalen CO2-Bilanzen entgegenzuwirken. Weiter werden Lösungen für Ersatzprobleme vorgeschlagen, die das eigentliche Problem nicht beheben.

Es sind genau jene Staaten mit besonders hohem CO2-Ausstoß, die am meisten Geld in Grenzüberwachung und Abschottung investieren. So wollen sie sich von den Folgen ihrer Politik abschotten und lassen deren Opfer im Mittelmeer ertrinken oder in der Kälte der Wälder an den EU-Außengrenzen erfrieren.

Smash G7

Dies sind alles gute Gründe, die darlegen, warum die G7 scheiße sind und wir keinen Gipfel auf Schloss Elmau (oder sonstwo) gut finden. Wir sprechen uns dafür aus, einen reibungslosen Gipfelablauf zu stören und den Widerstand gegen diese kapitalistische Kackscheiße auf die Straße zu tragen - militant oder flauschig, symbolisch oder als direkte Aktionen, in Elmau oder dezentral. Smash G7.

Ein Leben frei von Herrschaft und ein gutes Leben für alle!

Eine andere Welt ist notwendig.

NO BORDER! NO NATION!

fordern Menschen dazu auf, ihre Ohnmacht zu überwinden, sich zusammenzuschließen und Sand im Getriebe zu werden.“ **02.01.:** Der Kasseler Burschenschaft Germania wird der Briefkasten abgefackelt. Auf ihrem Haus konnten wiederholt Holocaust-Leugner Veranstaltungen abhalten. **06.01.:** Als Vorgeschmack auf die drohende Räumung des Osterholz in Wuppertal wird in der Nacht ein Ticketautomat der Bahn in Brand gesteckt. **07.01.:** Am 17. Jahrestag der Ermordung Oury Jallohs in der Polizeiwache Dessau wird vor der Tür des Justizzentrums Halle a.S. angezündet. „Wir appellieren nicht an die Organe dieses Staates für eine wie auch immer geartete Gerechtigkeit zu sorgen. Das bringt weder Oury Jalloh, noch Achidi John, der ebenfalls am 07.01.2005 von Bullen in Bremen getötet wurde, oder Hans-Jürgen Rose und Mario Bichtemann, die von Polizisten der selben Polizeiwache in Dessau ermordet wurden, zurück. Wir wissen, dass auf diesen Staat, seine Vertreter_innen und Organe kein Verlass ist, wenn es um unsere Würde, unsere Si-

Kasachstankrise

Vom „sanften Machttransfer“ zu Aufstand und Intervention

Kasachstan, das zweitgrößte postsowjetische Land, die stärkste Wirtschaftsmacht in Zentralasien, ist zu Jahresbeginn in die Schlagzeilen der Medien weltweit geraten. Auf die Erhöhung der bisher subventionierten Flüssiggaspreise zum Jahreswechsel reagierten prekäre Teile der Bevölkerung zunächst mit Protesten, die in Straßenblockaden und Streiks übergingen. In einigen Regionen wurden Rohstoffförderung und Metallverarbeitungsindustrie bestreikt, von den Arbeitsniederlegungen waren auch Teile des Transportwesens gelähmt. 12 Städte des Landes wurden gleichzeitig von Protesten ergriffen.

Nachdem der Präsident Qassym-Schomart Toqajew (Tokajew) bereits nach vier Tagen die Preiserhöhung in den von den Protesten betroffenen Region zurückgenommen hatte und am nächsten Tag die Regierung samt Premierminister Asqar Mamin zurücktreten musste, hatte sich die Lage nicht beruhigt. Im Gegenteil, es begannen Überfälle auf Polizei- und Geheimdienstgebäude, Entwaffnungen von Vertreter*innen der Staatsgewalt und Plünderungen. Auch die landesweite Blockade von Internet und teilweise Mobilfunk brachte keine Eindämmung der Proteste. In der ehemaligen Hauptstadt Almaty wurden administrative Gebäude, Büros der Regierungspartei „Nur Otan“ und Redaktionen der Staatsmedien gestürmt und teilweise angezündet. Zeitweilig besetzten die Protestierenden den Flughafen. Kolonnen mit Militärtechnik wurden von Demonstrant*innen gestoppt und zum Umkehren gebracht. Der Protest, ohne gemeinsamen Forderungskatalog, namentlich bekannte Anführer*innen oder nennenswerte beteiligte politische Organisationen, schien den kasachischen Staat an den Rand des Kontrollverlusts zu treiben.

Der in allen bisherigen Krisensituationen übliche Appell an die Autorität des ersten Präsidenten Nursultan Nasarbajew, der erst als Parteichef in der Sowjetrepublik fungierte und später zum Staatsgründer des unabhängigen Kasachstans wurde und das Land bis 2019 regierte, führte diesmal nicht zum von der Staatsspitze gewünschten Ergebnis. Die Protestierenden zerstörten die Denkmäler für „Elbasy“ („Führer der Nation“), so der Titel des noch lebenden Nasarbajew und skandierten „der Alte soll weg“. Ohne zu warten, ob der von selbst diesen Forderungen nachgeht, entband Präsident Tokajew seinen Amtsvorgänger von seinem vorletzten offiziellen Posten: Chef des Sicherheitsrates. Diesen bekleidete Nasarbajew laut Verfassung eigentlich auf Lebenszeit. Den Posten übernimmt Tokajew nun selbst. Seitdem ist der Aufenthaltsort des „Führers der Nation“ – immerhin ein in der Verfassung verankerter offizieller Titel Nasarbajews – unbekannt.

Ein härteres Durchgreifen funktionierte mit dem scheinbar teilweise demoralisierten und sich in der Auflösung befindenden Gewaltapparat

mäßig, die Sicherheitskräfte hatten tödliche Verluste zu beklagen. Die Bevölkerung begann sich währenddessen zu spalten – und zwar nicht in Anhänger*innen und Gegner*innen der Regierung. Viel mehr in diejenigen, die die Abwesenheit von Polizei und zurückgelassene Waffen nutzen, um sich Güter anzueignen und diejenigen, die Bürgerwehren gründeten, um ihr Eigentum und das der Nachbarn zu verteidigen. Der Konflikt zwischen der (häufig russischsprachigen) Stadtbevölkerung („Schala-Kasachen“) und kasachischsprachigen jungen Männern vom Land („Mambets“) spitzte sich zu. Während im Industriegebiet im Westen, wo die Proteste begannen, Plünderungen ausblieben, dominierten sie in Almaty bald das Straßenbild.

Der Präsident demonstrierte zuerst Verständnis für die Sorgen des Volkes, sprach dann aber eine verklausulierte Drohung aus, indem er die Jugend ermahnte, an ihre Zukunft zu denken. Schließlich erklärte er die Proteste zu einem Werk von „Verschwörern“ und „im Ausland ausgebildeten Terroristen“. Am 07. Januar 2022 erteilte er einen Schießbefehl. Seitdem sind mehr als 200 Tote (darunter 16 auf der Seite der Sicherheitskräfte) und knapp 10.000 Festnahmen gemeldet worden. Schließlich richtete er einen Hilfesuch an die Bündnispartner von der „Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit“ (OVKS), die umgehend Truppen in das Land schickten. Innerhalb von Tagen war der Aufstand niedergeschlagen.

Kasachstan aus der Sicht des Westens – Eine Diktatur wie Russland, aber nützlich!

In der Berichterstattung der westlichen Medien genoss Kasachstan bisher den Ruf des „Klassenbesten“ unter den postsowjetischen Staaten Zentralasiens. Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan sind auf Geldüberweisungen ihrer Bürger*innen aus dem Ausland angewiesen, wo diese sich als billige Arbeitskräfte verdingen. Turkmenistan hindert umgekehrt Bürger*innen an der Ausreise, um sie in der Rohstoffförderung zu beschäftigen. Im Gegensatz dazu ermöglicht es Kasachstan der Export von Erdöl, Gas, Uran, Kupfer und weiteren Rohstoffe seinen Bewohner*innen bisher einen wesentlich höheren Lebensstandard zu bieten. Das Land zieht Arbeitsmigrant*innen aus dem benachbarten Kirgistan und Usbekistan an, die in der Landwirtschaft oder als Haushaltshilfen beschäftigt werden.

Dass das politische Regime Kasachstans seit der Unabhängigkeit 1991 einen härteren Autoritarismus als Putins Russland darstellt, entgeht eigentlich keiner Beobachter*in. Der Personenkult um den Staatschef mag weniger ausgeprägt sein als in Turkmenistan, die Repressionen weniger blutig als die des aus dem Bürgerkrieg entstandenen Regimes in Tadschikistan, von einer Konkurrenz der politischen Kräfte um die Macht

cherheit und, in letzter Konsequenz, um unser Leben geht. Es sind keine Einzelfälle, es ist ein System. Ein System in dem Antisemitismus, Rassismus und Sozialchauvinismus tief verankert sind. Mit diesem System sind weder Gerechtigkeit noch Freiheit zu machen.“ 10.01.: In Halle a.S. fackeln acht Karren des Ordnungsamts auf einem Parkplatz der Behörde ab. 13.01.: In Leipzig klirren die Scheiben bei zwei Vonovia Büros. Die Aktion findet im Kontext der militanten Kampagne gegen Vonovia statt, außerdem wird Bezug genommen auf die Räumung des Squats „Biologico“ in Thessaloniki. 15.01.: In Berlin wird im Rahmen der Actiondays nach der Räumung des „Biologico“ ein Auto der Firma Securitas komplett demoliert. 17.01.: In Rostock gab es ein lautstarke und bunte Sponti zur linken Kritik an Coronamaßnahmen und gegen Querdenken. 18.01.: Umweltaktivisten lassen in Gießen, zum 418. Tag der Inhaftierung von Ella, bei 418 Autos die Luft aus den Reifen. 18:01. In Halle nehmen sich einige Antifaschist*innen als Antwort auf die

qua Wahlen kann jedoch nicht die Rede sein. Die „Stabilität“ in Kasachstan wird lobend erwähnt, weil im Gegensatz zu Russland oder Belarus im Land ein „gutes Investitionsklima“ herrscht. Der kasachische Staat hindert ausländische Kapitalist*innen nicht an Geschäften mit den eigenen Rohstoffen, sondern lockt sie ins Land. Die Aktien der Tochtergesellschaften der kasachischen Unternehmen sind größtenteils in den Händen ausländischer Konzerne.

Zu den Faktoren, die dem ausländischen Kapital die Geschäfte mit den kasachischen Rohstoffen angenehm gestalten, gehört die drakonische Unterdrückung jeglicher Arbeitskämpfe, vor allem in der Rohstoffförderung. Kasachstan ist bisher der einzige Nachfolgestaat der Sowjetunion, in dem gegen Streiks mit scharfem Schusswaffeneinsatz vorgegangen wurde. In der Industriestadt Schangaösen, in der die aktuellen Proteste begannen, kam es bereits im Dezember 2011 zu Streiks und Unruhen, bei deren Niederschlagung die Sicherheitskräfte scharf geschossen hatten. 16 Menschen starben und Hunderte wurden verletzt. In den darauffolgenden Jahren wurden in der Region dutzende Aktivist*innen, Zeug*innen und deren Familienangehörige entführt, getötet, vergewaltigt, verstümmelt und eingesperrt. 2017 wurde die „Konföderation der unabhängigen Gewerkschaften“ per Gerichtsbeschluss aufgelöst. Die Gründung von unabhängigen Gewerkschaften ist seitdem de facto verboten. Es existieren mancheorts jedoch weiterhin informelle Arbeiter*Innen-Komitees. Gewerkschaftsaktivist*innen werden systematisch bedroht, entführt und wegen krimineller Delikte verurteilt.

All das erregte bei weitem weniger internationale Aufregung, als es Repression gegen Menschenrechtler*innen, Unternehmer*innen und Journalist*innen in Russland oder Belarus tut. Kasachstan ist ein wichtiger Handelspartner der EU, seit 2014 läuft ein erweitertes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Auf seinen Status als Atommacht verzichtete die Republik nach der Unabhängigkeit 1991 zugunsten einer politischen und ökonomischen Partnerschaft mit den führenden kapitalistischen Staaten, die Kasachstan auf die Dienste an ihrem Ölbedarf reduzierten. Kasachstan unterstützte den „War on Terror“ mittels der Entsendung von Militärs nach Irak, später machte Nasarbajew deutlich, dass seine militärische Partnerschaft mit Russland nicht die Unterstützung von Putins Ukraine-Politik bedeute.

In Russland galt Nasarbajews Regime als eigenwilliger, jedoch insgesamt stabiler Verbündeter. Kasachstan ist eine der tragenden Säulen der Eurasischen Zollunion und sein ehemaliger Präsident galt als Gegner des anti-russischen Nationalismus. Zwar wurden unter ihm alle wichtigsten Posten von Kasachen besetzt, doch der multiethnische Charakter des neuen Staates, indem Kasachen vor 1991 lediglich eine Minderheit waren, stellte er nicht in Frage.

In liberal-oppositionellen Kreisen wurden vor allem die Erfolge der Wirtschaftsreformen des Regimes, dessen Korruption von niemand ernsthaft in Frage gestellt wurde, sowie die „Weltoffenheit“, sprich Öffnung der Märkte, gefeiert. Im Gegensatz zu Russland und Belarus meidet die Staatspropaganda in Kasachstan antiwestliche Rhetorik. So wurde Kasachstan als effizienteres Modell des Autoritarismus mit Aussicht auf sanfte Reformierung gesehen und Nasarbajew als der weitsichtigste Autokrat unter seinen postsowjetischen Amtskollegen.

Soziale Revolte und politische Krise

Die Verdopplung der Flüssiggaspreise zu Jahresbeginn traf vor allem diejenigen, die nicht in der Rohstoffbranche beschäftigt sind. Wer mit einem auf Kredit gekauften Fahrzeug Lebensmittel transportierte und damit seine Hypothekenschulden für die Wohnung abbezahlt, verlor durch den Wegfall der staatlichen Subventionen seine Existenzgrundlage. Die Proteste im Industriegebiet am Kaspischen Meer beinhalteten anfänglich vor allem soziale Forderungen an den Staat: eine Senkung des Rentenalters, die Erhöhung des Kindergeldes und der Invalidenrente, die Senkung der Lebensmittelpreise sowie die Senkung der Prozente bei Wohnungshypotheken. Später kamen hierzu, vor allem in anderen Regionen, politische Forderungen nach der Rückkehr zu der „alten Verfassung von 1993“, dem Rückzug von Nasarbajews aus der Politik und dem Sturz über Jahrzehnte aufgebauten Machtgefüges seiner Familie. Während der Staat zunehmend die Kontrolle verlor, richteten sich die Protestierenden mit ihren Forderungen weiter an ihn. Zugleich trafen immer mehr junge Männer aus ländlichen Gebieten in den Städten ein, denen heute die Verantwortung für die gewaltsame Eskalation und Plünderungen zugeschrieben wird. Die Proteste hatten von Anfang an keine koordinierten Strukturen, einige Teilnehmer*innen distanzieren sich von den Plünderungen oder sahen in ihnen Provokationen. Es kam zu Zusammenstößen zwischen den Demonstrant*innen und „zugezogenen“ Plünderern. Gerüchte darüber, dass die Polizeikräfte absichtlich abgezogen wurden und ihre Waffen abgaben machten die Runde.

Der Prozess des „sanften Machttransfers“, den Nasarbajew 2019 mit seinem Rücktritt vom Präsidentenamt einleitete, scheint aus dem Ruder gelaufen zu sein. Damals war die Aufgabe seines Postens mit der Garantie der Sicherheit von Strafverfolgung für ihn und seinen geschäftstüchtigen Familienangehörigen verbunden. Eigentlich wurden von der Regierung unter dem Technokraten Tokajew wirtschaftliche Liberalisierung (Streichung der Subventionen) und politische Liberalisierung (die bis dahin benannte Chefs der Lokalverwaltung werden nun gewählt) erwartet. Bei den Wahlen sollte es in Zukunft Frauen-, Behinderten- und Jugendquoten geben. Die Märkte sollten weiter dereguliert werden.

aggressiven „Corona-Demos“ nachts die Strasse und hinterlassen zerschlagene Schaufensterscheiben und Barrikaden. **19.01.:** In Halle wird eine Druckerei die Querdenken Flyer druckt und ein „Yakuza-Store“ mit Farbe und Steinen angegriffen. **19.01.:** In Schondorf im Rems-Murr-Kreis markieren Antifaschist*innen den Wohnort eines AfDlers. **20.01.:** Im Umfeld des Hambacher Forst werden einem Fahrzeug des französischen Großkonzerns Engie alle Reifen geplättet. **23.01.:** In Magdeburg wird das Auto der Frau des AfD-Landesvorsitzenden demoliert. **23.01.:** In Hamburg wird das Wohnhaus des sogenannten „Brechmittelprofessors“ Püschel mit Farbe angegriffen. **24.01.:** In Aachen wird ein Ingenieurbüro, das Gutachten für die Genehmigungsverfahren im Osterholz erstellt hat, mit Farbe markiert. **25.01.:** Die Polizeiwache in Leipzig hat vier Fahrzeuge durch einen Brandanschlag verloren. **30.01.:** In Berlin wird ein Ordnungsamt-Auto aus dem Verkehr gezogen. Nach ZG+-Ausweis-Kontrollen in Szene Locations wurde das Auto einge-

Nach dem Ausbruch der Proteste kündigte Tokajew an, die Preise für die wichtigsten Lebensmittel einzufrieren. Er drohte zugleich mit Hinrichtungen und Ausbürgerungen von Teilnehmer*innen der Aufstände. In der Krisensituation griff Tokajew zu bewährten paternalistischen Mitteln. Hatte er sich früher als aufmerksamer Schüler seines Mentors Nasarbajew präsentiert und vor jeder Entscheidung stets auf den Ratschlag des „Anführers der Nation“ verwiesen, spielte er jetzt selbst die Rolle des strengen, aber verständnisvollen „Vaters des Volkes“. Das Gehalt der Beamt*innen ist für Jahre eingefroren worden, die Unternehmer*innen wurden aufgerufen, sich „sozial verantwortlich“ gegenüber den Sorgen der „einfachen Leute“ zu zeigen. Die reichsten Unternehmer*innen müssen Zahlungen in die staatliche Stiftung zur Milderung der sozialen Not einzahlen.

Als Hauptverantwortlichen der Lage wurde der engste Nasarbajew-Vertraute und ehemalige Geheimdienstchef Karim Massimow samt einigen ehemaligen Stellvertretern verhaftet – ihm wird gezielter Abzug der Sicherheitskräfte während der Plünderungen und sogar die Mitorganisation der Ausschreitungen vorgeworfen. Bald darauf verlor das Unternehmen von Nasarbajews Tochter Darigha einen lukrativen Staatsauftrag, was ihr faktischen Monopol bei der für die Bürger verpflichtenden Verschrottung alter Fahrzeuge sicherte. Zwei Schwiegersöhne, des alten Präsidenten mussten ihre Führungspositionen bei halbstaatlichen Unternehmen räumen, weitere Rücktritte der nahen und fernen Verwandten folgten. Dass die Proteste eine vorläufige Schwächung des Nasarbajew-Clans zur Folge hatten, führt bei den ausländischen Expert*innen zu Spekulationen, die Proteste seien von oben initiiert worden. Weil eine „Palastrevolte“ an deren Ende stehen könnte, müsse diese auch ihr Zweck gewesen sein, so die Interpretation. Doch allein der Blick darauf, wie sich Zugeständnisse und Drohungen in den Reden Tokajews abwechselten, verrät, dass die Ängste der Machthaber*innen vor der Situation durchaus real waren.

Intervention der OVKS – kurz, aber bedeutend

Für die ursprünglichen Forderungen nach den Preissenkungen zeigte Tokajew Verständnis, weitere Eskalation erklärte er jedoch zum Werk von „Terroristen“ und „Verschwörern“, hinter der nicht näher benannte ausländische Mächte stehen würden. Näher benannt wurden dagegen die ausländischen Mächte, die er zur Hilfe rief: die Bündnispartner Kasachstans von der OVKS. Die Freunde aus Russland, Belarus, Kirgistan, Tadschikistan und Armenien erklärten sich rasch bereit, zu helfen. Dies ist der erste Kampfeinsatz seit der Gründung des Bündnisses 1992. Damit bekommt der Aufstand den Status einer äußeren Aggression. Die Entscheidung, Tokajews Gesuch einer Intervention zu folgen, durfte ausgerechnet der armenische Regierungschef Nikol Paschinjan verkünden, der 2017 in der Folge von Massenprotesten die Macht übernahm und seitdem aus Moskau als „unsicherer Kantonist“ misstrauisch beäugt wurde. Auch die Interventionsmacht Kirgistan hat mit Sadyr Dschaparow einen Präsidenten, der nach Massenprotesten gegen seinen Vorgänger an die Macht gekommen

war. Dass der gemeinsame Einsatz zustande kam, sendet ein klares Signal – das Bündnis ist trotz allen Differenzen konsolidiert und aktionsfähig. Dass ein Bündnisfall laut den Statuten einen Angriff von außen voraussetzt, fällt nicht ins Gewicht. Tokajew sprach erst vom „terroristischen Angriff“, dann, nach der Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols, von einem „Umsturzversuch“. Die für die Gewaltanwendung zuständigen staatlichen Organe scheinen heute wieder zu funktionieren und können weiter Repression auch ohne die Unterstützung der Bündnispartner erledigen. Diese haben inzwischen mit dem Abzug begonnen. Tokajew scheint seine Kontrolle über Kasachstan gefestigt zu haben und seine Verbündeten brauchen wegen ihres Einsatzes keine Sanktionen aus dem Westen zu befürchten. Darüber, dass es beim wichtigen Rohstofflieferanten Kasachstan eine stabile Staatsordnung gibt, scheinen ansonsten verfeindete Staaten einig zu sein.

Nach Tokajews Sieg: Schock und Enttäuschung

Während sich Expert*innen für die Pseudowissenschaft „Geopolitik“ in belarussischen und russischen Medien in Spekulationen über die möglichen „Drahtzieher*innen“ aus den USA, der EU, der Türkei oder China verlieren und in Kasachstan fleißig nach den inneren Verbündeten des äußeren Feindes gesucht wird, haben diejenigen, die in den Aufstand anfänglich viel Hoffnung gesetzt haben, eine erneute Enttäuschung zu verkraften.

Enttäuschend für die Fans von Nawalny und Belarus-Protesten: statt fairen Wahlen des Führungspersonals und Forderungen nach den besseren Institutionen und Marktformen, standen im Kasachstan erst die staatliche Preisregulierung, dann die iPhones und Fernsehgeräte auf den Agenda der Protestierenden.

Linke, die sich weltweit mit den Protesten solidarisierten, haben es nun mit einem bitteren Nachgeschmack zu tun. Daran ist nicht nur die vorläufige Niederlage schuld. Die Revolte enttäuschte die an sie herangetragenen Hoffnungen. Als die Proteste eskalierten standen keine Avantgarde-Partei mit der richtigen Linie, keine selbstorganisierten anarchistische Gemüsegräten auf der Agenda, sondern die direkte und gewaltsame Aneignung von Produkten, nicht jedoch von Produktionsmitteln. Im Westen des Landes waren die Proteste tatsächlich eher von der Aufstellung von Forderungen und Schaffung eigener Ad-hoc-Strukturen geprägt, während in Almaty der Schwerpunkt auf der Konfrontation mit der Staatsgewalt lag. Eine landesweite Vernetzung kam nie zustande. Die Sicherheitskräfte leisteten zwar anfänglich auffällig wenig Gegenwehr, aber von einem Seitenwechsel im Sinne des Widerstands gegen den OVKS-Einmarsch kann keine Rede sein. Zu dem Zeitpunkt der Intervention waren viele bereits durch Plünderungen abgeschreckt. Die Aktivitäten der wenigen organisierten Linken, wie der Mediengruppe „Rote Jurte“ oder der „Sozialistischen Bewegung Kasachstans“, die bei den Demonstrationen auftraten, konnten die Situation nicht nennenswert beeinflussen.

hauen, markiert und platt gemacht. **31.01.:** In Stuttgart wird das türkische Konsulat mit Farbe eingedeckt: „Angegriffen wird der türkische Kriegskurs gegen Revolutionärinnen und die Bevölkerung in Rojava.“ **31.01.:** In Dresden wird das geschichtsrevisionistische Denkmal „Trauerndes Mädchen“ fachgerecht entfernt: „Was die Stadt Dresden nicht macht, machen wir selber!“ **01.02.:** Anarchist*innen der Gruppe „Tod den Tyrannen“ fackeln einen Truck der Firma Shell in Malmö ab. Ein solidarischer Gruß an die revolutionären Menschen in Kasachstan. „Die russische Intervention und Niederschlagung des Aufstands schuf die blutige „Stabilität“, nach der nicht nur das oligarchische Regime dürrtete, sondern auch die westlichen Kapitalist*innen, die die natürlichen Ressourcen Kasachstans ausrauben.“ **01.02.:** In Steyregg (OÖ) wurde das Identitätenhaus mit Farbe angegriffen und das Türschloss mit Sekundenkleber verklebt. **04.02.:** In Berlin werden die Karren von den bekannten Hammerskins René Häberle und Oliver Schubert angegriffen – Reifen

Die insurrektionalistischen Gefährten von kommenden und gehenden Aufständen müssen sich damit auseinandersetzen, wie die Reaktion auf die Plünderungen war und was diese für den Verlauf der Ereignisse bedeutete.

Der spontane Aufstand scheint alle überrascht zu haben: die Regierung, die organisierte Opposition, Russland und den Westen. Er überraschte auch den Großteil der Bevölkerung, die sich ihm nicht aktiv anschloss. Sein

Ergebnis ist jedoch nicht einfach eine Machtverschiebung innerhalb der Staatsführung. Die Angst vor weiteren Erhebungen schlägt sich sowohl in den Zugeständnissen als auch in den konspirativen Theorien über „geheime Pläne“ nieder, die jetzt von staatlichen Medien verbreitet werden.

Alexander Amethystow

Anmerkungen zum Buch

„Herzschläge– Gespräch mit Ex-Militanten der Revolutionären Zellen“



Das Buch ist gut zu lesen, die drei Ex-Aktivist*innen beantworten alle Fragen offen, selbstkritisch, sind bestens vorbereitet, und können so uns Lesenden bisher nicht bekannte Details vermitteln.

Vieles bleibt aus der aktiven Zeit unbeantwortet, was verständlich ist. Es gelingt, die Kampagnen besser einzuordnen, die Fragen werden ausführlich beantwortet. Hervorzuheben ist, dass der Nebel um den Komplex „Entebbe“ gelichtet wird, was auch den Recherchen zu verdanken ist, die in den letzten Jahren veröffentlicht wurden.

Das Kapitel „Antirassistische / Antipatriarchale Politik, aber wie?“ hat uns im Teil antipatriarchale Politik ratlos zurückgelassen. Die damals Aktiven beschreiben, dass die Forderung nach dieser Politik 1987 zu einer Lähmung der Praxis geführt hat, was ja nicht verwundert bei der von Männern früher oft unbeachteten Frage.

Der Versuch zu erklären, welche Gründe dafür verantwortlich sind, ist aber gescheitert. Grundsätzliche Dinge kommen nicht auf den Tisch. Mit der Debatte über den Text „Was ist das Patriarchat“ und der Entwicklung einer antipatriarchalen Praxis ist es – so wird es beschrieben – innerhalb der Zellen zu einem massiven Streit gekommen, der bei teils bis zur Handlungsunfähigkeit geführt hat. Von den ehemaligen Aktivist*innen wird kritisiert, dass die Forderung nicht von kämpfenden Bewegungen gekommen ist, sondern ihren Ausgangspunkt von einem Theorie-Papier genommen hätte, das mit dem Kopf, aber nicht mit dem Herzen geschrieben worden sei. Eine militante Praxis – so heißt es weiter – müsse sich mit den wirklichen Bewegungen begnügen, da müsse man sich einbringen und ihnen den richtigen Schub bringen.

platt und scheibenfrei. 04.02.: In Immenhausen wird das Auto von Neonazi Mike Sawallich gründlich unbrauchbar gemacht: Reifen platt, Buttersäure in der Lüftung, Farbe und ein großer „Nazi“-Schriftzug. 05. 02.: In Haldensleben wird das örtliche AfD-Büro mit Sprühfarbe verschönert, Türrahmen und Schloss kriegen eine Bauschaumfüllung. 10.02.: In Dresden brennt ein Firmenwagen von Hentschke Bau, die Firma hatte 2017 Geld an die AfD gespendet. 10.02.: In München werden zwei Abrissbagger abgefackelt. Eine 100 Jahre alte Siedlung soll dort aller Bürgerproteste zum trotz abgerissen werden, um Platz für eine Neubausiedlung zu schaffen. 10.02.: In Berlin geht fast 100 SUV die Luft aus. Es werden Zettel hinterlassen „Fuck SUV“ und „Verkehrswende jetzt!“ 10.02.: In Leipzig werden die Sitze von Thyssen-Krupp und Obermeyer in der Kantstraße mit Farbe und Steinen angegriffen. „Mit diesem Angriff wollen wir Aufmerksamkeit für die Bombardierungen der Türkei in Kurdistan schaffen.“ 13.02.: In Dresden werden parallel zum

Überzeugt haben uns diese und die weiteren Gründe in diesem Kapitel nicht, auch weil Selbstkritik und eigenes Unvermögen fast völlig ausgespart bleiben.

Im Buch wird keine Erklärung der „Flammenden Herzen“ aus dem Jahr 1991 dokumentiert. Dieser antipatriarchale Text weist auf die Zurichtung der Männer durch das Militär hin und begründet damit einen Anschlag auf ein Kreiswehersatzamt. In der Diskussion der Ex-Aktivist*innen bleibt dieser Ansatz unerwähnt, obwohl:

tausende Männer damals unter unwürdigen Bedingungen einer Kommission ihre Gründe für eine Kriegsdienstverweigerung glaubhaft machen mussten. Tausende hatten sich in West-Berlin der Wehrpflicht und dieser Zurichtung entzogen oder versucht, durch Krankheiten wehruntüchtig zu werden. Selbst der anti-patriarchale Antikriegs-Anschlag der RZ auf die Siegestsäule in Berlin zu Beginn des 2. Golfkriegs 1991 wird – wohl weil er fehlgeschlagen und die Erklärung schlecht war – von den Ex-Aktivist*innen eher abschätzig behandelt. Offenbar haben anti-militaristische Bewegungen als Bezugspunkt für eine anti-patriarchale Praxis kaum eine Rolle gespielt.

Fatal ist aber, dass der Kampf der Arbeiterinnen in Südkorea gegen die Firma Adler mit den erfolgreichen Unterstützungen der „Roten Zora“ und der „Amazonen“ nicht in die Diskussion einbezogen worden ist. Die Anschläge fanden doch im Jahr 1987 statt, genau zum Zeitpunkt der anti-patriarchalen Auseinandersetzung. Warum wird an diesem nicht die angebliche Unmöglichkeit einer anti-patriarchalen Praxis von Männern besprochen?

Dieser Teil des Buches wirkt wie aus der Zeit gefallen. Die aktuellen Kämpfe der Frauen weltweit bleiben ausgeblendet. Die Diskussion referiert Argumente von vor 35 Jahren und relativiert nichts, als ob die Geschichte stehen geblieben wäre. Selbst die Bewegungen in Chiapas und Rojava, die entscheidend von – militanten – Frauen geprägt sind, bleiben unbeachtet, obwohl sie zentrale Themen in linksradikalen Zusammenhängen sind. Diese Ignoranz lässt uns kopfschüttelnd zurück.

Dennoch – das Buch hat eine zweite Auflage verdient. Dort wird dann, so wünschen wir, das Scheitern des militanten anti-patriarchalen Kampfes offen und auf der Höhe der Zeit neu besprochen sein.

die krokusse

„Trauermarsch“ Naziautos angegriffen. **14.02.:** In Hamburg werden Gorillas Filialen in Bahrenfeld und Altona und eine Flink Filiale in Altona mit Steinen und Farbe angegriffen. „Wir senden unseren Gruß an die CEO's und gegen die Form der Ausbeutung, die die Arbeiter_innen der „smarten“ neuen Welt trifft.“ **17.02.:** In München-Bogenhausen wird eine Villa als Standort der Münchener Sicherheitskonferenz markiert. **18.02.:** In Pforzheim wird in Gedenken an die Opfer von Hanau das AfD Büro markiert. **19.02.:** In Frankfurt wurde zum Gedenken an die Getöteten beim Anschlag in Hanau eine komplette S-Bahn mit deren Namen besprüht.

Das Problem an der Wurzel packen



Impfpflicht



für Fledermäuse

